sches Bankhaus nicht bereit war, HITLER eine Milliarden-Devisenanleihe zu gewähren, wobei die Rettung der deutschen und österreichischen Juden offensichtlich nicht interessierte.

Obwohl das >Haavara-Abkommen< nur wenig erfolgreich und die Evian-Konferenz gescheitert war, so hatten immerhin bis Oktober 1941 schon knapp über 500 000 Juden das Deutsche Reich verlassen können, einschließlich der österreichischen und der im Machtbereich HITLERS lebenden Juden. Das wiederum widerlegt eindeutig die von manchen Historikern aufgestellte und verbreitete Behauptung, HITLER hätte von Anfang an die Massentötung der Juden geplant. Wäre dem so, hätte er sicherlich keine halbe Million Juden auswandern lassen und erst recht nicht die Einhaltung des >Haavara-Abkommens< gegen massiven Widerstand in der eigenen Regierung durchgesetzt. Auch hätte er SCHACHT nicht nach London geschickt. Selbst Jehuda BAUER bestätigt in seinem Buch *Freikauf von Juden,* daß es nach 1933 keinen Plan zur Ermordung von Juden gab, sondern daß die Auswanderung »von Anfang an ein Grundpfeiler der antijüdischen Politik der Nationalsozialisten gewesen war«. Das bestätigt ebenfalls der langjährige Leiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Martin BROSZAT, in seinem Buch *Der Staat Hitlers-!'* »Die Massentötung der Juden ist ebensowenig von vornherein geplant gewesen wie die vorausgegangene gesetzliche Diskriminierung der Juden.« Hans Meiser

[5] Martin BROSZAT, *Der Staat Hitlers,* dtv, München 1980.

In einem Schreiben vom 1. Februar 1939 an Ministerialdirektor Helmut WOHLTAT hielt der US-Anwalt George RUBLEE, Beauftragter der Evian-Konferenz, fest:

»Es ist festgestellt worden, daß Deutschland bereit ist, eine Politik einzuschlagen, die die organisierte Auswanderung von Juden in jeder Weise erleichtert und fördert. Ein Programm, das nachstehend in seinen Grundzügen geschildert ist, soll durchgeführt werden, wenn Deutschland die Gewähr hat, daß Einwanderungsländer bereit sind, laufend Juden aus Deutschland gemäß diesem Programm aufzunehmen. Wenn das Programm durchgeführt wird - und seine Verwirklichung wird durch eine Besserung der internationalen Atmosphäre erheblich erleichtert werden -, so wird die Auswanderung sich in einheitlicher, geregelter Weise vollziehen.«

Es folgen die einzelnen Programmpunkte zur Organisation und Finanzierung der Wanderung. Punkt 2 lautet: »Es sind zur Zeit noch ungefähr 600 000 Juden in Deutschland, einschließlich Österreichs und des Sudetenlandes. Von dieser Zahl werden 150 000 der Klasse der Lohnempfänger zugezählt; etwa 250 000 gelten als Unterhaltsberechtigte dieser Lohnempfänger; der Rest besteht vor allem aus Alten und Gebrechlichen, die deshalb in das Auswanderungsprogramm nicht einbezogen sind.« Unter Punkt 21 heißt es: »Von Juden, die gemäß diesem Programm auswandern, soll keinerlei Fluchtsteuer oder sonstige Abgabe ähnlicher Art erhoben werden.«

Der wandelbare Herr Niemöller

Martin NIEMÖLLER, geboren am 14. Januar 1892 in Lippstadt, gestorben am 6. März 1984 in Wiesbaden, trat 1910 als Seekadett in die kaiserliche Marine ein, war 1914 Leutnant und wurde am 1. Dezember 1915 zur Unterseebootabteilung kommandiert. Gegen Ende des Krieges war er als Oberleutnant zur See Kommandant von UC 67. Im November 1918 beurteilte er die Lage wie viele seiner Zeitgenossen. Er sprach von der »selbstmörderischen Zwietracht« im deutschen Volk,[1] welche geschürt worden sei, das gerade nannte er das »Verbrechen von 1918«. Er stellte sich auch mit seinen Kameraden die Frage, ob nicht ein zweiter Umsturz »die Schande des 9. November wieder abwaschen würde«.[2] Er schrieb,[3] daß ihn von der »Revolution« vom November 1918 mit ihren offenen und versteckten Drahtziehern eine Welt scheide und für alle Zukunft scheiden werde.


Martin NIEMÖLLER.
Er gründete 1933 den >Pfarrernotbund<, aus dem die »Bekennende Kirche< hervorging.

Im Januar 1920 begann NIEMÖLLER mit dem Studium der Theologie in Münster. Seit 1931 Pfarrer in Berlin-Dahlem, war er einer der ersten Pfarrer, die HITLERS Fahnen folgten, und wählte ab 1924 NSDAP.[4] Am Tage nach der Machtübernahme (30. Januar 1933) durch HITLER erklärte NIEMÖLLER: »Und indem wir Gott heute danken, daß er unserem Volk die Obrigkeit gegeben und uns durch ihren Dienst die Ordnung und den Frieden erhalten hat, bitten wir ihn zugleich, er möchte unseren Führer und seine Ratgeber, unser Volk und unsere Kirche so leiten und regieren, daß sein Reich komme und unter uns Gestalt gewinne.«

Schon 1933 ging NIEMÖLLER als Gründer des Pfarrernotbundes und der Bekennenden Kirche in Opposition zum Nationalsozialismus, hatte am 25. Januar 1934 eine Audienz bei HITLER und wurde ein führender Kopf der Bekennenden Kirche.

Bekanntlich ist das Deutsche Reich im Herbst 1933 aus dem Völkerbund ausgetreten. Dieser Austritt hat zahlreiche Deutsche für Adolf HITLER und seine Regierung eingenommen. Auch NIEMÖLLER unterzeichnete ein Huldigungstelegramm an HITLER am 15. Oktober 1933. Es heißt dort: »In dieser für Volk und Vaterland entscheidenden Stunde grüßen wir unseren Führer. Wir danken für die mannhafte Tat und das klare Wort, die Deutschlands Ehre wahren. Im Namen von mehr als 2500 evangelischen Pfarrern, die der Glaubensbewegung Deutsche Christen nicht angehören, geloben wir treue Gefolgschaft und fürbittendes Gedenken.«

---

[1] Martin NIEMÖLLER, *Vom U-Boot zur Kanzel,* Martin Warnick, Berlin 1934, S. 133.

[2] Ebenda, S. 139.

[3] Ebenda, S. 143.

[4] W. BODENSTEIN, *Ist nur der Besiegte schuldig?,* Mut, Asendorf 1985.

Die Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat nahmen zu. NIEMÖLLER wurde 1938 wegen Kanzelmißbrauchs und Verstoßes gegen das Heimtückegesetz zu sieben Monaten Festung verurteilt und kam anschließend in das Konzentrationslager Sachsenhausen, aus dem heraus er sich bei Kriegsbeginn freiwillig zur Wehrmacht meldete.[5] Der Antrag wurde abgelehnt. 1941 kam er als »persönlicher« Gefangener des Führers in das KL Dachau. Nach Kriegsende war er maßgeblich an der Manipulation zum Stuttgarter Schuldbekenntnis der Evangelischen Kirche vom 19. 10. 1945 beteiligt, wurde 1947 Kirchenpräsident in Hessen und 1961 einer der sechs Präsidenten des Weltrats der Kirche in Genf.

1946 verfaßte NIEMÖLLER eine Schrift mit dem Titel *Der Weg ins Freie.* Darin gab er wahrheitswidrig an, daß im Lager Dachau, in dem er sich auch befand, in den zwölf Jahren von 1933 bis 1945 238 756 Menschen verbrannt oder umgekommen seien. Noch in einer Biographie[6] NIEMÖLLERS aus dem Jahre 1983 wird mit der erfundenen Zahl von 238756 Toten in Dachau operiert. Tatsache ist jedoch, wie seit langem bekannt ist, daß in der genannten Zeit im Lager Dachau rund 30000 Menschen aus 38 Nationen verstorben sind. So konnte z. B. vor wenigen Jahren der Privathistoriker Dr. Alfred SCHICKEL[7]in den USA die Totenbücher von Dachau aufspüren, um die sich vorher niemand gekümmert hatte.

30000 Tote ist eine enorme Zahl für ein Lager und nicht zu entschuldigen, auch wenn die meisten unter den erschwerten Bedingungen der letzten Kriegsjahre (Hunger, Seuchen, Zusammenbruch der Versorgung) zu Tode kamen. In den Konzentrationslagern des sowjetischen NKWD in Mitteldeutschland starben nach Kriegsende im Frieden jedoch jährlich wesentlich mehr, und in den Rheinwiesenlagern wurden im Sommer 1945 Hunderttausende deutscher Gefangener durch Hunger und Mißhandlungen seitens der US-Bewacher zu Tode gebracht.[8] Im Krieg forderte der anglo-amerikanische Bombenterror gegen Zivilisten in einer einzigen Nacht in Hamburg Ende Juli 1943 allein über 40000 Tote[9] und am 13./15. Februar 1945 in Dresden ein Vielfaches davon.

---

[5] In seinem Brief vom 7. September 1939 schreibt der Kapitänleutnant a. D. Martin NIEMÖLLER an den Chef der Kriegsmarine, Großadmiral RAEDER: »Da ich bislang vergeblich auf meine Einberufung zum Dienst gewartet habe..., melde ich mich nunmehr ausdrücklich als Freiwilliger.. . Ich bin 47 Jahre alt, körperlich und geistig unvermindert leistungsfähig und bitte um irgendeine Verwendung im Kriegsdienst.« Angegeben in: Dietmar SCHMIDT, *Martin Niemölkr. Eine Biographie,* Radius, Stuttgart 1983, S. 150).
[6] SCHMIDT, ebenda.
[7] Alfred SCHICKEL, *Zeitgeschichte am Scheideweg. Anspruch und Mängel westdeutscher Zeitgeschichte,* Johann Wilhelm Naumann, Würzburg 1981, S. 20.
[8] James BACQUES, *Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946,* Ullstein, Berlin 1990.
[9] Hans BRUNSWIG, *Feuersturm über Hamburg,* Motorbuch-Verlag, Stuttgart 1979.

1967 nahm NIEMÖLLER den LENIN-Friedenspreis entgegen. Wenig später wurde er mit dem Großkreuz des Bundesverdienstordens, der höchsten Auszeichnung der BRD, geehrt.[10] Auch noch nach dem Überfall der Sowjetunion auf die Tschechoslowakei 1968 nahm er die LENIN-Medaille in Gold sowie die Goldene Friedensmedaille und den Großen Stern der Völkerfreundschaft des DDR-Regimes[11] an. 1959 hat NIEMÖLLER die Ausbildung der jungen Soldaten in der Bundeswehr als die »hohe Schule für Berufsverbrecher« bezeichnet[12]und die Bundeswehr »eine Armee von Massenmördern« genannt.[13]

Über Martin NIEMÖLLER und die evangelischen Kirchenführer erwähnte Adolf HITLER am Abend des 7. April 1942 bei seinen Tischgesprächen folgende Begebenheit:

»Diese Art Männer habe gar nicht das Format, um die Evangelische Kirche zu einem nicht zu unterschätzenden Gegner der Katholischen Kirche zu machen. Sie seien noch nicht einmal ehrlich. So habe Reichsmarschall GÖRING seinerzeit, als der Kampf um die Absetzung des Reichsbischofs im Gange war, ein Telefonat des Pfarrers NIEMÖLLER mitschreiben lassen, in dem im Hinblick auf eine Besprechung bei HINDENBURG gesagt wurde: >Dem Alten haben wir eine letzte Ölung gegeben. Wir haben ihn so eingeschmiert, daß er den Hurenbock jetzt endgültig raussetzt.< Als NIEMÖLLER bei einer Vorsprache am selben Tage mit heuchlerischen Worten und vielen Bibelzitaten ihn, den Führer, zu einem Eingreifen gegen den Reichsbischof habe bestimmen wollen, habe er den Inhalt dieses Telefonats durch GÖRING verlesen lassen. GÖRING habe dabei dagestanden wie weiland BISMARCK bei der Kaiserproklamation in Versailles, mit breitgestellten Beinen. Die Abgesandten der Evangelischen Kirche seien daraufhin vor Schreck so in sich zusammengerutscht, daß sie fast nicht mehr dagewesen seien. Reichspräsident VON HINDENBURG, dem er anschließend über diesen Vorfall Bericht erstattet habe, habe daraufhin unter diese ganzen Auseinandersetzungen mit der Bemerkung einen Strich gezogen: Jedes Pfäfflein dünkt sich doch wahrlich ein Papst zu sein.<«[14]

---

[10] Anfang 1992 {*Schwäbisches Tagblatt,* 13. 1. 1992) hat die Familie NIEMÖLLER die Forderung von konservativer evangelischer Seite nach Rückgabe des >Leninpreises< zurückgewiesen. Das sei ein »unanständiger Umgang mit der Geschichte«, erklärte NIEMÖLLERS Sohn Jan, bis 1991 selbst Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD).

[11] *Der Spiegel,* 12. 3. 1984, S. 136.

[12]Rede in Kassel am 15. 1. 1959 im Rahmen »Christen gegen den Atomtod«.

[13] In *Deutsche Monatshefte für Politik und Kultur,* Juni 1959, S. 29, heißt es: »Nach der ostzonalen Zeitung *Das Volk* vom 16. Juni 1958... gab NIEMÖLLER an, daß die Bundeswehr eine Armee von Massenmördern sei.«

[14] In: Henry PICKER, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier,* Seewald, Stuttgart 1976, S. 204.

Von »Gott segne den Führer« zum »Abfall der Kirche vom Vaterland«

Dokumentation aus Nikolaus VON PRERADOVICH und Josef STINGL, *»Gott segne den Führer!« Die Kirchen im Dritten Reich — Eine Dokumentation von Bekenntnissen und Selbst-Zeugnissen,* Druffel, Leoni 1985.

Die Kirchen haben stets eine große Anpassungsfähigkeit an die herrschenden politischen Systeme bewiesen. Vor 1914 unterstützten sie die Monarchie, dann die Weimarer und Wiener Demokratie, ab 1933 die DOLLFUSS- und SCHUSCHNIGG-Diktatur wie das Dritte Reich, nach 1945 die Umerziehung, die 68er Revolutionäre, Bestrebungen gegen die Wiedervereinigung sowie den Verzicht auf Ostdeutschland und die Masseneinwanderung von Ausländern und Scheinasylanten. Nicht alle Kirchenvertreter machten die politischen Umbrüche mit, doch die Mehrheit folgte jeweils dem Zug der Zeit und prägte das Bild der Kirche in der Öffentlichkeit. So brachte der *Evangelische Beobachter von* Halle/Saale am 8. April 1939 unter der Überschrift »Wofür wir dem Führer zu danken haben - Zum 20. April 1939« ein großes Lob HITLERS für seine außenpolitischen und sozialen Maßnahmen und endete mit den Worten: »Gott segne den Führer! « Wenige Jahre später dagegen gab die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) in ihrem Stuttgarter Schuldbekenntnis vom 19. Oktober 1945 die kirchliche Rechtfertigung von Umerziehung und Kollektivschuldthese.

Man sollte annehmen, daß die viele hundert Jahre alten Kirchen eine ausgewogene und wenig beirrbare Haltung auch in ihrer Stellung zu Staat, Volk und allgemeiner Politik haben. Daß dem aber nicht so ist, zeigt sich in der Wandlungsfähigkeit während nur einer Generation. Zur Widerlegung der häufig anzutreffenden Pauschalurteile von heutiger Sicht aus seien nachfolgend bezeichnende Beispiele gebracht, die einen Hinweis darauf geben, wie in der jeweiligen Zeit gedacht und gehandelt wurde.

Ein Erlebnisbericht aus der Mitte der dreißiger Jahre schildert eine Veranstaltung der NSDAP. An der Spitze der aufmarschierenden SA schritt der Superintendent (Dekan) in SA-Uniform, den Arm angewinkelt und in der Hand ein schwarzes Buch, wie man es von Pfarrern im Talar gewohnt ist. Der ortsbekannte und geachtete Kirchenmann war Vertreter der seit 1927 - also vor HITLERS Machtübernahme - weitverbreiteten Deutschen Christen, auf die sich der am 27. September 1933 von der Nationalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche gewählte Reichsbischof MÜLLER stützte.

Es ist kein Geheimnis, daß nicht alle Pfarrer diese Linie vertraten. Es gab auch die »Bekennende Kirche«, deren Anhänger mitunter, wenn sie sich nach 1933 offen gegen die Regierung stellten - zeitweilig etwa Pastor NIEMÖLLER[1]- in ein Konzentrationslager kamen. Andere Kirchenvertreter wandten sich wegen kirchenfeindlicher Maßnahmen oder nach dem Beginn des Euthanasie-

[1] Siehe Beitrag Nr. 119: »Der wandelbare Herr Niemöller«.



Am BONIFATIUS-Tag (5. Juni 1934) wohnten alle deutschen Bischöfe der von Kardinal FAULHABER gehaltenen Segensandacht im Dom von Fulda bei. 1. Reihe v. links: Dr. Wilhelm BERNING, Bischof von Osnabrück; Adolf Kardinal BERTRAM, Erzbischof von Breslau und Vorsitzender der Fuldauer Bischofskonferenz. 2. Reihe v. links: Dr. Rudolf BORNEWASSER, Bischof von Trier; Dr. Kaspar KLEIN, Erzbischof von Paderborn (Hintergrund); Dr. Joseph VOGT, Bischof von Aachen (halb verdeckt); Dr. Jos. Damian SCHMITT, Bischof von Fulda. Aus: N.v. Preradovic, *»Gott segne den Führer«*, Leoni 1985

Programms und der Judenverfolgung vom Nationalsozialismus ab. Aber die meisten Geistlichen beider Konfessionen samt den Kirchenführungen waren - insbesondere beim Österreich-Anschluß, während des Krieges und sogar noch nach dem Attentat auf HITLER am 20. Juli 1944 - ergebene Fürsprecher jener Zeit und Regierung. Sie bekannten sich zu Volk und Vaterland. Dazu seien einige Beispiele gegeben:

Das Evangelische Deutschland — Kirchliche Rundschau für das Gesamtgebiet der Deutschen Evangelischen Kirche schrieb am 13. Januar 1935 unter der Überschrift »Heim ins Reich« zur bevorstehenden Saarabstimmung:

»Der Abwehrkampf an der Saar steht unmittelbar vor der Entscheidung... Wir haben in den 15 Jahren gelernt, zusammenzuhalten und zu kämpfen um Heimat und Vaterland. .. Wir blieben fest und blieben treu! Dieser Kampf um unser Kirchentum war im tiefsten Grunde ein Kampf für unser Deutschtum. . . Das Saarland ist altes deutsches Land, und seine Bewohner sind bodenständig gewachsene Leute... Das Gebiet ist durchaus deutsches Land. Deutsch ist dieses Landes Geschichte. .. Deutsche Züge trägt dieses Landes Angesicht.. . So ist nichts natürlicher und selbstverständlicher, als daß wir Leute an der Saar, und nicht zum wenigsten wir Evangelischen, es am nächsten Sonntag durch die Tat beweisen, daß unser Herz bei Deutschland ist und wir nach fünfzehnjähriger Trennung beglückt heimkehren mit dem Bekenntnis: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt.«

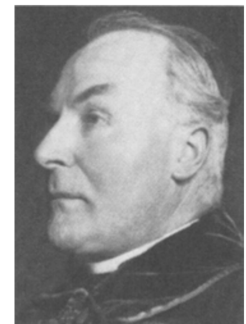
Nachdem der Kardinal und Fürsterzbischof von Wien, Dr. Th. INNITZER, bereits am 16. März 1938 nach dem am 12. März vorgenommenen Anschluß Österreichs HITLER seine Aufwartung in Wien gemacht hatte, sandte er am 18. März dem zum Reichsbeauftragten für die Volksabstimmung ernannten

Josef BÜRCKEL die »Feierliche Erklärung« der österreichischen Bischöfe mit folgendem Wortlaut:

»Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anläßlich der großen geschichtlichen Ereignisse in Deutsch-Österreich: Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaus sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde. Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem ermahnen. Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.«


Der aus dem Sudetenland stammende Wiener Kardinal Theodor INNITZER.

Im Vorwort dazu schrieben die Bischöfe: »Nach eingehenden Beratungen haben wir Bischöfe von Österreich angesichts der großen geschichtlichen Stunde, die Österreichs Volk erlebt, und im Bewußtsein, daß in unseren Tagen die tausendjährige Sehnsucht unseres Volkes nach Einigung in einem großen Reich der Deutschen ihre Erfüllung findet, uns entschlossen, nachfolgenden Aufruf an unsere Gläubigen zu richten.«

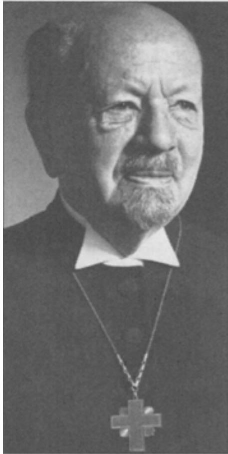

Michael Kardinal VON FAULHABER (1869-1952). Im November 1939 feierte er mit einem Dankgottesdienst HITLERS »wunderbare« Rettung vor dem Attentat Georg ELSERS.

Zum Kriegsbeginn schrieb der evangelische Landesbischof SASSE im *Thüringer Kirchenblatt* und *Kirchlicher Anzeiger,* Nr. 19, 1939:

»Die Stunde der Entscheidung hat geschlagen. Der Führer mußte das deutsche Volk zum Einsatz von Gewalt gegen Gewalt für den Schutz deutschen Lebens aufrufen. Es geht um Deutschlands ganzes Dasein, um die Lebensmöglichkeiten für unsere Kinder und Enkel und für uns selbst. .. Die Thüringer evangelische Kirche erwartet von allen, die ihr angehören, den gläubigen, selbstlosen Einsatz alles dessen, was wir sind und was wir haben, für Deutschland! - Tue jeder seine Pflicht! Helfe einer dem anderen in echter Kameradschaft!«

Das *Landeskirchliche Amtsblatt der Braunschweigischen evangelisch-lutherischen Landeskirche* brachte am 4. September 1939 den »Aufruf« des Landesbischofs Dr. JOHNSEN, der in allen braunschweigischen Kirchen zur Verlesung gebracht werden sollte: »Die Entscheidung ist gefallen. Der Feind will den Krieg. Der Führer hat das gesamte deutsche Volk aufrufen müssen zum Kampf um Lebensrecht und den Lebensraum unserer teueren Nation. .. In dieser Zeit der Entscheidung und Bewährung wendet sich die Braunschweigische ev.-luth. Landeskirche an alle ihre Glieder mit dem verpflichtenden Ruf zum selbstlosen Einsatz aller Kräfte. Kämpft den Kampf, der uns verordnet ist!... Unsere Herzen und Seelen soll jetzt nur ein einziger Gedanke erfüllen: Vorwärts! Mit Gott für Deutschland!«

Im *Kirchlichen Amtsblatt für die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers* ordneten am 21. Juli 1944 der Landesbischof D. MARAHENS und das Landeskirchenamt unter der Überschrift »Dank für die gnädige Errettung des Führers« an, daß am folgenden Sonntag »im Kirchengebet der Gemeinde etwa in folgender Form gedacht wird«: »Heiliger, barmherziger Gott! Von Grund unseres Herzens danken wir Dir, daß Du unserem Führer bei dem verbrecherischen Anschlag Leben und Gesundheit bewahrt und ihn unserem Volke in einer Stunde höchster Gefahr erhalten hast. In Deine Hände befehlen wir ihn. Nimm ihn in Deinen gnädigen Schutz. Sei und bleibe Du sein starker Helfer und Retter. Walte in Gnade über den Männern, die in dieser für unser Volk so entscheidungsschweren Zeit an seiner Seite arbeiten. Sei mit unserem tapferen Heere. .. Erhalte unserem Volke in unbeirrter Treue Mut und Opfersinn...«



Otto DIBELIUS (1880-1967).

Der spätere Berliner Bischof Dr. Otto DIBELIUS schrieb:

»Für seine Nation soll der Mensch leben. Für sie soll er wirken. Für sie soll er opfern. Und kein Opfer, das von ihm gefordert wird, soll zu groß sein. Und nun sieht der Christ die Nation, in die ihn Gott hineingestellt hat, von anderen Nationen umgeben.

Diese anderen sind bis an die Zähne bewaffnet. Sie bekunden den Willen, sich auf Kosten der Nachbarn durchzusetzen, wenn es nötig ist, mit den Mitteln kriegerischer Gewalt. Der Christ und mit ihm seine Kirche stehen vor der Frage: Was wird aus unserem Vaterland, wenn wir uns weigern, mit der Waffe in der Hand schützend vor seine Freiheit und vor seine Zukunft zu treten?

Die Antwort ist nicht zweifelhaft: Dann ist 24 Stunden später Danzig eine polnische Stadt.

Dann sind Ostpreußen und Schlesien polnische Provinzen. Dann ist das Saargebiet in Frankreich einverleibt. Dann sind Rhein und Ruhr ein Pufferstaat von Frankreichs Gnaden. Dann ist Flensburg dänisch. Und die italienische Flagge flattert über Innsbruck. Dann würden von neuem Hunderttausende, ja Millionen erfahren, was die Deutschen in Polen und Südtirol und im Elsaß erfahren haben. Freiheit und Muttersprache würde man ihnen gewaltsam nehmen. Das seelische Rückgrat würde man ihnen zerbrechen. Unbeschreiblicher Jammer würde über ihnen allen sein!

Und was die kommunistische Flut, die in den Zeiten gewaltsamer Veränderung doppelt hoch aufspringt, dann aus dem Rest von Deutschland machen würde, kann niemand sagen. Wer das bestreitet, der will einfach nicht sehen, was an bitteren Tatsachen vor aller Augen liegt...

Wenn die Stunde schlägt, müssen wir bereit sein, für unser Vaterland auch den Krieg mit der Waffe zu führen! Mit gutem Gewissen und mit ungebrochenem Herzen!«

Das waren weitgehend Haltung und Einstellung der Kirche und ihrer Vertreter gegenüber dem Staat vor 1945. Die Geistlichkeit beider Konfessionen

dachte dabei wohl an den Ausspruch Martin LUTHERS (1483-1546): »Ich kann es ja nicht lassen, ich muß mich auch sorgen für das arme, elende, verlassene, verachtete, verratene und verkaufte Deutschland, dem ich ja kein Arges, sondern alles Gute gönne, als ich schuldig bin, meinem lieben Vaterland.«[1]

Nach dem Kriegsende folgte - wie seit 2000 Jahren - auf das »Hosianna« das »Kreuziget ihn«, auch in den Kirchen. Der schweizerische Theologe Karl BARTH (bis 1935 in Bonn, dann in Basel) - vom späteren Bundespräsidenten Gustav HEINEMANN unterstützt - zog nun eine geistesgeschichtliche Linie der Anklage von Martin LUTHER ZU Adolf HITLER und wollte damit die ganze deutsche Geschichte verteufeln.[2] Mit Martin NIEMÖLLER war er maßgeblich an dem folgenschweren Stuttgarter Schuldbekenntnis der EKD vom 19. Oktober 1945 beteiligt. Die *Denkschrift der EKD den Ostgebieten* vom Oktober 1965 zeigte ebenso in trauriger Deutlichkeit den Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland und die Bedenkenlosigkeit, mit der sie das Deutschtum und das gute Recht auf deutsches Land aufgibt, um den nun gewünschten und opportunen Sühnegedanken zu Lasten des deutschen Volkes in den Vordergrund zu stellen. Diese Sühnebewegung der neuen »Christianisierung« überschlug sich geradezu. Sogenannte »christliche Friedensgruppen« und Initiativen gegen die Wiedervereinigung erfreuten sich jetzt großer bischöflicher Sympathien. So folgte Berlins Bischof SCHARF im Februar 1969 dem Beispiel der »Friedenskämpfer« zur Stärkung der DDR, als er auch öffentlich sich dafür einsetzte, die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten nicht mehr in Berlin abzuhalten, wo sie dann doch noch einmal tagte. Und im Juni 1973 war sich Bischof SCHARF nicht zu schade, an einer sozialistischen »Friedenswoche« entsprechender Kreise mitzuwirken, in der offen die sowjetische These von den drei deutschen Staaten propagiert wurde. Dazu unterstützte er auch Bestrebungen, den 17. Juni künftig nicht mehr als »Tag der deutschen Einheit«, sondern als »Weltabrüstungstag« zu begehen.

Ende der sechziger Jahre standen auch viele Geistliche hinter der marxistischen staatszerstörenden 68er Bewegung, so der Heidelberger Theologe Prof. Rolf RENDTORFF, der das dortige Sozialistische Patientenkollektiv erst fallen ließ, als es ganz offen kriminell geworden war. Anfang des Jahres 1974 wurde der Berliner Vikar Kornelius BURGHARDT in Frankfurt am Main schuldig gesprochen, die terroristische BAADER-MEINHOF-Bande unterstützt zu haben. Der damalige Generalsekretär der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) solidarisierte sich sogar mit dem bald darauf verbotenen Sozialistischen Deut-

---

[1] Otto DIBELIUS (1880-1967), seit 1915 Pastor in Berlin, 1925 Generalsuperintendent der Kurmark, 1933 amtsenthoben, 1945-1966 Bischof von Berlin, 1943 Vorsitzender des vorläufigen Rates der evangelischen Kirche in Deutschland, in: *Drei Randbemerkungen einem Kapitel Rosenberg.*

[2] Karl BARTH, *Die Evangelische Kirche in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs,* Franz Mittelbach, Stuttgart 1946, S. 23 u. 29.

schen Studentenbund (SDS), dem viele Studentenpfarrer nahestanden. - Eine größere Ferne von Staat und Volk ist kaum noch denkbar.

Georg WIESHOLLER weist auf einen bezeichnenden Ausspruch katholischer Bischöfe in der *Rheinischen Post* vom 28. Januar 1983 hin: »Wir dürfen aber auch erneut bezeugen, daß Kirche und Glaube eine der stärksten Kräfte im Widerspruch, ja Widerstand gegen den Nationalsozialismus waren, in mancher Hinsicht die stärksten.«[4]

[4] »Offener Brief an Kardinal Joseph Ratzinger«, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* 1/2005, S. 23 ff.

⇨ »An den Führer und Reichskanzler, Reichskanzlei, Wilhelmsplatz. Mit dem ganzen deutschen Volke dankt die Deutsche Evangelische Kirche dem Führer und Reichskanzler für die weltgeschichtliche Tat der Befreiung der deutschen Brüder im Sudetenland und der Wahrung des Friedens. Sie grüßt den Führer in unwandelbarer Treue und erfleht den Segen des allmächtigen Gottes auch fernerhin für Führer, Volk und Reich.« Präsident Dr. WERNER.

In: *Gesetzblatt der Deutsche Evangelischen Kirche,* 15. Oktober 1938. Zitiert in: FZ-Verlag (Hg.), *Verschwiegene Dokumente,* FZ, München [5]1999, Bd. 1.

⇨ Gebet zu HITLERS Geburtstag 1939, gesprochen in den katholischen Kirchen: »Gedenke, Herr, unseres Führers, dessen geheime Wünsche Du vorauskennst. Schütze ihn mit Deiner unerschöpflichen Güte und Deinem Erbarmen, schenke ihm Ruhe ständigen Friedens und den Sieg des Himmels für ihn und sein ganzes Volk.«

⇨ »Adolf HITLER steht an der Spitze des deutschen Volkes, weil er in sich alle höchsten Tugenden und Wesenszüge vereinigt, die je Deutschlands große Stunden geschaffen und geprägt haben.«

In: *Bistumblatt für FrankfurtIMain und Umgebung,* 21. 4. 1940. Zitiert bei: siehe Anm. 4.

Weiterführende Literatur:

Jens MOTSCHMANN U. Helmut MATTHIES (Hg.), *Kotbuch Kirche,* Seewald, Stuttgart 1976.

Alexander EVERTZ, *Der Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland,* Blick und Bild Verlag für politische Bildung, Velbert Kettwig 1965.

Karl Alfred ODIN (Hg.), *Die Denkschriften derEKD,* Neukirchner Verlag des Erziehungsvereins Neukirchen-Vluyn 1966.

Hans Georg VON STUDNITZ, *Ist Gott Mitläufer1 Die Politisierung der evangelischen Kirche,* Seewald, Stuttgart 1969.

Ernst BENZ, »Aufruf an den Hessischen Kultusminister und andere«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 28. 5. 1969.

Attentat im Bürgerbräukeller 1939

Auf Adolf HITLER wurden im Laufe der Jahre mehrere Attentate verübt.[1] Viel geschrieben wurde über den Anschlag vom 8. November 1939 im Bürgerbräukeller in München, Rosenheimerstraße, insbesondere an den runden Jahrestagen.[2]

Seit Jahren traf sich HITLER mit seinen alten Kampfgefährten von 1923 am Vorabend des Jahrestages des 9. November 1923 (HITLER-Putsch) zu einer Feierstunde. Es wurden Personen eingeladen, die am damaligen Marsch zur Feldherrnhalle beteiligt gewesen waren. HITLER hielt jedes Jahr eine etwa anderthalbstündige Rede.

Am 8. November 1939, um 21 Uhr 20, erfolgte im Bürgerbräukeller eine Detonation, die eine Säule und einen Teil der Decke zum Einsturz brachte. Acht Menschen starben (darunter eine Kellnerin), 63 Personen wurden verletzt, zum Teil schwer.[3] HITLER selbst war bei der Explosion nicht mehr anwesend, weil er schon mit dem fahrplanmäßigen Zug (sein Sonderwagen wurde angehängt) München-Berlin um 21 Uhr 31 abgefahren war. HITLER hatte wichtige Besprechungen am anderen Morgen. Es ging um die Eröffnung des Westfeldzuges für den 12. November 1939. (Bekanntlich hatten Frankreich und England am 3. September 1939 dem Deutschen Reich den Krieg erklärt!) Dieser Termin ließ sich nicht verwirklichen aus Gründen, die für das vorliegende Thema ohne Bedeutung sind.

Noch in derselben Nacht wurde ein Mann festgenommen, als er bei Konstanz illegal die Schweizer Grenze überschreiten wollte. Es handelte sich um den Kommunisten Johann Georg ELSER (1903-1945), der auch Mitglied des >Roten Frontkämpferbundes< war. ELSER stammte aus Hermaringen bei Heidenheim (Württemberg). Er legte ein Geständnis ab, daß er die Bombe im Bürgerbräukeller eingebaut habe, und versicherte, keine Hintermänner oder Auftraggeber zu haben. Das von ELSER unterzeichnete Vernehmungs- und Geständnisprotokoll ist nach dem Krieg nicht mehr aufgetaucht und wohl auch nicht erhalten geblieben. L. GRUCHMANN gab 1970 ein anderes Protokoll über ELSERS Vernehmung heraus, das drei Polizeikommissare in den Tagen vom 19. bis 23. November 1939 in Berlin anfertigten.[3]

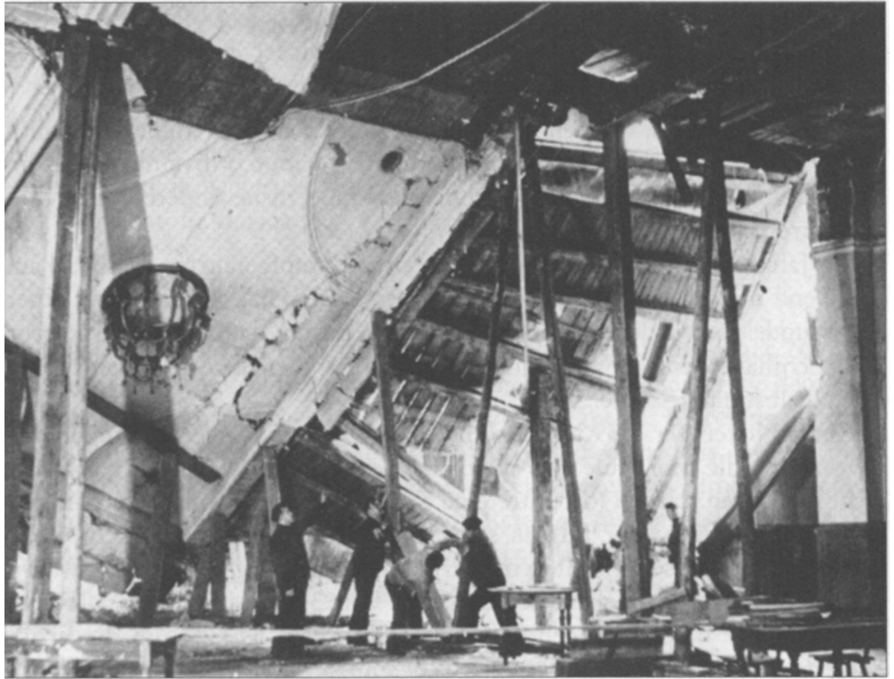
ELSER wird in der Bundesrepublik Deutschland von den Umerziehern gefeiert. Verschiedene Filme sollten ihn publik machen. Eine Frage war, ob ELSER Hintermänner (z. B. Otto STRASSER oder Agenten des englischen Geheimdienstes) hatte. Nach allem, was wir heute wissen, muß diese Frage verneint werden. Zumindest sind keine Beweise beizubringen. In dem Protokolls das L. GRUCHMANN veröffentlichte, wird der genannte Standpunkt vertreten. Allerdings ist das >Protokoll< in vielen Punkten sehr unzureichend. Was den kritischen Leser stört, ist die Diskrepanz zwischen der Einfalt der Aussagen von ELSER und der durchtriebenen Raffinesse, mit welcher er zu

[1] Will BERTHOLD, *Die 42 Attentate auf Adolf Hitler,* Goldmann, München 1981.

[2] Helmut ORTNER, *Der Einzelgänger,* Moewig, Rastatt 1989.

[3] Lothar GRUCHMANN, *Autobiographie eines Attentäters,* DVA, Stuttgart 1970, S. 13; Neuauflage 1989 als *Johann Georg Elser.*





Georg ELSER. Rechts: Der Bürgerbräukeller nach dem Anschlag.

Werk ging! Wie die Herausgeber bestätigen, mag ELSER manches verschwiegen haben. Was er aussagte, ist sicher den Tatsachen entsprechend, aber nicht vollständig. So ergibt sich insgesamt ein unzureichendes Bild.

Die Hauptfälschung im vorliegenden Fall dreht sich nicht um die Frage möglicher Hintermänner oder Anstifter. Es geht um die Behauptung, daß die Gestapo, oder HIMMLER, oder andere das Attentat selbst durchgeführt hätten, das heißt, ELSER wäre nur ein Werkzeug gewesen.

Von dem amerikanischen Deutschenhasser William L. SHIRER[4] wird mit vielen falschen Details nebenbei behauptet, ELSER sei von der Gestapo zu dem Attentat angestiftet worden. Er müsse nur in einem kommenden Prozeß die Engländer als Attentäter beschuldigen.

Es ist kaum zu glauben, daß ein Historiker wie Gerhard RITTER in seiner Biographie über GOERDELER schreibt:[5] ». . . das bekannte Attentat im Bürgerbräukeller, dessen Inszenierung durch HIMMLERS Organe als Propagandatrick heute kaum noch zweifelhaft ist«.

In einer besonders kitschig romanhaften Weise hat John TOLAND in seiner sogenannten HITLER-Biographie[6] das Attentat vom 9. November 1939 dargestellt. Eigentlich ist alles falsch, was dort über ELSER und seine Bombe geschrieben ist. Selbst die Zeitangaben stimmen nicht.

[4] William L. SHIRER, *Alfstieg und Fall des Dritten Reiches,* Kiepenheuer und Witsch, Köln 1961, S. 597 ff.

[5] Gerhard RITTER, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung,* DVA, Stuttgart [4]1984, S. 250.

[6] John TOLAND, *Adolf Hitler,* Gustav Lübbe, Bergisch-Gladbach 1977, S. 762.

Der Anschluß Österreichs an das Reich

In der Morgenfrühe des 12. März 1938 marschierten Verbände der deutschen 8. Armee, die 2. Panzer-Division (unter General VEIEL), und Einheiten der Waffen-SS, die Leibstandarte >Adolf Hitler< (unter dem späteren Generaloberst der Waffen-SS Sepp DIETRICH), über die deutsch-österreichische Grenze. Sie wurden begleitet von Geschwadern der deutschen Luftwaffe.

Dieser Einmarsch wird auch als >Blumenfeldzug< bezeichnet, weil viele Fahrzeuge der Deutschen Wehrmacht mit Blumen geschmückt waren und nicht ein einziger Schuß fiel. Die deutschen Truppen wurden mit beispiellosem Jubel in Österreich empfangen.

Der Panzergeneral Heinz GUDERIAN schreibt in seinen *Erinnerungen*daß die Panzer beflaggt und mit Blumen geschmückt waren. »Der Empfang war überaus herzlich!« »Es gab Händeschütteln, Umarmungen, Freudentränen...« Über den Empfang HITLERS in Linz schreibt er: »Ich habe weder vorher noch nachher eine so elementare Begeisterung erlebt wie in dieser Stunde.«[2] Der durch seine Lügen bekannte Winston CHURCHILL stellte in seinen *Memoiren*} dagegen geradezu tolle Behauptungen auf: »Ein triumphaler Einzug in Wien war von jeher der Traum des österreichischen Gefreiten gewe-

[1] Heinz GUDERIAN' *Erinnerungen eines Soldaten,* Weisermühl, Wels 1951, S. 45 f.
[2] Ebenda, S. 46.
[3] Winston CHURCHILL, *Memoiren,* Band I, 1, S. 330 f.





Aufnahmen von dem Einmarsch in Österreich.
Fotos: Heinrich HOFFMANN.

sen. Auf. .. den 12. März hatte die Nationalsozialistische Partei in Wien einen Fackelzug zum Empfang des siegreichen Helden geplant. Aber es erschien niemand. Drei verstörte Bayern aus den Nachschubtruppen, die mit der Bahn gekommen waren, mußten daher auf den Schultern durch die Straßen getragen werden. .. HITLER selbst, der im Auto durch Linz fuhr, sah die Verkehrsstockung und war rasend vor Wut.«

Nach dem Einmarsch und dem Anschluß Österreichs an das Reich wurde eine Volksabstimmung für den 10. April 1938 angesetzt. Sie ergab in Österreich bei einer Beteiligung von 99,7 % eine Zustimmung zum Anschluß von 99,6 %, die Deutschen im Reichsgebiet stimmten mit 99,0 % für den Anschluß. Auch beide Kirchen sowie führende Vertreter der Sozialdemokratie hatten in Österreich für das Ja zum Anschluß aufgerufen.

Frankreich und England hatten schon vor der Volksabstimmung die Vereinigung am 2. April 1938 praktisch anerkannt.

Die Vorgeschichte

Durch das Diktat von Saint-Germain-en-Laye vom 10. September 1919 wurde die Habsburger Monarchie zerschlagen und Österreich auf das deutschbesiedelte Kerngebiet beschränkt. Der neue Staat gab sich am 12. November 1918 den Namen >Deutsch-Österreich<, eine Bezeichnung, die von den Siegermächten im Diktat von St. Germain verboten wurde: Das Wort >Deutsch<



Das >Verfassungsfest< am 12. November 1918 in Wien.

mußte aus dem Namen gestrichen werden. Auch ein Verbot der Vereinigung mit dem Deutschen Reich wurde festgelegt (Art. 80 im Versailler Diktat und Art. 88 im Diktat von St. Germain), obwohl die österreichische Nationalversammlung am 12. November 1918 beschlossen hatte: »Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik«. Dieses Diktat der Alliierten stand somit in krassem Gegensatz zum Selbstbestimmungsrecht. Wie das Deutsche Reich eine Kriegsschuld anerkennen mußte (Art. 231 Versailler Diktat), so mußte auch Deutsch-Österreich in Saint-Germain dasselbe tun (Art. 177).

Ebenso hatte die Weimarer Nationalversammlung schon am 21. Februar 1919 einstimmig den Anschluß Deutsch-Österreichs beschlossen, und in Artikel 61, Absatz 2, der Weimarer Verfassung war ausdrücklich der Anschluß »Deutsch-Österreichs« vorgesehen. Ab Februar 1919 liefen bereits Anschlußverhandlungen zwischen den Außenministern des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß der Gedanke des Anschlusses an das Reich Bestandteil fast aller Programme der politischen Parteien Österreichs war. 1921 wurden mehrere Probeabstimmungen über den Anschluß an das Reich in Österreich durchgeführt. Die Ergebnisse waren:

1. am 24. April 1921 in Tirol 98,8 % für Anschluß, 1 % dagegen bei 85,2 % Wahlbeteiligung;
2. am 29. 5. 1921 in Salzburg 99,3 % für Anschluß.

Daraufhin wurden sofort weitere Abstimmungen von den Alliierten in Österreich verboten, für den Übertretungsfall wurde eine Hungerblockade angedroht. Insbesondere Frankreich, Italien und die >Kleine Entente<[1] hatten gegen die Anschlußbewegung in Österreich Einspruch erhoben.

Schon 1922 war Österreich wirtschaftlich am Zusammenbruch. Es wurde ihm eine Anleihe gewährt, für die Frankreich, England, Italien und die Tschecho-Slowakei die Garantie übernahmen. Dabei wurde Österreich die nochma-

[1] »Kleine Entente« nannte sich das Bündnis der Tschecho-Slowakei mit Rumänien und Jugoslawien, das 1920/21 mit Unterstützung Frankreichs zustande kam. Vor allem betrieb der tschechische Ministerpräsident und Außenminister BENESCH von Prag aus dieses Bündnis.

[2] Die Vaterländische Front< wurde am 20. Mai 1933 von dem diktatorisch regierenden österreichischen Bundeskanzler Engelbert DOLLFUSS gegründet. Sie sollte die bisherigen Parteien in Österreich ersetzen und wurde im wesentlichen von der in ihr aufgehenden Christlichsozialen Partei getragen. Sie war in eine Zivil- und eine Wehrfront gegliedert. Erster Führer der nach dem Führerprinzip aufgebauten Organisation war bis zu seinem Tod 1934 DOLLFUSS, dann dessen Stellvertreter Ernst Rüdiger Fürst VON STARHEMBERG, ab 1936 SCHUSCHNIGG. Nach der Ausschaltung der Parteien 1934 war sie die einzige politische Kraft; mit dem »Frontgesetz« vom Mai 1936 wurde sie als Körperschaft des öffentlichen Rechts einzig legale Trägerin der politischen Willensbildung in Österreich. Nach dem Anschluß löste sie sich 1938 auf.

lige Anerkennung des Anschlußverbots abgepreßt. In diesem berüchtigten Genfer Protokoll von 1922 wurden noch weitere wirtschaftliche Unterdrükkungsmaßnahmen gegen Österreich festgelegt.

Seit 1934 war Kurt von Schuschnigg österreichischer Bundeskanzler, der wie sein Vorgänger Engelbert Dollfuss als Diktator ohne Parlament regierte. SPÖ und NSDAP waren in Österreich zeitweise verboten, ihre Funktionsträger saßen größtenteils in Konzentrationslagern, die man >Anhaltelager< nannte. In einer Rede in Klagenfurt hatte Schuschnigg Ende November 1936 erklärt, daß die Vaterländische Front<,[2] sein politischer Rückhalt, drei Todfeinde habe: erstens den Kommunismus, zweitens den Defaitismus in den eigenen Reihen und drittens den Nationalsozialismus. Hitler war verständlicherweise über diese provokatorische Rede empört.

Nachdem die wirtschaftliche Lage Österreichs immer schlechter geworden war und es sich auch außenpolitisch isoliert hatte, trafen Hitler und Schuschnigg am 12. Februar 1938 zu Besprechungen in Berchtesgaden zusammen und einigten sich auf eine friedliche gegenseitige Politik.

Am Mittwoch, dem 9. März 1938, landete Schuschnigg überraschend seinen großen Coup: Er kündigte für den folgenden Sonntag (13. März) eine Volksabstimmung[2] an. Mussolini, den er über seine Pläne informiert hatte, sagte zu ihm: »E un errore« (Das ist ein Fehler). Schuschnigg wollte aber wählen lassen. Er versuchte dabei einen einmaligen Volksbetrug. Warum?

Es gab keine Wahllisten. 1932 war die letzte Wahl in Österreich gewesen. Praktisch gab es keine Vorbereitungszeit. Die Vaterländische Front<, Schuschniggs Verband, sollte die Wahl überwachen, und zwar nur sie allein. Das Wahlalter sollte auf 25 Jahre heraufgesetzt werden. Da keine Wahllisten geführt wurden, sollten als Abstimmungsdokumente Mitgliedskarten der Vaterländischen Front, des Bauernbundes, das Gewerbebuch oder das Gewerkschaftsbuch, Meldezettel und alle möglichen Identitätspapiere gelten. Somit hätten viele in mehreren Wahllokalen abstimmen können. Vorrätig waren nur Wahlzettel (5 auf 8 cm) mit dem Aufdruck »Ja«. Wer mit »Nein« stimmen wollte, sollte einen gleichgroßen Zettel mitbringen und im Wahllokal »Nein« darauf schreiben. Die Regierungspresse wiederholte mit großem Eifer: »Wer mit >Nein< stimmt, macht sich des Hochverrats schuldig!«

Das erzeugte eine berechtigte Empörung im ganzen Volk, die die Gefahr eines Bürgerkrieges beschwor. Aus allen diesen Vorgängen ergab sich der Einmarsch für Samstag, den 12. März 1938.





Oben: Kurt Schuschnigc. Der ehemalige Unterrichtsminister übernahm das Amt von Dollfuss und regierte ebenfall völlig autoritär. Unten: Plakat der Vaterländischen Front für die zum 12. März 1938 angesetzte Volksabstimmung.

---

[2] Die >Frage< bei der >Wahl< lautete: »Sind Sie für ein freies und deutsches unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich. Für Frieden und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen.« Diese Frage ist so nichtssagend, daß sie jeder mit ja beantworten könnte: Sie bestand nur aus Plattheiten.

Die >Vergewaltigung Österreichs< 1938

Österreich sei das erste Opfer HITLERS (der bekanntlich selbst Österreicher war) gewesen. So wird es in Wien immer wiederholt, aber auch in Deutschland wird von der >Annexion Österreichs<, mindestens aber vom >Anschluß< in Anführungszeichen, gesprochen. Ein weit verbreitetes Schulbuch für die Oberstufe des Gymnasiums stellt den Anschluß mit folgenden Sätzen dar: »Mitte März 1938 marschierten deutsche Truppen in der Republik Österreich ein (nach vorherigen ultimativen Drohungen) und erzwangen den Anschluß an das Reich. Die Volksabstimmung über die Vereinigung erzielte in Österreich angeblich 99% Ja-Stimmen.«[1] So entsteht natürlich der Eindruck, daß 1938 Österreich gegen den Willen der Mehrzahl der Österreicher durch Ultimatum und Einmarsch zum Anschluß gezwungen worden sei, und die Folge davon ist, daß der Schüler glaubt, es sei nur gerecht, daß man diese >Vergewaltigung< 1945 wiedergutgemacht habe. Das Ergebnis der Abstimmung erscheint unglaubhaft. Die Vorgeschichte des Anschlusses wird im Text kaum angedeutet.

So entsteht, wie selbst *Das Parlament* schreibt,[2] »die nur zur Hälfte wahre Theorie von Österreich als dem ersten Opfer HITLERS, die geradezu zu einer Art Lebenslüge wurde«. Und das CDU-nahe *Deutschlandmagazin* schreibt von dem Verdrängungsmechanismus, der besagt, daß eben jeder, der für den Anschluß war, ein Nazi sei, weil HITLER den Anschluß vollzogen habe.[3]

Wie sieht nun die Wirklichkeit aus? Zunächst wissen heute leider viele Zeitgenossen nicht mehr, daß Österreich seit seiner Entstehung ein Teil des mittelalterlichen deutschen Reiches war und daß die deutschen Habsburger es fast ununterbrochen von 1438 bis zu seinem Ende durch NAPOLEON 1806 regierten. Wien war lange Zeit die Hauptstadt des Reiches, nicht umsonst werden auch heute noch die Reichsinsignien dort in der Hofburg aufbewahrt. Auch dem 1813 gegründeten Deutschen Bund gehörte Österreich (sogar als Präsidialmacht!) bis zu dessen Ende 1866 an. Mit dem 1871 begründeten kleindeutschen Reich war Österreich verbündet, BISMARCK wollte diesem Bündnis sogar Verfassungscharakter geben.

Als 1918 dieser Staat (in der Sprache der Sieger: >der österreichische Völkerkerker <) zerstört wurde, beschloß die österreichische Nationalversammlung in ihrer Sitzung am 12. November 1918 einstimmig den Anschluß an das Deutsche Reich als Bundesstaat >Deutsch-Österreich<. Die Siegermächte des Weltkrieges erzwangen aber in den Diktaten von Versailles und St. Germain 1919, daß dieser demokratisch legitimierte Beschluß rückgängig gemacht wurde. Deutsch-Österreich durfte sich nach dem Willen der Siegermächte (die angeblich für Demokratie und Selbstbestimmungsrecht gekämpft hatten) nicht einmal >Deutsch-Österreich< nennen, sondern nur >Österreich<.

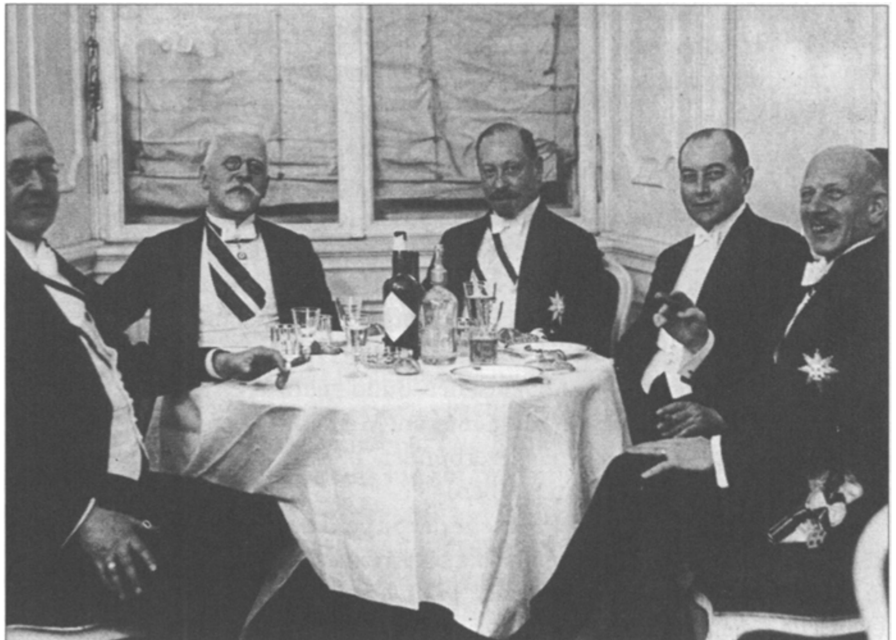
[1] Aus *Materialien für den Sekundarbereich II Geschichte-*. EGNER, KRAUME, MÜLLER, VÖHRINGER, *Demokratie und Diktatur, Deutsche Geschichte 1918—1945,* Schroedel-Schöningh, Hannover 1986, S. 161.

[2] Gerhard BOTZ, »Der Anschluß von 1938 als innerösterreichisches Problem«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte,* Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament,* 89/88, 26. Februar 1988, S. 5.

[3] *Deutschlandmaga^in* Nr. 3, 1988, S. 7.

Als man in der naiven Meinung, die Erklärungen der Alliierten für Demokratie und Selbstbestimmung seien ernst gemeint gewesen, in den einzelnen österreichischen Bundesländern Volksabstimmungen über den Anschluß durchführte, stimmten am 24. April 1921 im Nordtirol 98,8 %, am 29. Mai 1921 im Land Salzburg 99,3 %, für den Anschluß - weitere Volksabstimmungen durften nach diesen eindeutigen Ergebnissen auf alliierte Intervention hin nicht mehr stattfinden. Das wurde einer demokratischen Republik aufgezwungen, in der alle Parteien für den Anschluß waren.

Als der Völkerbund (Vorläufer der Vereinten Nationen) die Einigung Europas forderte und als ersten Schritt Zollabkommen zwischen Nachbarstaaten vorschlug, schlossen die reichsdeutsche Regierung BRÜNING (Zentrum) und die österreichische Regierung SCHOBER nach Geheimverhandlungen 1931 einen Zollunionsvertrag zwischen beiden Ländern. Nach wirtschaftlichem Druck Frankreichs (Zurückziehung der Kredite), der beinahe zum österreichischen Staatsbankrott führte, mußte jedoch diese von zwei demokratisch gewählten Regierungen beschlossene Union aufgegeben werden. Aber nach wie vor forderten alle Parteien in Berlin und Wien den Anschluß Österreichs an das Reich mit Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht.



Im Frühjahr 1931 wurde eine Zollunion zwischen Deutschland und Österreich angestrebt, der Plan scheiterte jedoch am Widerstand Frankreichs. Für Deutschland führte Außenminister CURTIUS (2. v. rechts) die Verhandlungen. Österreich war durch Außenminister Johannes SCHOBER (2. von links) und Kanzler Otto ENDER vertreten.

Mit dem Anwachsen der NSDAP in Deutschland wuchs auch deren Bedeutung in Österreich. Der christlich-soziale Bundeskanzler Engelbert DOLLFUSS beseitigte 1933 die parlamentarische Demokratie und richtete ein autoritäres >ständestaatliches< Regime der neuen Staatspartei, der »Vaterländischen Front<, ein. Er hatte dabei die Unterstützung des faschistischen Italiens, man

spricht deshalb vom >Austrofaschismus<. Das Parlament wurde ausgeschaltet, politische Gegner, Nationalsozialisten, Großdeutsche, Sozialisten und Kommunisten, wurden in >Anhaltelagern< (so hießen in Osterreich die KZs) interniert. Dabei hat Dollfuss, wie sein Mitarbeiter Heinrich Drimmel, nach 1945 österreichischer Unterrichtsminister, betont, nie den deutschen Charakter Österreichs bestritten. Drimmel sagt ausdrücklich, daß jener für »ein Deutschland nach Hitler« gearbeitet habe.[1] Ein sozialistischer Aufstand in Österreich wurde 1934 blutig niedergeschlagen, bei einem nationalsozialistischen Putsch in Wien wurde Dollfuss 1934 versehentlich getötet, nach heftigen Kämpfen im Lande verhinderte der Aufmarsch italienischer Truppen am Brenner einen Erfolg des Putsches. Nachfolger von Dollfuss wurde der bisherige Unterrichtsminister Kurt von Schuschnigg



Einer der letzten Auftritte der Angehörigen der Vaterländischen Front in den Straßen von Wien. Man beachte ihre Fahnen mit dem Kruckenkreuz.

Trotzdem wuchs die illegale NSDAP in Österreich immer mehr an, auch aus wirtschaftlichen Gründen (1936 schätzte man sie auf 200000 Mitglieder). Da Mussolini immer mehr auf die Unterstützung Hitlers angewiesen war, versuchte Schuschnigg, mit Hitler zu einem Ausgleich zu kommen, zuerst durch das Juli-Abkommen 1936, in dem der deutsche Charakter Österreichs betont wurde, Deutschland aber die Selbständigkeit Österreichs anerkannte, dann, unter deutschem Druck, im Berchtesgadener Abkommen< im Januar 1938, bei dem Schuschnigg eine weitgehende Angleichung Österreichs an das Deutsche Reich anerkannte. Die Folge war ein gewaltiges Anwachsen der jetzt halblegalen NSDAP. Schuschnigg befürchtete nun, daß diese NS-Woge ihn hinwegspüle. Hinweise aus dem Ausland ergaben, daß er mit Unterstützung der Siegermächte von 1918 nur rechnen könne, wenn der Eindruck entstehe, daß eine nationalsozialistische Machtergreifung in Österreich dem Willen des Volkes widerspreche. Deshalb entschloß sich Schuschnigg zu einem gewagten Schritt: Am Abend des 9. März 1938 verkündete er, ohne

[1] Z. B. in: Heinrich Drimmel, *Gott mit uns. Das Ende einer Epoche,* Amalthea, Wien-München 1977, S. 150 f.

die eigene Regierung, in der ja nun Vertrauensleute der NSDAP saßen, zu informieren, für den folgenden Sonntag, den 13. März, eine Volksabstimmung über die Frage »Sind Sie für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich! Für Frieden und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen.«

In deutschen Geschichts- und Schulbüchern wird das nun oft so dargestellt, als ob HITLER vor einer »freien, demokratischen Entscheidung der Österreicher« Angst gehabt habe und deshalb einmarschiert sei. So etwa in einem Oberstufenlehrbuch: »Mit einer ebenso kühnen wie ohne italienische Rückendeckung aussichtslosen Flucht in die Öffentlichkeit versuchte SCHUSCHNIGG dieser Zwangslage zu entgehen, indem er zu einer Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs aufrief. Dazu kam es nicht mehr.«[5]

Wie sah nun diese >Volksbefragung<, vor der HITLER angeblich Angst hatte, aus? Von der Ankündigung bis zur Abstimmung blieben nur vier Tage. Es gab keine Wählerlisten, es gab keine Wahlausweise, also war jedem Wahlbetrug Tür und Tor geöffnet! Auf den Wahlzetteln war nur ein >Ja< vorgesehen; wer mit >Nein< stimmen wollte, mußte einen Wahlzettel dafür selbst mitbringen! In staatlichen Amtern und öffentlichen Betrieben war offene Abstimmung schon am 12. März Pflicht! Das Wahlalter war dazu heraufgesetzt worden, da die Jugend besonders oppositionell eingestellt war. Die >freie< Abstimmung erinnert sehr an die >Wahlen< in der Ex-DDR.

Die Nationalsozialisten forderten zunächst nur Verschiebung der Abstimmung und Einhaltung der üblichen Gepflogenheiten, erst später dann den Rücktritt SCHUSCHNIGGS und die Regierungsübernahme durch den NS-Vertrauensmann Dr. SEYSS-INQUART, der bereits Minister in Wien war. SCHUSCHNIGG trat nach einigem Zögern am 11. März zurück, als er erkennen mußte, daß die bewaffneten Streitkräfte (Heer, Gendarmerie und die Miliz der Vaterländischen Front) nicht bereit waren, für die Unabhängigkeit Österreichs gegen einmarschierende deutsche Truppen zu kämpfen, und ausländische Hilfe nicht zu erwarten war. Bei seinem Rücktritt hatten die Nationalsozialisten in allen Bundesländern bereits die Macht ohne Blutvergießen übernommen.

Die am 12. März 1938 in Österreich einmarschierenden deutschen Truppen wurden jubelnd begrüßt, für den 10. April wurde eine Volksabstimmung über den Anschluß vorgesehen. Die katholischen Bischöfe riefen zur Zustimmung »als selbstverständlicher nationaler Pflicht« auf, ihr Sprecher, Kardinal INNITZER/Wien, setzte handschriftlich »Heil Hitler« unter diesen Aufruf; der evangelische Oberkirchenrat begrüßte HITLER als »Retter aus fünfjähriger schwerster Not«; der erste Kanzler der österreichischen Republik Karl RENNER (SPÖ, nach 1945 auch erster Bundespräsident der zweiten Republik) rief ebenfalls zum »Ja« auf »mit freudigem Herzen« - und in seinen unveröffentlichten Erinnerungen schreibt der (damals inhaftierte)

[5] MICKEL, KAMPMANN, WIEGAND, *Politik und Gesellschaft*, Bd. 2, Schroedel-Schöningh, Hannover 1980, S. 170.



Karl RENNER. »Nun ist diese zwanzigjährige Fahrt des österreichischen Volkes beendigt, es kehrt geschlossen zum Ausgangspunkt, zu seiner feierlichen Willenserklärung vom 12. November, zurück.«

Schuschnigg: »Hätte ich abstimmen dürfen, ich hätte selbst den >Ja<-Zettel in die Urne geworfen!«

Und der frühere Bundespräsident Miklas erklärte:

»Die allgemeine Volksabstimmung vom 10. April 1938 hat die durch das Bundesverfassungsgesetz vom 13. März 1938 erfolgte Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche bestätigt. Dieser große Volksentscheid besagt:

Österreich hat aufgehört, ein eigener Staat zu sein. Es ist ein Land des Deutschen Reiches. Geblieben aber ist es für uns Österreicher die alte Heimat, der unser Herz gehört und der auch ich in Dankbarkeit und Treue für immer verbunden bleibe.

Möge über dem großen Deutschen Reich, das jetzt auch Österreich umschließt, Gottes Vaterhand gnädig walten und es emporführen zu wahrem Glück und Frieden, zu Wohlfahrt und zu neuen Ehren.

Wien, am 10. April 1938 gez. Wilhelm Miklas Altbundespräsident«

Kein ehrlicher Historiker kann bezweifeln, daß die überwältigende Mehrheit der Österreicher damals für die Wiedervereinigung mit dem Reich war. Daß manche 1945 lieber >Befreite< als >Besiegte< waren, um so mehr, als viele NS-Funktionäre aus dem Reich, die 1938 kamen, »um dem schlappen Kamerad Schnürschuh mal preußische Ordnung beizubringen«, die Beliebtheit der >Reichsdeutschen< nicht gerade erhöht hatten, steht auf einem anderen Blatt.

1938 war der Anschluß die Verwirklichung des von den Siegermächten proklamierten, den Besiegten aber vorenthaltenen Selbstbestimmungsrechtes. Die kritisierten Methoden waren das Ergebnis dieser Verweigerungshaltung der Sieger. Das Bekenntnis zur deutschen Nation war bis 1938 Allgemeingut aller politischen Richtungen in Österreich - außer der unbedeutenden kommunistischen Partei, die dann die »österreichische Nation« erfand, wie die Salonkommunistin Ruth von Mayenburg, Frau des Chefideologen und Generalssohnes Ernst Fischer, voller Stolz schreibt.[1]

Weiterführende Literatur:

Jacques Benoist-Mechin, *Griff über die Grenzen 1938. Der Anschluß Österreichs und seine Vorgeschichte,* Stalling, Oldenburg 1966.

Karl Anton Prinz Rohan, *Österreichisch, Deutsch, Europäisch,* Hohenstaufen, Bodman 1973.

Heinz Grell (Hg.), *Der Österreich-Anschluß 1938. Zeitgeschichte im Bild,* Druffel, Leoni o. J.

Hellmut Diwald, *Geschichte der Deutschen,* Propyläen, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1978.

[1] Ruth von Mayenburg, *Blaues Blut und rote Fahnen,* Molden, Wien-München-Zürich 1969, S. 146.

Die Daglinger und Piasten keine Polen

Zur Untermauerung ungerechtfertigter Hoheitsansprüche auf Schlesien wird von polnischer und leider auch oft von bundesdeutscher Seite[1] behauptet, die über Jahrhunderte in Schlesien regierenden Fürsten seien eine polnische Dynastie gewesen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß zwischen den Polanen um 1000 n. d. Zt. und den heutigen Polen ethnische Unterschiede bestehen und daß die Bezeichnung >Piasten< eine spätere polnische Zutat ist. Es ist ziemlich sicher, daß das erste Herzogs- und Königsgeschlecht Polens aus einem skandinavischen Adelsgeschlecht stammt, das zusammen mit dem Fürsten- und Königsgeschlecht des Reiches von Nowgorod und Kiew - den Ruriks - bei Oslo beheimatet war.[2] Der erste chronistisch nachweisbare Herrscher, heute meist MISEKO genannt, wird in den zwei erhaltenen Urkunden seiner Zeit DAGO oder DOGO genannt, was ein rein nordischer Name ist, der in den späteren slawischen Sprachen nicht nachweisbar ist,[3] weshalb man richtiger vom Geschlecht der Daglinger spricht. Auch für andere, heute als polnisch bezeichnete Adelsgeschlechter ist die wikingische Herkunft nachgewiesen, selbst von polnischen Forschern. Sie kamen als DAGOS Gefolge, als dieser von den Polanen ins Land gerufen wurde. Ähnliches kam in den Stammesherzogtümern zwischen Elbe, Saale und Weichsel wiederholt vor.[4] Grabfunde wikingischer Art aus jüngerer Zeit belegen das,[5] ebenso die aus der damaligen Zeit erhaltenen bildlichen Darstellungen mit Wikingerschiffen, Schwertern und anderem nordischen Kulturgut,[6] besonders eindrucksvoll an der Bronzetür zum Gnesener Dom.

Die Daglinger hatten bis zum Gründer ihres schlesischen Seitenzweiges WLADISLAUS II. 1138 fünf deutsche und warägische Frauen. Die anschließenden schlesischen Daglinger hatten bis zum Ende der Breslauer Linie im Jahre 1335 Kinder von fünf deutschen und zwei nichtdeutschen Frauen, wovon eine böhmische Przemyslidin war. Doch auch die Przemysliden waren höchstwahrscheinlich Wikinger. Auf dem Hradschin, der Burg des ersten Przemysliden, BOLESLAW I., stand in der Mitte ein gleichaltes wikingisches Fürstengrab (von tschechischen Forschern als solches erkannt). DAGO-MISEKO I. (963-992) heiratete in erster Ehe 965 die althochdeutsch sprechende Tochter DUBRAWKA der Prager Wikinger und nach deren Tod 977 die Tochter ODA des Markgrafen DIETRICH VON DER NORDMARK. Sein Sohn BOLESLAUS I. (922-1025) hatte als vierte Frau ODA, die Tochter des EKKEHARD VON MEISSEN. Seine Söhne waren LAMBERT-MISEKO und OTTO-BEZPRIM. MISEKO II. (1025-1034) hatte die deutsche Prinzessin RICHENZA VON LOTHRINGEN zur Frau, eine Enkelin Kaiser OTTOS II. und Nichte Kaiser OTTOS III. Der Sohn MISEKOS II., KASIMIR KARL (1034-1058), heiratete 1038/39 DOBROGENA MARIA, Tochter des Warägers WLADIMIR I. von Kiew. Der Sohn von KASIMIR

[1] So in Lexika, Lehrbüchern, *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 9. 4. 1991.

[2] H. JÄNICHEN, *Die Wikinger im Weichsel- und Odergebiet,* Leipzig 1938. Zusammenfassende Übersicht in: Helmut SCHRÖCKE, »Die norwegischen Daglinger in Polen«, *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* Nr. 3/1991, S. 28-33; ders., *Slavi, Slawen, Ostgermanen,* Kor- *und Frühgeschichte des Ostraumes,* Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, Viöl 1993.

[3] SCHRÖCKE, ebenda, S. 29

[4] Ebenda.

[5] Ebenda.

[6] Ebenda, S. 30.

KARL, BOLESLAW II. der Kühne (1058-1076), heiratete 1065 VISESLAVA, Tochter des Warägers SWISTOSLAW. Herzog WLADISLAUS HERMANN I. (1080-1102) heiratete in zweiter Ehe JUDITH, die Tochter Kaiser HEINRICHS III. und Schwester Kaiser HEINRICHS IV. Deren Sohn und Erbe BOLESLAUS SCHIEFMUND (1102-1138) hatte in zweiter Ehe die Prinzessin SALOME, Tochter des Grafen HEINRICH ZU BERG, zur Frau. Herzog WLADISLAUS II., der Vertriebene (1138-1 146), der Gründer der schlesischen Seitenzweige der Daglinger, vermählte sich mit AGNES VON BABENBERG, Tochter von LEOPOLD VON ÖSTERREICH, einer Halbschwester König KONRADS III. und Tante Kaiser BARBAROSSAS. Eine zweite Ehe ging er ein mit CHRISTINE, der Tochter ALBRECHTS DES BÄREN von Brandenburg. Sein Sohn BOLESLAUS DER LANGE (1163-1201) hatte ADELHEID VON SULZBACH zur Frau. Ihr Sohn HEINRICH I. (1201-1236) heiratete 1187 HEDWIG VON ANDECHS-MERAN, deren Sohn HEINRICH II., der Fromme (1238-1241), in der Schlacht gegen die Mongolen am 9. 4. 1241 bei Liegnitz fiel. Er hatte eine Przemyslidin, ANNA, Tochter von OTTOKAR von Böhmen, zur Frau. Die Przemysliden hatten seit UDALRICH (1012-1033) nur noch deutsche Frauen. Es gab keine mittelalterliche Dynastie außerhalb des Reichs, die enger mit deutschen Kaisern verwandt gewesen wäre als die Daglinger.



Das von Christian Daniel RAUCH 1837 geschaffene Denkmal der beiden Herrscher MISEKO I. und BOLESLAW I. in der Goldenen Kapelle des Posener Doms.

Aus Vorstehendem folgt, daß am Hofe der Daglinger (Piasten) infolge der vielen deutschen Frauen neben dem Nordgermanischen bald Alt- und Mittelhochdeutsch gesprochen worden sein muß und daß die schlesischen Herzöge vom Beginn der schlesischen Linie der Daglinger an nur noch deutsche Frauen hatten und nur als Deutsche angesehen werden können, die sich bald mehr und mehr aus dem polnischen Staat lösten und ihr Land 1278 von RUDOLF VON HABSBURG ZU Lehen erhielten.[1]

[1] Jochen WITTMANN, *Die Daglinger-»Piasten« und ihre germanische Kontinuität,* Verlag Damböck, Ardagger 1990.

Chauvinismus in Polen vor 1919

Chauvinismus bedeutet - laut *Duden* - »übersteigerte Vaterlandsbegeisterung, Kriegshetze«. Der Begriff ist abgeleitet von >Chauvin<, dem Namen eines prahlerischen Rekruten in einem französischen Lustspiel von 1831. Der Chauvinismus ist nicht nur auf Frankreich beschränkt, sondern auch in anderen Ländern bekannt. Er ist insbesondere für Polen bezeichnend.

Einem Gipfel imperialer Macht träumt man lange nach, und dieser Traum währt bei den Polen von der Zeit der Jagiellonen bis heute. 1386 wurde Jagiello, der Großfürst von Litauen, durch Heirat König von Polen (Wladislaw II.), und es entstand ein litauisch-polnisches Großreich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Es umfaßte außer Litauern und Polen überwiegend Weißrussen, Großrussen und Ukrainer. Die Idee einer polnischen Großmacht ist in Polen nach deren schnellem Niedergang geblieben, vor allem auch in der Zeit nach den polnischen Teilungen, die Ende des 18. Jahrhunderts zum völligen Verschwinden des polnischen Staates führten.

Kasimir III., der Große. Während seiner Regierungszeit (1333-1370) wurde der polnische Herrschaftsbereich verdreifacht. Das von Veit Stoss geschaffene Grabmal befindet sich im Krakauer Dom.



Zum Verständnis des überhitzten polnischen Nationalismus ist es notwendig zu wissen, daß Johann Poplawski 1887 mit anderen die >Liga Polska< als eine geheime Organisation gründete. Aus dieser Geheimgesellschaft kamen die späteren Führer der 1896 entstandenen Nationaldemokratischen Partei, vor allem Roman Dmowski. Ihre Ideen und Forderungen waren maßlos und besonders gegen das Deutsche Reich gerichtet. Neben der Forderung nach polnischem Zugang zum Meer und dem Besitz der ganzen Weichsel als der Hauptwasserstraße wurden weite Gebiete deutschen Landes beansprucht, auch Westpreußen und Ostpreußen. Zu einem großen Teil wurden diese polnischen Forderungen bereits im Versailler Diktat 1919 von den Alliierten erfüllt, weitere 1945.

1907 schrieb Dmowski sein berüchtigtes Buch *Deutschland, Rußland und die polnische Frage,* worin er das Deutsche Reich als den gemeinsamen Feind der Slawen bezeichnete. Mit Sosnowski wirkte er in der Zeit des Ersten Weltkrieges in gleichem Sinne. So schrieben sie in einer Denkschrift vom 7. April 1917 an den US-Präsidenten Wilson u. a.: »Die Zerstückelung Preußens dadurch, daß man ihm den in der Vergangenheit erworbenen Raum abnimmt, kommt einer Vernichtung des Militarismus gleich.«

Kurz nach Wiederherstellung des polnischen Staates - die zunächst 1916 mit deutscher und österreichischer Hilfe nach Befreiung des Landes von der russischen Herrschaft erfolgte - eroberte Polen unter Marschall Pilsudski in einem Angriffskrieg gegen das vom Bürgerkrieg geschwächte Rußland über die von den Alliierten festgelegte polnische Ostgrenze (Curzon-Linie) hinaus weite litauische (Wilna), weißrussische und ukrainische Gebiete. Es konnte diese im Frieden von Riga (1921) als das oft zitierte >Ostpolen< behaupten,



Entwaffnung der Deutschen in Warschau 1918. Gemälde von S. BAZENSKI. Man merke das Entstehungsdatum: 1939.

das nur eine polnische Minderheit aufwies. 1945 wurde dieses >Ostpolen< von den Sowjets zurückgenommen. Die Forderung, Polen müsse für den >Verlust< von >Ostpolen< im Westen - und auf Kosten Deutschlands - entschädigt werden, ist daher weder historisch, noch vom Selbstbestimmungsrecht, noch vom Völkerrecht her gerechtfertigt.

Nach dem Versailler Diktat hat Polen mehrmals - sowohl zur Zeit der Weimarer Republik als auch kurz nach HITLERS Machtantritt - Frankreich zu einem gemeinsamen Angriffskrieg gegen Deutschland zu gewinnen versucht. Die Verwirklichung scheiterte nur an Frankreichs Zögern.[1] Als Beispiel polnischen Kriegswillens sei aus der dem damaligen polnischen Ministerpräsidenten PILSUDSKI nahestehenden Zeitschrift *Die Liga der Großmacht* von Anfang Oktober 1930 zitiert: »Der Kampf zwischen Deutschland und Polen ist unausbleiblich. Wir müssen uns dazu systematisch vorbereiten. Unser Ziel ist ein neues Grunwald,[2] aber diesmal ein Grunwald in den Vororten

---

[1] *Geschichte,* Nr. 61, November/Dezember 1984; Hellmut DIWALD, *Deutschland - einig Vaterland,* Ullstein, Frankfurt/M-Berlin 1990, S. 49.

[2] Als >Schlacht bei Grunwald< wird in Polen der polnisch-litauische Sieg bei Tannenberg über den Deutschen Ritterorden im Jahre 1410 bezeichnet. Daß der Chauvinismus in Polen auch heute noch herrscht, kam erst kürzlich in einem langen Zeitungsbeitrag zum Ausdruck Zur Begründung, warum Polen keine deutschen Schulen zulassen, erklärte darin ein Volksdeutscher in Oberschlesien: »Das ist eine angeborene Krankheit, dieser Chauvinismus, dieser Haß der Polen.«

Berlins. .. Unser Ziel ist ein Polen im Westen mit der Oder und Neiße als Grenze. Preußen muß für Polen zurückerobert werden, und zwar das Preußen an der Spree. In einem Krieg mit Deutschland wird es keine Gefangenen geben, und es wird weder für menschliche noch kulturelle Gefühle Raum sein. Die Welt wird zittern vor dem deutsch-polnischen Krieg. In die Reihen unserer Soldaten müssen wir übermenschlichen Opfermut und den Geist unbarmherziger Rache und Grausamkeit tragen. Vom heutigen Tage an wird jede Nummer dieses Blattes dem kommenden Grunwald in Berlin gewidmet sein.«[3]

Es gibt aus den Monaten vor dem Kriegsbeginn 1939 viele Beispiele polnischer Aussagen, die in ihrem Wunsch nach Krieg und in ihrer Überschätzung der erwarteten polnischen Kriegserfolge sowie in der Unterschätzung der deutschen Wehrmacht heute kaum verständlich sind. Sie sind nur durch blinden Chauvinismus zu erklären. Hingewiesen sei auf ein Bild, das 1939 kurz vor dem erhofften Marsch auf Berlin in Polen entstanden sein soll und den polnischen Oberbefehlshaber, Marschall RYDZ-SMIGLY, bereits als Sieger hoch zu Roß durch das Brandenburger Tor reitend zeigt.[4]


Lech WALESA.

Dieser polnische Chauvinismus ist mit ein wesentlicher Grund dafür, daß Polen zu den nach dem Ersten Weltkrieg gewonnenen deutschen Gebieten 1945 weitere große deutsche Provinzen an sich riß, die Mehrzahl der Deutschen von dort grausam vertrieb und durch Politiker und Kirchenfürsten wahrheitswidrig verkünden ließ, Ostdeutschland sei »urpolnischer Boden«.

Ein erneutes Beispiel dieser Haltung gab im Frühjahr 1990 der Arbeiterführer Lech WALESA. In einem Interview in der niederländischen Wochenzeitung *Elsevier*[5] äußerte er Sorgen vor der deutschen Vereinigung und erklärte dann: »Wenn die Deutschen erneut Europa in der einen oder anderen Art destabilisieren, sollte man nicht mehr zu einer Aufteilung Zuflucht nehmen, sondern dieses Land einfach von der Landkarte ausradieren. Der Osten und der Westen besitzen die notwendige fortgeschrittene Technologie, um diesen Urteilsspruch durchzuführen.«

Abschließend seien zunächst die Urteile zweier alliierter Staatschefs über Polen angeführt. Der britische Premier David LLOYD GEORGE schrieb in der

---

[3] Deutsch in: *Münchener Neueste Nachrichten,* 3. 10. 1930; teilweise zit. auch in: Udo WALENDY, *Historische Tatsachen,* Nr. 28, Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho 1985, S. 27.

[4] *Quick,* Nr. 45, 27. 10. 1977, S. 136; zitiert auch in: Werner Georg HAVERBECK, *Rudolf Steiner - Anwalt für Deutschland,* Langen Müller, München 1989, S. 341; Anzeige des *Stern* in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 23. 7. 1981; *Stern,* 23. 7. 1981; *Märkische Zeitung,* Januar 2003. Siehe Beitrag Nr. 132. »Polens Marschall vor dem Brandenburger Tor«.

[5] Deutsch in: Leserbrief von Ferdinand Otto MIKSCHE, *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 27. 4. 1990.

Denkschrift vom 25. März 1919 an die Versailler Friedenskonferenz: »Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2100000 Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen.«[6] Ein hellsichtiges Urteil!

Und der als südafrikanischer Staatsvertreter an den Versailler Verhandlungen 1919 beteiligte Jan Christian SMUTS erklärte: »Polen hat in der Geschichte versagt, und es würde dies immer wieder der Fall sein; doch mit diesem Vertrag versuchen wir, den Urteilsspruch der Geschichte zu revidieren.«[7]Ebenso zweifellos eine richtige, wenn auch leider zu späte Einsicht!

Der polnische Primas WYSZYNSKI predigte noch 1957: »Wir sind zurückgekehrt auf unsere urpolnische Erde. .. Schaut nur! - es bleibt keine Spur von ihnen (den Deutschen, H. W.), und in die Erde unserer Urväter, die uns mit Gewalt entrissen wurde (was nicht stimmt, H. W.), hat Gott den goldenen Weizen eurer Herzen gesät!... Die Austreibung der Deutschen war Gottes Fügung.«[8]

Die Präsidentschaftswahlen im Herbst 2005 in Polen haben ein weiteres beeindruckendes Beispiel für den sehr lebendigen polnischen Chauvinismus geboten. Es ist bezeichnend, daß der gewählte Präsident Polens, Lech KACZYNSKI, mit Ressentiments gegen Deutschland (erfolgreichen) Wahlkampf machte.



Der Populist Lech KACZYNSKI spielt 2005 den starken Mann und verlangt Kriegsentschädigungen von Deutschland.



»Im Namen dieser Liebe, mit der Du uns liebst, möge der Feind dahinsinken wie das Gras, das von der Sense Deiner Gerechtigkeit berührt wird. Mögen ihre Frauen und ihr Land unfruchtbar werden, mögen ihre Kinder betteln gehn und ihre Töchter der Schändigung anheimfallen. Mögen ihre Kugeln und Geschosse ins Gras fallen wie die Lämmchen und mögen die unsrigen aus ihnen wie die Tiger das Herz herausreißen, und mögen sie endlich erblinden. ..«
Aus einem Gebet des polnischen Priesters Mieszko USZERSKI, 1939, zitiert in: *Deutsche Wochenzeitung,* 22. 1. 1971.

[6] *Ploetz; Konferenzen und Verträge* (Vertrags-Ploetz), Teil 11, 4. Band, Würzburg 1958, S. 600 f.; zitiert auch in: Hugo WELLEMS, *Von Versailles bis Potsdam,* von Hase und Koehler, Mainz 1983, S. 91 f.; ebenso in: Udo WALENDY, *Historische Tatsachen,* Nr. 28, Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho 1985, S. 39.

[7] Bolko Freiherr VON RICHTHOFEN und R. R. OHEIM, *Die polnische Legende,* Arndt, Kiel 1982, S. 184.

[8] *Die Zeit,* 4.10. 1990, S. 17-20; siehe auch: Bolko Freiherr VON RICHTHOFEN und R. R. OHEIM, *Polens Traum vom Großreich,* Arndt, Kiel 1985; Alfred SCHICKEL, *Deutsche und Polen. Ein Jahrtausend gemeinsamer Geschichte,* Gustav Lübbe, Bergisch-Gladbach 1984.

In Polen Europas erste KZs

Wenn heute von Konzentrationslagern gesprochen wird, werden darunter meist nur die der NS-Zeit verstanden. Im Rahmen der Umerziehung wurde die Kenntnis früherer und in anderen Ländern betriebener Lager für unerwünschte Personen weitgehend verdrängt.

Die ersten als solche bezeichneten Konzentrationslager richteten die Spanier 1896 auf Kuba ein, denen die Briten im Burenkrieg (1889-1902) in Südafrika folgten, um mit der Internierung von Frauen und Kindern den Widerstand der Buren zu brechen.[1] Die Sowjets deportierten nach ihrer Machtübernahme 1917 Oppositionelle und >Klassenfeinde< in sibirische Arbeitslager, den Beginn des Archipel Gulag, in dem in den folgenden sieben Jahrzehnten Millionen Gefangener zu Tode kamen. Während des Zweiten Weltkrieges wurden solche Internierungseinrichtungen auch in den USA für dort lebende Deutsch- und Japanischstämmige[2] oder in Großbritannien für Deutsche und deutschfreundliche Engländer geführt.

Die ersten KZs in Europa wurden nach Gründung des polnischen Staates im ehemaligen deutschen Posener Gebiet von Polen für Deutsche errichtet: noch im Herbst 1918 das Lager Szcypiorno und 1919 Stralkowo.[3] Mehr als 8000 Deutsche sollen dort in der ersten Nachkriegszeit interniert worden sein. Viele überlebten die Lager nicht. Mehr als eine Million Deutsche verließen angesichts der Unterdrückungs- und Enteignungsmaßnahmen von 1919 bis 1938 ihre ostdeutsche Heimat, eine erste Vertreibung.[4]

Die planmäßige Entdeutschung wurde von Polen auch öffentlich verkündet. Am 10. April 1923 erklärte der damals amtierende polnische Ministerpräsident General Ladislaus SIKORSKI bei einer Rede im Posener Rathaus in großer Offenheit nach der Begrüßung durch den Stadtpräsidenten RATAIJSKI, der festgestellt hatte, daß »die deutsche Gefahr« nicht eher beseitigt sei, als »bis alles deutsche Land in polnische Hände übergegangen sei und der Feind

[1] Siehe Beitrag Nr. 10: »Englische Konzentrationslagerpolitik im Burenkrieg«.

[2] Siehe Beitrag in: *Der Große Wendig,* Bd. 2.

[3] Hermann RAUSCHNING, *Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Zehn jähre polnische Politik,* Reimar Hobbing, Berlin 1930, Nachdruck hg. von Wolfgang KESSLER als *Die Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus Westpreußen und Posen 1919—1929,* Reimar Hobing, Essen 1988; Rudolf TRENKEL, *Polens Schuld am 2. Weltkrieg 1920-1939,* Hamburg 1977/ Bolko Frhr. VON RICHTHOFEN u. Reinhold Robert OHEIM, *Die polnische Legende,* Arndt, Kiel 2001, Teil 3, S. 102 f.; Wolfgang POPP, *Wehe den Besiegten,* Tübingen 2000, S. 126 ff

[4] Franz LÜDTKENS und Ernst Otto THIELE, *Der Kampf um deutsches Ostland,* Friedrich Foelder, Düsseldorf o J.

nicht mehr unnötig im eigenen Lande ernährt zu werden brauche«,[5] ebenso offen: »Es liegt im unmittelbaren Interesse der [polnischen] Minderheit, daß dieser historische Prozeß, nach langer Bedrückung durch die preußische Regierung, dieser Prozeß, den man Entdeutschung der westlichen Woiwodschaften nennt, in einem möglichst kurzen und raschen Tempo vollführt werde.. . Der Starke hat immer Recht, und der Schwache wird als besiegt angesehen, und man schiebt ihn auf den zweiten Plan. Ich stelle fest, daß am Vortage der Aufnahme der Liquidierungsaktion deutscher Güter, die der Herr Stadtpräsident erwähnte, unsere bisherige Nachgiebigkeit und unser Schwanken einer radikalen Änderung unterliegen müssen. Die Regierung, die ich repräsentiere, will, daß diese Angelegenheit innerhalb eines Jahres bestimmt geregelt wird.«[6]

Zur Zeit des totalitär regierenden Marschalls PILSUDSKI wurde 1926 das Konzentrationslager Bereza-Kartuska in Galizien und das in Brest-Litowsk eröffnet, wo neben Deutschen auch Ukrainer und andere politische Gegner gefangengehalten wurden. In diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, daß Warschau mindestens zweimal, im Winter 1932/33[7] und im Dezember 1933/Januar 1934[8] versuchte, Frankreich zu einem gemeinsamen Angriffskrieg gegen das Deutsche Reich zu bewegen.

Im Jahre 1939 kam neben kleineren Einrichtungen das Lager Chodzen zwischen Leslau und Kutno hinzu, in dem Anfang September 1939 Tausende Volksdeutscher zusammengetrieben wurden. Massenverhaftungen setzten vor allem ein, nachdem der polnische Marschall RYDZ-SMIGLY am 6. August in Krakau zur 25-Jahrfeier der Gründung der PILSUDSKI-Legion eine kriegerische Rede gehalten hatte.[9] Allein in den sieben Tagen vom 25. bis 31. August 1939 nahmen Polen mindestens 43 einzelne Grenzüberschreitungen vor, bei denen meist deutsche Höfe angezündet und mehrere Deutsche, auch Zollbeamte, erschossen wurden.[10] Es kam dann in Polen mit Schwerpunkten in den ersten Kriegstagen zu den berüchtigten Todesmärschen für rund 5000 verhaftete Deutsche aller Altersgruppen und beiderlei Geschlechts zu diesen Lagern und nach weiteren Orten sowie zu Ausschreitungen des >Bromberger Blutsonntags< am 6. September 1939, wobei insgesamt mehr als 5800 Deutsche ums Leben kamen.[11]

Nach der Besetzung Polens durch die Rote Armee wurden von Polen ab 1944 mehr als 1250 KZs für Deutsche im altpolnischen und im Oder-Neiße-Gebiet eingerichtet. Die schlimmsten waren Lamsdorf bei Falkenberg in Oberschlesien, wo nachweislich 1945/46 mehr als 6000 Menschen auf brutalste Weise umgebracht wurden, Tost und Myslowitz ebenfalls in Oberschlesien, Potulice bei Bromberg, Granow bei Lissa, Sikawa bei Lodz und Jaworno bei Tschenstochau.

Rolf Kosiek

[5] Im Bericht des Deutschen Generalkonsuls in Posen an das Auswärtige Amt vom 12. 4. 1923 in: Auswärtiges Amt (Hg.), *Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges,* Carl Heymanns, Berlin 1939, S. 10.

[6] *Posener Neueste Nachrichten* 12. 4. 1923; Auszug in: Auswärtiges Amt (Hg.), ebenda, S. 10.

[7] Zit. in: Alfred SCHICKEL, *Deutsche und Polen,* Gustav Lübbe, Bergisch Gladbach 1984, S. 193.

[8] Ebenda, S.206.

[1] Ebenda, S. 227.

[10] Einzeln aufgeführt in: Auswärtiges Amt (Hg.) aaO. (Anm. 5), S. 307-311.

[11] RICHTHOFEN und OHEIM, aaO. (Anm. 3), Teil 2: *Polens Marsch zum Meer,* S. 229.

Polens Imperialismus im 20. Jahrhundert

Die Polen sehen sich gern als ein Opferstaat des 20. Jahrhunderts und werden vielfach vom Ausland auch als solcher betrachtet. Das ist jedoch falsch. Richtig ist, daß Polen vor allem Tätervolk war und von 1918 bis 1938 alle seine Nachbarn ohne Ausnahme in Angriffskriegen überfallen und ihnen mehrheitlich nichtpolnische Gebiete geraubt hat. In diesen hat es dann sofort scharfe Polonisierungsmaßnahmen durchgeführt, die andersvölkischen Minderheiten unterdrückt oder zur Flucht veranlaßt. Zwischen 1933 und 1936 hat es sich mehrmals um einen gemeinsamen Angriffskrieg gegen Deutschland bei den Westmächten bemüht. Durch die Verfolgung der Volksdeutschen und seine starre ablehnende Haltung gegenüber berechtigten deutschen Ansprüchen hat es wesentlich den Zweiten Weltkrieg ausgelöst.

Polen ist Deutschlands östlicher Nachbar. In seinen heutigen Grenzen lebten um 1990 etwa eine Million Deutsche mit unvollkommenen Minderheitenrechten. Von deutscher Seite ist man seit Jahrzehnten um Versöhnung bemüht - auch in großer Verzichtsbereitschaft -, ohne bisher ein entsprechendes Entgegenkommen Warschaus zu erreichen. Polen hat mit Macht erfolgreich in die Europäische Union und zurück nach Europa gedrängt, aus dem es sich auch durch seine Haltung vor, im und nach dem Zweiten Weltkrieg entfernte. Das Jahrhundertverbrechen der Vertreibung der Ostdeutschen aus ihren seit über sieben Jahrhunderten angestammten Heimatgebieten ist weiterhin ungesühnt und noch nicht wiedergutgemacht. Bei den auch in Zukunft anstehenden deutsch-polnischen Gesprächen ist ein Rückgriff auf die Geschichte unverzichtbar. Diese wird heute meist einseitig dargestellt, indem Polen ausschließlich als Opfer der Politik angesehen wird. Sein eigener Anteil darf jedoch nicht vergessen werden. Zur Richtigstellung der weithin verzerrten Anschauungen ist auch das Nachfolgende zu berücksichtigen erforderlich.

Nach Jahrzehnten durch seine Eliten selber verschuldeter Unregierbarkeit hatte Polen in den drei polnischen Teilungen von 1772 bis 1795 praktisch seine Selbständigkeit verloren und war unter die Herrschaft seiner Nachbarn Rußland, Österreich und Preußen gekommen. Nach den deutschen Siegen über die russischen Angriffsarmeen im Ersten Weltkrieg wurde am 5. November 1916 von Deutschland und Österreich, die den russischen Teil Polens erobert hatten, ein selbständiges Polen ausgerufen: Nach mehr als 120 Jahren gab es wieder einen polnischen Staat, der allerdings auf den vorher russischen Teil Polens (Kongreß-Polen) zunächst beschränkt war.

Statt den beiden deutschen Staaten für diese Geburtshilfe dankbar zu sein, nutzte das junge Polen jedoch ab 1918 unter Jozef PILSUDSKI die Niederlage der Mittelmächte zu eigenem Vorteil aus und besetzte schon ab November



Die Republik Polen 1919/21 bis 1939. Karte aus: *Deutsche Geschichte im Osten Europas. Land der großen Ströme. Von Polen nach Litauen,* Siedler, Berlin 1996, S. 372.

1918 die deutsche Provinz Posen und Teile Westpreußens. Bei den Pariser Friedensverhandlungen 1919 erhob Polen mit gefälschten Karten, Statistiken und Bevölkerungsangaben in Denkschriften und Noten Ansprüche auf große Teile Ostdeutschlands, die großenteils in Versailles entweder dann Polen zugesprochen oder für die Volksabstimmungen angesetzt wurden. Diese gingen 1920/21 sämtlich mit großen Mehrheiten für Deutschland aus.

Die Warschau in Versailles und St. Germain 1919 zugefallenen großen preußischen und österreichischen Provinzen stärkten den polnischen Nationalismus und Chauvinismus und trieben ihn zu weiteren Gebietserwerbungen an, so daß schließlich um 1921 mehr als 40 Prozent der Bevölkerung des neuen Polens Nichtpolen waren: im Zeitalter der Selbstbestimmung der Völker ein friedengefährdender Anachronismus. Polen konnte diese imperialistische Politik betreiben, weil es besonders von Frankreich gestützt wurde, das in Polen seinen zuverlässigsten Verbündeten gegen das Deutsche Reich sah.

Als ein ausländisches Urteil zur polnischen Unterdrückung andersvölkischer Minderheiten sei der britische *Manchester Guardian* vom 17. Oktober 1930 zitiert: »Der polnische Terror in der Ukraine ist heute schlimmer als alles andere in Europa. Aus der Ukraine ist ein Land der Verzweiflung und Zerstörung geworden. Was um so aufreizender ist, als die Rechte der Ukrainer völkerrechtlich gewährleistet sind, während der Völkerbund allen Appellen und Darlegungen gegenüber taub ist und die übrige Welt nichts davon weiß und sich nicht darum kümmert.«

Im einzelnen umfaßt der polnische Imperialismus des 20. Jahrhunderts die folgenden Schritte:

1. Mit dem polnischen Posener Aufstand vom 26. Dezember 1918 begann die gewaltsame Besetzung des bis dahin deutschen Posener Landes durch polnische Streitkräfte und die Vertreibung der deutschen Verwaltung und der Amtsenthebung der Beamten aus der in ihrem Westteil mehrheitlich deutsch besiedelten Provinz Posen. Eine deutsche Rückeroberung Posens wurde von den Alliierten untersagt: Am 17. Februar 1919 wurde ein Waffenstillstand für die Posener Front geschlossen. Die gewaltsame polnische Inbesitznahme erfolgte also schon, bevor die Friedensverhandlungen in Versailles begannen, die das Posener Land ohne Volksabstimmung Polen zusprachen.

2. Der gleichzeitige ebenfalls mit Waffengewalt unternommene polnische Versuch, auch das mehrheitlich deutschbewohnte Westpreußen zu erobern, scheiterte am monatelangen Widerstand deutscher Freiwilliger des Grenzschutzes. Obwohl in den für Volksabstimmungen vorgesehenen wenigen Kreisen West- und Ostpreußens am 11. Juli 1920 jeweils mehr als 90 Prozent der Bevölkerung für Deutschland stimmten, was auch im übrigen Westpreußen erfolgt wäre, wurde das zu mehr als 95 Prozent deutsche Danzig eine >Freie Stadt< und mußte das restliche Westpreußen ohne die Abstimmungsgebiete an Polen abgetreten werden.

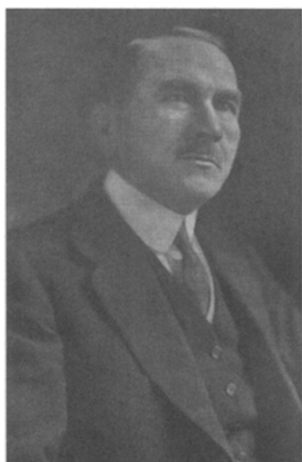
3. 1919 fiel die polnische HALLER-Armee unter General Josef HALLER DE HALLENBERG (1873- 1960) in das bis dahin zu Österreich gehörende Ostgalizien ein, wo sich gerade die Westukrainische Volksrepublik bilden wollte, eroberte Lemberg und vertrieb bis zum 17. Juli 1919 die letzten ukrainischen Truppen aus Ostgalizien. Gegen den Protest der mehrheitlich ukrainischen Bevölkerung sprach am 21. November 1919 die alliierte Botschafterkonferenz Polen ein 25jähriges Mandat über Ostgalizien zu, am 15. März 1923 die volle Hoheit über das Land.

4. Als polnische Ostgrenze hatte der Oberste Rat der Alliierten am 8. Dezember 1919 die CURZON-Linie vorgeschlagen, die ungefähr der polnischen Siedlungsgrenze entsprach. Am 26. April 1920 fiel PILSUDSKI mit polnischen Truppen über diese Grenze hinweg in die von den Sowjets besetzte Ukraine ein, vertrieb zusammen mit dem nationalukrainischen General PETLJURA die in den Revolutionswirren noch schwachen Bolschewisten, kam am 8. Mai 1920 bis Kiew, mußte dann vor der sowjetischen Armee bis War-

schau zurückweichen, wo er, von Franzosen beraten, im >Wunder an der Weichsel< am 16. August 1920 die Rote Armee besiegen konnte. Im Frieden von Riga wurde am 18. März 1921 die polnische Ostgrenze rund 250 Kilometer östlich der CURZON-Linie festgelegt, wodurch große mehrheitlich ukrainisch oder weißrussisch besiedelte Gebiete an Polen kamen, das sogenannte Ostpolen, das 1945 wieder an die Sowjetunion fiel.

5. Das vorher russische Litauen war 1915 von deutschen Truppen befreit worden. Am 16. Februar 1918 wurde in der Hauptstadt Vilnius (Wilna) das selbständige Litauen ausgerufen, dem der deutsche Reichstag im März 1918 zustimmte. Nach dem Abzug der deutschen Truppen im Januar 1919 einigten sich Moskau und Warschau, die zunächst beide Ostlitauen mit Vilnius abwechselnd besetzt und beansprucht hatten, darauf, daß dieser Landesteil bei Litauen bleibe. Am 9. Oktober 1919 überfiel in einem militärischen Handstreich der polnische General Lucjan ZELIGOWSKI erneut Ostlitauen und eroberte Vilnius. Die gewaltsame polnische Eroberung wurde von der alliierten Botschafterkonferenz am 15. März 1923 als polnischer Besitz bestätigt, was Litauen bis 1938 nicht anerkannte.

6. Vor und nach der eine große Mehrheit für Deutschland ergebenden Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921 versuchten polnische Streitkräfte (Insurgenten) unter Adalbert KORFANTY von 1919 bis 1921 in mehreren Einfällen und Aufständen unter Mithilfe polnischer Truppen, unter



Der antideutsch und antisemitisch eingestellte Roman DMOWSKI (1864-1939).



Ein Dokument polnischen Chauvinismus und Größenwahns: Das ab 1930 vom halbamtlichen polnischen Westmarkenverband verbreitete Flugblatt sah Polens Westgrenze bereits unmittelbar vor Berlin.

anderem der HALLER-Armee, Oberschlesien zu erobern und so vollendete Tatsachen zu schaffen. Deutsche Freikorpskämpfer verhinderten das. (u. a. deutsche Erstürmung des Annabergs am 21. Mai 1921)

6. Nach dem von den europäischen Großmächten abgeschlossenen Münchener Abkommen vom 29. September 1938 zur Vereinigung des geschlossen deutsch besiedelten Sudetenlandes mit dem Deutschen Reich fielen die nicht beteiligten Polen am 2. Oktober 1938 nach einem kurzfristigen Ultimatum in das 1920 der Tschechoslowakei zugesprochene Olsa-Gebiet, den westlichen Teil des Teschener Landes, ein und besetzten es gegen den Protest Prags. Die Westmächte waren darüber ungehalten, unternahmen aber sonst nichts. Um den sofort einsetzenden Unterdrückungsmaßnahmen zu entgehen, flohen mehr als 5000 Deutsche in den folgenden Wochen aus diesem Gebiet über die Grenze in das Reich.

7. Am 20. und 21. Oktober 1938 besetzten polnische Truppen sechs slowakische Grenzkreise in den Karpaten, so daß eine direkte polnisch-ungarische Grenze entstand und der bestehende >Kleine Korridor< an der Zips beseitigt wurde.

Dennoch war Polen noch nicht >saturiert<, sondern forderte weitere, früher nie oder nur kurzzeitig polnisch gewesene Gebiete wie Ostpreußen, Danzig, Schlesien mit jeweils praktisch rein deutscher Bevölkerung. So schrieb die polnische Zeitung *Gazeta Gdansk* am 9. Oktober 1925: »Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königsberg, ohne ganz Ostpreußen nicht existieren kann. Wir müssen jetzt in Locarno fordern, daß ganz Ostpreußen liquidiert wird. Es kann eine Autonomie unter polnischer Oberhoheit erhalten. Dann wird es ja keinen Korridor mehr geben. Sollte dies nicht auf friedlichem Wege geschehen, dann gibt es wieder ein zweites Tannenberg, und alle Länder kehren dann sicher in den Schoß des geliebten Vaterlandes zurück.«[1]

Schon im März 1919 hatte der polnische Nationalist und Geschichtsfachmann für Versailles Roman DMOWSKI in einer >Sachverständigen-Denkschrift< geschrieben: »Die Germanisierung Danzigs ist oberflächlich, und sobald die Polen das Recht haben werden, sich in der Stadt niederzulassen, wird sie wieder polnisch werden wie Krakau und andere Städte in Polen, die in einer gewissen Epoche eine deutsche Majorität gehabt haben.«[2]

8. Im Frühjahr 1933 und noch einmal im Winter 1933/34 versuchte PILSUDSKI von Warschau aus, Frankreich für einen Angriffskrieg gegen Deutschland zu gewinnen, um weiteres deutsches Land bis zur Oder, insbesondere die damals Freie Stadt Danzig, und Ostpreußen für Polen zu gewinnen. Da sich Frankreich nicht stark genug fühlte und Großbritannien abriet, kam es nicht zu diesem Angriffskrieg gegen das Reich. Zur Vorbereitung dazu ließ PILSUDSKI am 6. März 1933 polnische Truppen auf der zur Freien Stadt Danzig gehörenden Westerplatte landen - eine Völkerrechtsverletzung - und einige Tage später polnische Einheiten im Korridor zusammenziehen.

[1] Christian HÖLTJE, *Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem,* Holzner, Würzburg 1958, S. 84; zit. auch bei: Karl SEEGER (Hg.), *1912-1932: Generation ohne Beispiel,* Verlag für Zeitgeschichte, Butzbach 1991, S. 264.

[2] Walter RECHE, *Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik,* Georg Stilke, Berlin 1927, S. 327, zit. auch bei: Karl SEEGER, ebenda, S. 265.

9. Nach PiLSUDSKJs Tod (12. 5. 1935) bemühte sich am 7. März 1936, am Tag des deutschen Einmarsches in das bis dahin seit 1919 entmilitarisierte deutsche Rheinland, der neue polnische Staatschef BECK erneut um Frankreichs Mithilfe bei einem Angriffskrieg gegen das Reich: Er versicherte, Polen werde Deutschland im Osten angreifen, wenn Frankreich in Westdeutschland einmarschiere. Als Paris zögerte, reiste BECK übereilt nach London, wo er sowohl von der Regierung als auch von König EDUARD VIII. eine Absage zu seinen Kriegsplänen erhielt. Warschau wollte also schon 1936 den großen europäischen Krieg gegen Deutschland, um von diesem weitere Gebiete zu erwerben.

10. Im August 1939 nahm Polen eine Reihe von militärischen Grenzverletzungen und Beschießungen deutscher Objekte vor. Allein in den sieben Tagen vom 25. bis 31. August 1939 wurden vom deutschen Auswärtigen Amt 43 meist mit Schüssen sowie mit mehreren deutschen Todesopfern verbundene polnische Grenzüberschreitungen dokumentiert. Am 23. August 1939 wurde ein deutsches Verkehrsflugzeug auf dem Flug nach Danzig außerhalb polnischen Hoheitsgebietes in der Nähe der Danziger Grenze von polnischer Flak beschossen. Am 25. August 1939 wurde ein anderes Verkehrsflugzeug von polnischen Kriegsschiffen aus auf offener See bei Danzig beschossen. Schon am 7. August 1939 hatte der *llustrowany Kurjer* in Krakau, eine weitverbreitete polnische Zeitung, geschrieben, daß polnische Einheiten laufend Vorstöße über die Grenze hinweg in deutsches Gebiet unternähmen, um dort militärische Anlagen zu zerstören und Waffen und Geräte der Wehrmacht nach Polen mitzunehmen.

11. Nach der Teilmobilisierung der polnischen Streitkräfte vom 23. März 1939 erfolgte von Warschau die Generalmobilmachung in der Nacht zum 24. August 1939, zunächst persönlich zugestellt, am 29. August öffentlich bekannt gegeben, wobei die polnischen Militärpläne vorsahen, daß eine Generalmobilmachung nur für den Fall befohlen würde, daß Polen sich für den Krieg entschieden habe. Polen hatte sich also zum Krieg entschieden, als in Berlin und anderenorts noch um eine friedliche Lösung und die Beibehaltung des Friedens für Europa gerungen wurde.

Doch auch nach 1945 ging Polens Imperialismus noch unvermindert weiter. Die deutsche Niederlage bot eine weitere günstige Gelegenheit, und wieder nutzte Warschau diese schamlos aus:

12. 1945: Polen besetzte mit sowjetischer Hilfe das südliche Ostpreußen, Danzig, Westpreußen, Hinterpommern, Ostbrandenburg sowie Schlesien und errichtete in diesem Gebiet östlich der Oder und Neiße eine vorläufige Verwaltung, die im Potsdamer Protokoll auch von den Westalliierten als vorläufig anerkannt wurde. Die Bevölkerung dieser Gebiete war zu über 99 Prozent deutsch.

14.1945: Ende September annektierte Polen - entgegen den Potsdamer Abmachungen - auch die westlich der Oder gelegenen Teile Stettins und einen Teil des Umlandes.

15. 1945-1949: Polen setzte seinem Imperialismus die Krone auf durch die völkerrechtswidrigen und Zigtausende an Todesopfern fordernden unmenschlichen Vertreibungen von mehr als 9 Millionen Ostdeutschen aus ihrer jahrhundertelang besiedelten Heimat. Dieses Menschheitsverbrechen ist immer noch ungesühnt und wurde zum schrecklichen Vorbild für die ethnischen Säuberungen< in Bosnien.

16. 1950-1990: Im Görlitzer Vertrag vom 6. Juni 1950, im Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970, beim 2 + 4-Vertrag vom 1. 10. 1990 und beim Grenzvertrag vom 14. November 1990 zwischen Deutschland und Polen versuchte Polen - allerdings völkerrechtlich unwirksam - seine Ansprüche auf Ostdeutschland festzuschreiben und die vorläufige Verwaltung als endgültigen Besitz völkerrechtlich abzusichern. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe stellte in den siebziger und achtziger Jahren dazu mehrfach fest, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 nicht untergegangen ist, darin weiterbesteht und Ostdeutschland weiterhin ein Teil Deutschlands und kein Ausland ist, daß insbesondere die abgeschlossenen Verträge keine Gebietsabtretungen beinhalten.

17. 1945-1990: Polen streitet lange Zeit die Existenz von mehr als einer Million noch in den Oder-Neiße-Gebieten wohnender Deutscher - vor allem in Oberschlesien - ab, unterdrückt diese, versucht, sie zu entvolken durch Vorenthaltung der Muttersprache, und gewährt ihnen keinerlei Minderheitenrechte.

Heute ist Polen in Europa ein Land mit einem großen Anteil fremdvölkischen Bodens und andersvölkischer Bevölkerung. Mit seiner die Minderheiten weiterhin unterdrückenden Politik ist es eine echte Bedrohung des Friedens und eine Gefährdung des friedlichen Zusammenlebens in Europa. Eine Rückkehr zum Selbstbestimmungsrecht scheint dringend erforderlich. Rolf Kosiek

Weiterführende Literatur:

Bolko Frhr. VON RICHTHOFEN und Reinhold Robert OHEIM, *Die polnische Legende,* Arndt, Kiel 2001.

Alfred SCHICKEL, *Deutsche und Polen,* Gustav Lübbe, Bergisch Gladbach 1984.

David L. HOGGAN, *Der erzwungene Krieg,* Grabert, Tübingen [15]1997.

Auswärtiges Amt (Hg.), *Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges,* Carl Heymanns Verlag, Berlin 1939.

Gotthold RHODE, *Geschichte Polens,* Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt '1980.

Ernst VON SALOMON, *Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer,* Wilhelm Limpert, Berlin 1938, Nachdruck: Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, Struckum 1988.

Franz LÜDTKE und Ernst Otto THIELE, *Der Kampf um deutsches Ostland,* Friedrich Floeder, Düsseldorf o. J.

Hartmut BOOCKMANN, *Ostpreußen und Westpreußen,* Siedler, Berlin 1992.

Judenpogrome im Polen der Zwischenkriegszeit

Bei der Betrachtung des Schicksals der Juden im Europa der Mitte des 20. Jahrhunderts wird meist nur auf die Handlungen des Nationalsozialismus abgehoben. Allzu leicht gerät dabei in Vergessenheit, daß es auch Pogrome in anderen Ländern, vor allem im Polen der zwanziger und dreißiger Jahre, gab. Zu Tausenden kamen von dort jüdische Menschen in das NS-Deutschland, um den grausamen Verfolgungen in ihrer Heimat zu entgehen, insbesondere im Herbst 1938, die dann teilweise zurückgeschickt wurden. Zu dieser Gruppe gehörten unter anderen Eltern und Geschwister des Herschel GRYNSZPAN, der am 7. November 1938 in Paris auf den Legationsrat Ernst VOM RATH in der deutschen Botschaft schoß, woran dieser am 9. 11. starb. Später ereigneten sich in Polen die grausamen Pogrome von Jedwabne 1941[1] und Kielce 1946[2] sowie weitere Antisemitismuswellen um 1957 und 1968, die zur Auswanderung Zehntausender von Juden nach Deutschland, Israel und in den Westen führten.

Nach dem Ersten Weltkrieg »zogen es die führenden nationalpolnischen Kreise um Marschall PILSUDSKI vor, die Juden aus dem Lande zu verdrängen«.[3] Der polnisch-jüdische Historiker Emanuel RINGELBLUM hielt in seinem Tagebuch über die Verhältnisse der Zwischenkriegszeit in Polen fest:



In Jedwabne fand am 10. Juli 1941 ein grausamer Pogrom an Juden statt. Bis zur GROSS' Studie (siehe Anm. 1) hatten die Polen die Täterschaft den Deutschen zugeschrieben.

[1] Jan Tomasz GROSS, *Nachbarn,* München 2001; *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 16. 1. 2001, 11.7.2002, 10.7.2003.
[2] Siehe Beitrag »Der Juden-Pogrom von Kielce«, in: *Der Große Wendig,* Bd. 2.
[3] Alfred SCHICKEL, *Deutsche und Polen,* Gustav Lübbe, Bergisch Gladbach 1984, S. 198.

»Der wirtschaftliche Boykott ließ den wildesten Instinkten des Mobs freien Lauf, der straflos tobte, Marktbuden und kleine Läden zerstörte, Pogrome und Exzesse veranstaltete, ohne daß die staatlichen Sicherheitsorgane ihn daran gehindert hätten. Dies führte das Land in einen Zustand fortwährender Unruhe, verwandelte Polen in ein Mexiko, in ein Land, in dem Macht und Rechtlosigkeit herrschen. Man erzeugte solche Zustände, daß im Lande das Unkraut des Hitlerismus, des Rassismus beziehungsweise der neuzeitlichen Menschenfresserei erblühen konnte«.[4]

Über die gesellschaftliche Ausgrenzung der Juden notierte er: »Viele Organisationen faßten lauttönende Beschlüsse über den Arierparagraphen, der automatisch zur Ausschließung von Juden aus diesen Vereinigungen führte. Aus diesen Verbänden der Ingenieure, Ärzte, Dentisten, Postbediensteten usw. wurden die am meisten verdienten Menschen ausgeschlossen, sofern ihre arische Abstammung zweifelhaft war.«[5]

Das galt insbesondere für Offiziere. Der Historiker Alfred Schickel schrieb dazu: »Für höhere Offiziersränge waren Juden nicht zugelassen, auch wenn sie die besten Voraussetzungen mitbrachten. In die Berufsarmee wurden sie überhaupt nicht aufgenommen. Die 1919 bei der Staatsgründung aus der militärischen Konkursmasse der kaiserlich deutschen und der österreichischen Armee zur Verfügung stehenden jüdischen Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere sollten, wie später aus zuverlässiger Quelle bekannt wurde, nicht etwa in die neuen Streitkräfte der polnischen Republik übernommen, sondern in aller Stille >eliminiert< werden. Zu diesem Zweck erteilte der Generalstabschef der polnischen Armee, General Sosnkowski, im Jahre 1920 den geheimen Befehl, diese rund 10 000 Juden in einem Lager bei Jablona im Bezirk Warschau zu isolieren, um sie bei passender Gelegenheit samt ihren Unterkünften in die Luft zu sprengen. Der Plan wurde jedoch vorzeitig aufgedeckt und das Lager daraufhin aufgelöst. Mittlerweile waren immerhin einige tausend dieser >Lagerbewohner< an Hunger und Epidemien gestorben.«[6]

Ferner teilte Schickel mit, daß damals in Polen »die Juden in geradezu auffallender Weise nach den späteren Methoden der Nationalsozialisten behandelt wurden. . . An einigen Universitäten bildeten sich antisemitische Studentenzirkel, in denen Schlagringe, Rasierklingen, Messer und Stöcke ausgegeben wurden und man sich mit dem Blut der bei Überfällen oder Straßenschlachten verletzten oder gar getöteten jüdischen Kommilitonen brüstete.«[7]

---

4 Ebenda, zitiert S. 199.

5 Ebenda, zitiert S. 200.

6 Ebenda, S. 201.

7 Ebenda, S. 199 f.

Der amerikanische Historiker HOGGAN stellte fest: »Bis zum 9. November 1938 hatten 170 000 Juden Deutschland verlassen, während in der gleichen Zeit annähernd 575 000 aus Polen emigriert waren.«[8] Mehr als dreimal so viele Juden waren also aus Polen geflüchtet als aus dem Dritten Reich. Für das Jahr 1938 schreibt er: »Im März 1938 machte der polnische Botschafter Jerzy POTOCKI dem amerikanischen Unterstaatssekretär Sumner WELLES klar, Polen wünsche die Auswanderung polnischer Juden zu steigern. .. Eine polnische Sonderkommission unter Major Micha LEPECKI war 1937 nach Madagaskar gesandt worden, um die Möglichkeiten jüdischer Ansiedlung in der reichen, aber spärlich bewohnten französischen Kolonie zu untersuchen. . . Im März 1938 stimmte der Sejm einer Gesetzesvorlage zu, wonach das Essen von koscherem Fleisch verboten wurde, obwohl 2,5 Millionen Juden in Polen nur koscheres Fleisch aßen... Im März 1938 wurde ein weiteres Gesetz vom Sejm angenommen, wonach die Regierung im Ausland lebenden Bürgern willkürlich die polnische Staatsangehörigkeit entziehen konnte. . . Das Gesetz war als Teil des polnischen Anti-Judenprogramms von 1938 angenommen worden und sein ganz klarer Zweck war, so viele Juden wie möglich an der Rückkehr nach Polen zu hindern. Viele der im Ausland lebenden polnisch-jüdischen Staatsangehörigen waren in Deutschland.«[9] Und es kam dann im Oktober 1938 zu der deutsch-polnischen Paßkrise, als Polen seine in Deutschland lebenden jüdischen Staatsbürger nicht wieder ins Land lassen wollte.[10]

Ein unverdächtiger Zeuge der Verhältnisse der dreißiger Jahre in Polen dürfte auch das in Breslau erscheinende Wochenblatt *Jüdische Zeitung* sein, das am 16. April 1937 in einem mit »Der Vernichtungs-Feldzug gegen die Juden in Polen« überschriebenen Artikel unter anderem folgendes brachte:

»Die britische Sektion des Jüdischen Weltkongresses veranstaltete in London eine Konferenz, um zu dem Vernichtungsfeldzug Stellung zu nehmen, der in Polen gegen die jüdische Bevölkerung geführt wird. Der ehemalige Ministerpräsident David LLOYD GEORGE hatte an die Konferenz eine Zustimmungskundgebung gerichtet, in der er auf die schwere Not der 3 1/4 Millionen starken jüdischen Bevölkerung Polens hinweist. Das Hauptreferat hielt Prof. Dr. Selig BRODETZKY. Er betonte einleitend, daß es nicht der Zweck dieser Konferenz sei, einen Angriff gegen das Volk oder die Regierung Polens zu richten. Vielmehr ergehe ein Aufruf an das polnische Volk und die polnische Regierung, der neun Jahrhunderte währenden Bindungen zwischen dem jüdischen und dem polnischen Volk eingedenk zu sein. Diese Verbindung sei oftmals mit dem von Juden und Polen für das gemeinsame Vater-

---

[8] David L. HOGGAN, *Der erzwungene Krieg* Grabert, Tübingen [15]1997, S. 206.

[9] Ebenda, S. 207 f.

[10] Ebenda, S. 208-211.

land vergossenen Blut besiegelt worden. Man möge es nicht zulassen, daß diese Bande jetzt durch eine Politik zerrissen werden, die scheinbar absichtlich die soziale, wirtschaftliche und politische Zurücksetzung herbeizuführen sucht. Die Armut der Juden in Polen, fuhr Prof. BRODETZKY fort, könne sich jemand, der sie nicht kenne, überhaupt nicht vorstellen. Selbst diejenigen, die das Land besuchen, werden in der Regel von den krassesten Bildern jüdischer Armut und jüdischen Elends ferngehalten. 3 Vi Millionen Juden, über 9% der polnischen Bevölkerung, leben unter Verhältnissen, mit denen verglichen die Armut in den Ländern des Westens als Reichtum erscheine. Und sogar die erbärmliche Existenz, die Juden in Polen auf diese und jene Weise führen können, wird systematisch untergraben. Ein Beruf nach dem anderen, ein Erwerbszweig nach dem anderen wird ihnen unzugänglich gemacht. Diese Politik, eine bereits bis zur Unmöglichkeit niedrige Lebenshaltung weiter herabzudrücken, muß aufhören. ..

Der Redner befaßte sich sodann mit den physischen Angriffen auf die Juden. Es sei niederdrückend, Tag für Tag von Pogromen lesen zu müssen. Bei aller Bereitschaft, den Erklärungen der Regierung, daß sie entschlossen sei, alle Bürger ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit und des Bekenntnisses zu schützen, vollen Glauben zu schenken, müsse man feststellen, daß die Angriffe mit beunruhigender Regelmäßigkeit fortdauern...

Unsere Brüder in Polen haben das Gefühl der Verlassenheit, sie haben das Gefühl, daß die Juden Englands und der großen jüdischen Gemeinschaften in der Welt sie vergessen haben. Eine starke Aktion muß eingeleitet werden, um eine Katastrophe größten Ausmaßes von unseren jüdischen Brüdern in Polen abzuwenden. Ich hoffe, daß die britische Judenheit und mit ihr die Juden anderer Länder großzügig handeln werden.«

Die Zeitung berichtete auch von einer Erklärung des Bischofs von Durham, Dr. Hensley HENSON, »er könne seinen Abscheu vor der Verfolgung der Juden in Polen nicht scharf genug zum Ausdruck bringen. Das Gewissen der Kulturmenschheit müsse durch die Lage der Juden in Polen wach gerufen werden. Es sei zu hoffen, daß die Zeit nicht fern sei, in der diese Tyrannei überwunden sein wird.«

Rolf Kosiek

⇨ Die Untersuchung von Jan Tomasz GROSS gab Anlaß zu einer breit angelegten Studie unter der Leitung Pawel MACHIEWICZ' vom polnischen Institut für das Nationale Gedenken (IPN), an der 30 Historiker des IPN, der Polnischen Akademie der Wissenschaften und der Universität Bialystok mitwirkten. Die im Jahre 2002 veröffentlichte 1500seitige Studie *Rund um Jedwabne* kommt zu dem Schluß, daß Polen in mindestens 30 Städten um Bialystok 1941 Juden ermordeten.

Zur Lage der Juden in Polen vor 1942

Der polnische Staat war in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg ausgesprochen antisemitisch. Immer wieder kam es zu blutigen Pogromen gegen seine starke jüdische Minderheit, insbesondere in den Jahren 1936 und 1937. Im Juli 1937 schrieb die amerikanische Monatszeitschrift *The Fight,* das Organ der amerikanischen Liga gegen Krieg und Faschismus, also eine Zeitschrift, die wohl kaum der Sympathie zum damaligen Nationalsozialismus verdächtig war, unter der Überschrift »Polnische Pogrome«:[1] »In keinem Land ist der Antisemitismus so anhaltend und zerstörerisch wie in Polen.« Das war mehr als vier Jahre nach der Machtübernahme HITLERS und lange nach dem Erlaß der Nürnberger Gesetze.

In der *Nation,* einer der bedeutendsten liberalen Zeitschriften in den USA, schrieb am 2. April 1938 William ZUCKERMANN, selbst ein Jude:[2] »In den letzten Jahren haben die Juden (in Polen, H.W.) beinahe ständig körperliche Angriffe und Pogrome erdulden müssen... Dieser Ausbruch antisemitischer Bestialität findet nicht seinesgleichen in Europa, nicht einmal im Nazideutschland, wo trotz der gemeinen Propaganda. .. und der grausamen antijüdischen Gesetze des Staates das Volk selbst sich durch kein einziges antijüdisches Pogrom entwürdigt hat.«

(Leider ist es am 9. November desselben Jahres doch zu einem Pogrom in Deutschland gekommen, allerdings nicht durch >das Volk<, sondern anscheinend auf noch unbekannten Befehl durch Parteistellen.)

Über das Schicksal der rund drei Millionen Juden im Polen der Zwischenkriegszeit haben wir eine Tagebucheintragung des polnisch-jüdischen Historikers Emanuel RINGELBLUM bereits angeführt: »Der wirtschaftliche Boykott ließ den wildesten Instinkten des Mobs freien Lauf, der straflos tobte, Marktbuden und kleine Läden zerstörte, Pogrome und Exzesse veranstaltete, ohne daß die staatlichen Sicherheitsorgane ihn daran gehindert hätten. Dies führte das Land in einen Zustand fortwährender Unruhe, verwandelte Polen in ein Mexiko, in ein Land, in dem Macht und Rechtlosigkeit herrschen. Man erzeugte solche Zustände, daß im Lande das Unkraut des Hitlerismus, des Rassismus beziehungsweise der neuzeitlichen Menschenfresserei erblühen konnte.«[3]

---

[1] Zitiert in: James J. MARTIN, *The Man who invented Genocide,* Torrance (USA) 1984, S. 35.

[2] Ebenda.

[3] Zitiert aus: Emanuel RINGELBLUM, *Ghetto Warschau. Tagebuch aus dem Chaos,* Stuttgart 1967, in: Alfred SCHICKEL, *Deutsche und Polen. Ein Jahrtausend gemeinsamer Geschichte,* Gustav Lübbe, Bergisch-Gladbach 1984, S. 199. Siehe: Beitrag Nr. 128: »Judenpogrome in Polen in der Zwischenkriegszeit«.

Der deutsche Historiker Alfred SCHICKEL kommentierte dieses Zitat mit den Worten: »Kein Wunder, daß es viele Tausende von Juden angesichts solcher Drangsalierungen vorzogen, das Land zu verlassen und sich vor allem im benachbarten Deutschland niederzulassen.« Da mußte es ihnen offenbar besser gehen.[4]

Zu den Zuständen in der polnischen Armee schreibt SCHICKEL, wie schon einmal zitiert: »So war das Verhältnis des jungen polnischen Offizierskorps zu den Juden das gleiche wie jenes der Mehrheit der polnischen Intelligenz zu den jüdischen Mitbürgern. Für höhere Offiziersränge waren Juden nicht zugelassen, auch wenn sie die besten Voraussetzungen mitbrachten. In die Berufsarmee wurden sie überhaupt nicht aufgenommen. Die 1919 bei der Staatsgründung aus der militärischen Konkursmasse der kaiserlich deutschen und österreichischen Armee zur Verfügung stehenden jüdischen Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere sollten, wie später aus zuverlässiger Quelle bekannt wurde, nicht etwa in die neuen Streitkräfte der polnischen Republik übernommen, sondern in aller Stille >eliminiert< werden. Zu diesem Zwecke erteilte der Generalstabschef der polnischen Armee, General SOSNKOWSKI, im Jahre 1920 den geheimen Befehl, diese rund 10 000 Juden in einem Lager bei Jablonna im Bezirk Warschau zu isolieren, um sie bei passender Gelegenheit samt ihren Unterkünften in die Luft zu sprengen. Der Plan wurde jedoch vorzeitig aufgedeckt und das Lager daraufhin aufgelöst. Mittlerweile waren immerhin einige tausend dieser >Lagerbewohner< an Hunger und Epidemien gestorben, und von denen, die die Freiheit wiedererlangten, blieben viele ihr Leben lang Krüppel.«[5]

Auch für die Zeit des Kriegs liegen amerikanische Berichte vor, die das Urteil GOLDHAGENS,[6] die antisemitische Politik der Reichsregierung sei vom ganzen deutschen Volk mitgetragen worden, widerlegen und richtigstellen. So brachte das amerikanische Wochenmagazin *Time* - das Vorbild des *Spiegels* - am 10. November 1941 unter anderem einen Bericht, der auch im Rundfunk gebracht worden war, von George AXELSON von der *New York Times.* Darin wird über das Verhalten der Mehrheit der deutschen Bevölkerung wie folgt geurteilt: »In öffentlichen Plätzen oder bei der Arbeit mit jüdischen Mitarbeitern in Fabriken scheint der deutsche Arbeitnehmer den Juden als gleichberechtigt zu behandeln.« Und der NBC- (National Broadcasting Corporation) Reporter Axel DREYER berichtete nach seiner Ausweisung aus Deutschland: «Während meines ganzen Aufenthalts in Deutschland sah ich keinen einzigen deutschen Zivilisten jemals an einem Angriff auf einen Juden teilnehmen.«[7]

---

[4] SCHICKEL, ebenda,

[5] SCHICKEL, ebenda, S. 201.

[6] *Daniel GOLDHAGEN,* Hitlers willige Vollstrecker*, Siedler, Berlin 1996.*

[7] Zitiert in: MARTIN, aaO. (Anm. 1), S. 35 f.

Der Sommer 1939 in Polen: eine Leidenszeit der Volksdeutschen

Im Frühjahr und Sommer 1939 erreichte das Leiden der Volksdeutschen in dem haßerfüllten Polen ein kaum glaubliches Ausmaß. In den Jahren nach dem Versailler Diktat, das 1919 weite Gebiete Ostdeutschlands vom Reich abgetrennt und gegen das Selbstbestimmungsrecht Polen überlassen hatte, waren bereits weit mehr als eine Million Deutscher aus diesen Bereichen ins Reich geflohen - praktisch die erste Massenvertreibung Deutscher im Osten. 1933 gab es von den vielen Tausenden früherer deutscher Schulen nur noch rund 200. Ab September 1934 lehnte Polen die Kontrolle des versprochenen Minderheitenschutzes durch den Völkerbund überhaupt ab. Nach früheren Landreformen raubte eine weitere 1938 den Deutschen einen großen Teil ihres Besitzes, und ein Grenzlandgesetz vom Februar 1939 sah vor, daß Deutsche in einem 30 Kilometer breiten Streifen entlang der polnischen Westgrenze kein Land behalten sollten. Ab Mai 1939 häuften sich dann die Ausschreitungen gegen die Volksdeutschen, auch gegen Pfarrer, wobei immer wieder Deutsche in Polen ermordet wurden. Aus der Fülle der Zeitdokumente seien einige herausgegriffen und zitiert, um die unerträglichen Zustände der damaligen >Friedenszeit< ins Gedächtnis zurückzurufen. Kein Staat konnte sich derartige Provokationen auf die Dauer bieten lassen. Aus der Vielzahl der Fälle seien einige herausgegriffen.[1]

Krakau, den 25. Februar 1939

Das Studentenheim der deutschen Hochschüler in Krakau war gestern abends um 9 Uhr der Schauplatz einer wüsten, deutschfeindlichen Demonstration. Eine Anzahl von etwa 200 bis 300 Personen hatte sich vor dem erwähnten Hause zusammengefunden, und eine Gruppe von etwa 15 polnischen Studenten drang, mit Knüppeln und Totschlägern versehen, in das deutsche Studentenheim ein. Sie überfielen die dort anwesenden deutschen Hochschüler und Hochschülerinnen, wobei ein Hochschüler derartig blutig geschlagen wurde, daß er sofort in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Einer der Eindringlinge zerstörte die Lichtleitung, so daß in den Räumen sofortige Finsternis eintrat, und nun begann ein unerhörtes Zertrümmern der Einrichtung. Stühle, Tische und Klavier, Fensterscheiben und Kleiderrechen wurden ein Opfer des sinnlosen wandalischen Wütens der polnischen Studenten. Erst längere Zeit, nachdem die Demonstranten sich entfernt hatten, kam die Polizei und nahm ein Protokoll auf.

Der Deutsche Konsul in Krakau an das Auswärtige Amt (S. 96)

---

[1] Die folgenden Meldungen in: Bernhard C. WINTZEK (Hg.), *Geheim. Aus dem Archiv der Reichsregierung,* Mut, Asendorf 1976.

Kattowitz, den 24. April 1939

Der Überfall auf das Volksbundheim in Chorzow hat sich als eine der ernstesten Ausschreitungen herausgestellt, die sich bisher in den letzten Wochen ereignet haben. Am 21. April abends drang ein größerer Trupp von Menschen, mit Latten, Knüppeln u. dgl. bewaffnet, in das Gebäude des Volksbundheimes ein, in dem die Mitglieder des deutschen Jugendvereins ihre übliche Singprobe abhielten. Es ist hierbei zu schweren Mißhandlungen und Beschimpfungen gekommen, an denen sich später auch der Straßenpöbel beteiligte. Der polizeiliche Schutz war offenbar ungenügend. Bei der späteren Vernehmung auf der Wache haben sich sogar die Polizeibeamten an Schmähungen gegen das Deutsche Reich und den Führer beteiligt.

Ferner beehre ich mich, von zahlreichen weiteren Ausschreitungen nachstehende Fälle nach Überprüfung zur Kenntnis zu bringen:

Am 18. April wurde der Volksdeutsche Joachim PILAREK in Bismarckhütte von einer Gruppe von Terroristen am Eingang seines Hauses überfallen und mißhandelt.

Am folgenden Tage werden die Volksdeutschen Peter KORDYS und Richard MATEJA aus Kattowitz in der Nähe der Ferrumkolonie in Begleitung ihrer Ehefrauen von einer 40 Mann starken Bande, die sich zum größten Teil aus Aufständischen zusammensetzte, überfallen und in schwerster Weise mißhandelt. Frau KORDYS nimmt an, daß ihr Ehemann über die Grenze geflüchtet ist. MATEJA, welcher schwerverletzt liegen blieb, wurde am 24. 4. in das Gerichtsgefängnis in Kattowitz eingeliefert. Nach den eingezogenen Erkundigungen sollen die Verletzungen so schwer sein, daß sich die Polizei scheue, MATEJA freizugeben. Ferner wurde der Lehrer CZAUDERNA von der deutschen Schule in Ligota auf dem Heimwege mit seiner Braut überfallen und mißhandelt. Nach Feststellung des Arztes wurde die Leber und die Niere angeschlagen...

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt (S. 242)

Lodz, den 8_ Mai 1939

Der Terror der verhetzten polnischen Bevölkerung gegen die Deutschen in der Woiwodschaft Lodz, der sich durch zahlreiche Schlägereien mit oft schweren Körperverletzungen, Drohungen, Beleidigungen, Boykott, Eigentumsbeschädigungen, Verhaftungen und Schikanen aller Art - nicht zuletzt durch Brandstiftungen - äußert, hält unvermindert an. Unverkennbar besteht bei der polnischen Bevölkerung die Absicht, das Deutschtum in seiner Existenz zu vernichten, soweit es sich nicht völlig polonisieren lassen will.

Der Deutsche Konsul in Lodz an das Auswärtige Amt (S. 244)

Lodz, den 15_ Mat 1939

Sehr schwere Ausschreitungen, die man als Deutschenprogrom bezeichnen kann, ereigneten sich am vergangenen Samstag, dem 13., und Sonntag, dem 14. Mai, in der Stadt Tomaschow-Mazowiecki (etwa 42000 Einwohner, davon etwa 3000 Deutsche), bei denen zahlreich deutsche Existenzen vollständig vernichtet wur-

den. Dem Deutschen SCHMIEGEL wurde der Schädel gespalten und eine Frau, deren Namen ich bisher nicht erfahren konnte, wurde bei ihrer Flucht auf einem Felde totgeschlagen. Der Sohn des SCHMIEGEL, der aus einem Fenster des 2. Stockwerks eines Hauses geworfen wurde, liegt schwerverletzt darnieder. Während des Sonntags war dann zunächst Ruhe. Am Abend begannen die Ausschreitungen aber von neuem, und die Menge vernichtete alles deutsche Privateigentum, das vom vorherigen Tage noch heil geblieben war. Besonders hervorzuheben ist, daß die Polizei mit den Demonstranten mitmarschiert war und nichts tat, um das Leben und Eigentum der Deutschen zu schützen. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Ausschreitungen unter Duldung der Regierung erfolgt sind, wenn nicht sogar auf ihre Veranlassung hin. Jetzt, nach den abgeschlossenen Terrorakten, patrouillieren, um den Schein zu wahren, Polizeikommandos mit aufgepflanztem Seitengewehr in den Straßen der Stadt. In Lodz wurden am Sonnabend die Fensterscheiben der RupPERschen Buchhandlung in der Petrikauerstraße, die deutsche Bücher und Zeitschriften verkauft, eingeschlagen, ferner die Fenster des Lokals des (völlig unpolitischen) Berufsverbandes Deutscher Angestellter. Weiterhin erfolgten am gestrigen Sonntag Ausschreitungen im Kinotheater >Stylowy< während des deutschen Films »Land der Liebe«, wobei Terroristen das Publikum zum Verlassen der Vorstellung zwangen und vor dem Theater mit Latten, in denen Nägel steckten, auf die flüchtenden Menschen eingeschlagen haben...

Der Deutsche Konsul in Lodz an das Auswärtige Amt (S. 247)

Lodz den 18. Mai 1939

Eine große Zahl von Deutschen aus Tomaschow haben auf dem Konsulat Angaben über die Ausschreitungen vom 13. und 14. d. M. und über den ihnen zugefügten Schaden gemacht und gebeten, ihnen die Abwanderung nach Deutschland zu ermöglichen. Die Gesamtzahl der Geschädigten geht in die Tausende, da ja alle Deutschen mit nur ganz wenigen Ausnahmen Opfer des Pogroms geworden sind. Auch aus den bei Tomaschow gelegenen Dörfern, wo deutsche Bauern wohnen, werden sehr große Sachschäden gemeldet.

Im Krankenhaus in Tomaschow befinden sich etwa 10 schwerverletzte Deutsche.

Der Deutsche Konsul in Lodz an das Auswärtige Amt (S. 248)

Kattowitz den 19. Mai 1939

Ich beehre mich, eine erneute Sammlung von mehr als 100 Fällen über Ausschreitungen gegen Angehörige der deutschen Volksgruppe vorzulegen. Bei den Zwischenfällen handelt es sich in der Hauptsache um Verhaftungen, Bestrafungen, Hausdurchsuchungen, Bedrohungen, Freiheitsberaubungen, Überfälle, ferner um die Beschlagnahme von deutschen Zeitungen, um deutschfeindliche Aufrufe sowie in größerem Umfange um weitere Entlassungen von Minderheitsangehörigen, die in den Industriebetrieben beschäftigt waren.

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt (S. 248)

Der Bromberger Blutsonntag vom 3. September 1939 bildete wohl den Höhepunkt der Eskalation der Gewalt gegenüber in Polen lebenden Volksdeutschen. Hier: eine weinende Frau, im Flur ihr von Polen ermordeter Mann.



Kattowitz den 30. Mai 1939

Die Lage hat sich leider auch in den letzten beiden Wochen nicht gebessert. Eine weitere Sammlung von insgesamt 48 Zwischenfällen beehre ich mich vorzulegen. Hinzufügen möchte ich noch, daß die deutsche Minderheit durch die ständigen Ausschreitungen naturgemäß außerordentlich eingeschüchtert ist, so daß heute kaum ein Angehöriger der deutschen Volksgruppe es noch wagt, auf der Straße deutsch zu sprechen. Trotzdem lassen die Angriffe auf Volksdeutsche auf offener Straße nicht nach, und es sind auch jetzt wieder häufig schwere Ausschreitungen vorgekommen.
Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz (S. 249)

Posen, den 19. Juni 1939

Über die große Zahl der Mißhandlungen von Reichs- und Volksdeutschen lege ich eine neue Liste von 52 Fällen vor.
In letzter Zeit häufen sich die Meldungen, nach denen Volksdeutsche sowohl auf dem Lande wie auch in Posen mit Anrufen »Wenn es jetzt zum Kriege kommt, werden wir Euch alle aufhängen« bedroht werden.
Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt (S. 254)

Thorn, den 20. Juli 1939

Ich übersende eine neue Aufstellung über Ausschreitungen gegen die deutsche Volksgruppe. Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß es sich bei diesen nahezu 200 Fällen nur um solche Fälle handelt, die sich in der Zeit zwischen dem 5. und dem 20. Juli ereignet haben.
Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt (S. 261)

Kattowitz den 24. Juli 1939

In Oberschlesien dauern die Ausschreitungen gegen Volksdeutsche an. In der Zeit vom 1. bis 20. Juli haben mehr als 30 Uberfälle auf Volksdeutsche, ferner eine Anzahl von Mißhandlungen, Einschlagen von Fensterscheiben sowie Verhaftungen stattgefunden. Auch die Untersuchungen von Wohnungen Volksdeutscher seitens der Polizei haben in letzter Zeit in bemerkenswerter Weise zugenommen.
Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt (S. 261)

Thorn, den 25. Juli 1939

An den Ausschreitungen gegen die Volksdeutschen beteiligte sich insbesondere das Militär. So wurden am 2. Juli zwei Volksdeutsche nach abgehaltener und ergebnislos verlaufener Haussuchung von einem Offizier in dem Orte Schanzendorf, Kreis Bromberg, aufgefordert, mit dem Gesicht zum Zaun an der Straße niederzuknien. Sie wurden dann von Soldaten derartig mißhandelt, daß ihnen das Blut aus Nase, Mund und Ohren gelaufen ist. Zufällig vorbeikommende polnische Kirchgänger wurden von dem Offizier aufgefordert, die Deutschen anzuspucken. Es liegen mir eine Anzahl von Meldungen vor über das Anhalten von Volksdeutschen durch polnische Patrouillen. Wenn hierbei seitens des polnischen Militärs festgestellt wird, daß die Volksdeutschen der polnischen Sprache nicht vollkommen mächtig sind, kommt es fast stets zu Bedrohungen und Tätlichkeiten.
Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt (S. 261)

Der britische Botschafter Nevile HENDERSON teilte am 16. August 1939 seiner Regierung mit: ⇦
»Wenn ein Waffenstillstand bewahrt werden soll - und dies ist die letzte Hoffnung -, dann muß die Mißhandlung der deutschen Minderheiten in Polen beendet werden. Ich wünschte, daß einige englische Zeitungen Korrespondenten dorthin schicken, um sich selbst - und Sie zu informieren. WEIZSÄKKER hat mich in dieser Frage schon sehr gedrängt. Unsere Botschaft in Warschau weiß nichts darüber, ebensowenig, wie ich etwas darüber weiß, was in den deutschen Provinzen geschieht.«
In: *Documents on Foreign Poicy 1919-39,* Bd. IV, Dok. 37.

»Der Haß der polnischen Chauvinisten gegen die deutsche Volksgruppe in Polen ist schon so weit gediehen, daß selbst das Gotteshaus vor deutschfeindlichen Ausschreitungen nicht verschont bleibt... Zu den Vorfällen meldet das deutsche Nachrichtenbüro aus Rom, daß der Vatikan, der sich ja immer für die religiöse Betreuung der völkischen Minderheiten in ihrer Muttersprache einsetzt, den polnischen Episkopat wegen der fortgesetzten Beeinträchtigung der deutschen Katholiken rufen ließ.« ⇦
Aus: *Passauer Bistumsblatt,* 9. Juli 1939.

Die deutsche Stadt Danzig

Das Jahr 1995 sah viele Erinnerungsfeiern zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, und in vielen Reden wurde - besonders von deutscher Seite - die angebliche alleinige deutsche Kriegsschuld am Zweiten Weltkrieg beschworen. Auch schon früher von ausländischen Historikern vorgebrachte überzeugende Beweise dafür, daß HITLER im Jahre 1939 - zumindest damals - keinen Weltkrieg beabsichtigte, sondern nur das Danzig- und Korridorproblem erträglicher gestalten wollte, wurden geflissentlich übersehen. Darum seien die Vorgänge um die deutsche Stadt Danzig - wesentliche Auslöser für den Angriffsbefehl gegen Polen zum 1. September 1939 - geschildert, die bei einer objektiven Betrachtung neben den heute immer wiederholten Tatsachen nicht verschwiegen werden dürfen.

In der alten Hansestadt Danzig, die nach jahrhundertelangem Freistaatstatus ab 1793 zu Preußen-Deutschland gehört hatte, waren 1919 mehr als 96 Prozent ihrer Bewohner Deutsche. Deutsch war die alleinige Amtssprache, und bei Deutschland zu bleiben war 1919 der klar ausgedrückte und in großen Bürgerversammlungen vor aller Welt verkündete Wunsch der Bürger der Stadt. In zwei machtvollen Kundgebungen auf dem Heumarkt demonstrierten am 23. März 1919 über 70000 Danziger und am 25. April 1919 mehr als 100000 Danziger Bürger gegen die Abtrennung vom deutschen



Michael Carl GREGOROVIUS (1768–1859), *Das Rathaus in Danzig,* Öl auf Leinwand, entstanden 1818. Nationalgalerie SMB, Berlin.

Vaterland. In zahlreichen öffentlichen Versammlungen gaben ständische Organisationen ihrem Willen Ausdruck, trotz der Niederlage und der schlechten Aussichten für die Zukunft beim Reich zu bleiben.[1]

Dennoch wurde Danzig im Versailler Diktat 1919 unter grober Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes vom Reich abgetrennt und zu einer Freien Stadt mit polnischer Zollhoheit und polnischen Sonderrechten gemacht. Auf mehrere Beschwerden wegen polnischer Amtsübergriffe in den folgenden Jahren stellte der Ständige Internationale Gerichtshof fest: »Polen gegenüber ist und bleibt die Danziger Verfassung die eines ausländischen Staates.«

Nach 1919 hat sich die überwiegende Mehrheit der Danziger immer wieder für die Rückgliederung an Deutschland eingesetzt. Die Zahl der Polen unter den 120 Abgeordneten im Danziger Volkstag sank von sieben im Jahre 1920 auf nur zwei ab 1930. Vom 28. Mai 1933 an, als die NSDAP mit 51 Prozent bereits die Mehrheit der Stimmen erreichte (59 Prozent am 7. April 1935 bei der letzten Vorkriegswahl), behielt sie bis 1939 die Mehrheit der Mandate und stellte den Senatspräsidenten, bis 1934 Dr. Hermann RAUSCHNING, dann Artur GREISER.[2]

Über die im Versailler Diktat gegen den erklärten Willen der Bewohner und gegen die Zusagen in WILSONS 14 Punkten vorgenommene Abtrennung der Stadt vom Deutschen Reich und Gewährung von Sonderrechten an Polen urteilte der von 1937 bis 1939 in Danzig amtierende schweizerische Völkerbunds-Hochkommissar Carl Jacob BURCKHARDT, BECK zitierend: » Das Statut der Freien Stadt Danzig war zweifellos die bizarrste und komplizierteste Schöpfung des Versailler Vertrages. Es war schwer, etwas anderes anzunehmen, als daß es einzig zu dem Zweck geschaffen worden war, den Ursprung beständiger Konflikte zwischen Deutschland und Polen oder zum allermindestens ein Tauschobjekt zu bilden, das gelegentlich benützt werden konnte, um polnische Interessen zugunsten Deutschlands zu opfern.«

Und BURCKHARDT fügte hinzu: »Bei dem ganzen Vorgang scheint man vergessen zu haben, daß es eine Danziger Bevölkerung gab (bestehend aus 96 Prozent Deutschen und nur 4 Prozent Polen), über welche man, entgegen allen Grundsätzen, einfach verfügte... Immer wieder hat sie ihr Recht auf Abhaltung eines Plebiszits verlangt, wie es im Falle der Saar am 13. Januar 1935 Anwendung finden sollte - vergeblich! Die um ihre Meinung nicht befragte Danziger Bevölkerung hat denn auch Polen von Anfang an passiven Widerstand geleistet.«[3]

Das verbrecherische, gegen den Frieden gerichtete Wollen des Versailler Diktates wurde von Polens Außenminister Jozef BECK bestätigt, der am 23. Juli 1938 gegenüber BURCKHARDT erklärte: »Die hybride Gründung der Freien Stadt hat 1918 mit der Absicht stattgefunden, zwischen Polen und Deutschen dauernde Unstimmigkeiten zu schaffen.«[4]

Keine Weimarer Regierung hat die in Versailles erpreßten Abtretungen im Osten - im Gegensatz zu denen im Westen - anerkannt. Im Gegenteil:

[1] Rüdiger RUHNAU, »Die Freie Stadt Danzig«, in: *Siegerdiktate 1919,* Heft XIV von *Deutsche Geschichte,* VGB, Berg 1994, S. 71; vgl. auch: Rüdiger RUHNAU, DANZIG — *Geschichte einer Stadt,* Holzner, Würzburg 1971.

[2] Rolf KOSIEK, *Jenseits der Grenzen. Tausend Jahre Volks- und Auslandsdeutsche,* Grabert, Tübingen [2]1987, S. 181.

[3] Cari Jacob BURCKHARDT, *Meine Danziger Mission,* Georg D. W. Callwey, Mùnchen [2]1960, S. 24 f.

[4] Ebenda, S. 164.

Jede Regierung arbeitete auf eine friedliche Korrektur der friedengefährdenden Ostgrenze hin. So schrieb Reichsaußenminister Gustav STRESEMANN in seinem Brief vom 7. September 1925 an den deutschen Kronprinzen: »Eine meiner wesentlichsten Aufgaben ist die Korrektur der Ostgrenze: die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien.«[5]

Über die Berechtigung der deutschen Forderungen auf Rückgliederung Danzigs urteilte der britische Historiker A. J. P. TAYLOR, wobei er ausdrücklich sogar HITLERS Zurückhaltung hervorhebt: »HITLERS Ziel war ein Bündnis mit Polen, nicht seine Zerstörung. . ,[6] Denn Danzig war von den deutschen Beschwerden die berechtigtste. Eine Stadt mit ausschließlich deutscher Bevölkerung, die ganz offenbar zum Reich zurückkehren wollte und die selbst HITLER nur mit Mühe zurückhielt. .. Die Zerstörung Polens war nie ein Teil seines (HITLERS, H.W.) ursprünglichen Plans gewesen. Im Gegenteil, er hatte die Danzig-Frage so lösen wollen, daß Deutschland und Polen Freunde bleiben könnten[7]... Bis zur allerletzten Minute baute er auf das polnische Angebot, das niemals kam.«[8]

[5] H. BERNHARD, *Gustav Stresemann, Vermächtnis-Nachlaß,* Bd. 1-3, Berlin o. J., 12, S. 546 f.

[6] A. J. P. TAYLOR, *Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges,* Sigbert Mohn, Gütersloh 1962, S. 270.

[7] Ebenda, S. 277.

[8] Ebenda, S. 321.

Die deutschen Ansprüche auf Danzig waren vom Völkerrecht und insbesondere vom Selbstbestimmungsrecht voll gedeckt. Die Vorschläge HITLERS vom Sommer 1939 waren sogar sehr gemäßigt und stellten keine Maximalforderungen und schon gar keine Provokationen dar. Das bestätigte auch der damalige britische Botschafter in Berlin, HENDERSON, in einem Brief an einen Freund: »Ob Sie es glauben oder nicht, was Danzig und den Korridor angeht, so ist HITLER der gemäßigtste von allen Deutschen.«[9] Und an Lord HALIFAX schrieb er aus Berlin: »Von Anfang an bin ich der Meinung gewesen, daß die Polen äußerst töricht und unklug waren.«[10]

[9] Ebenda, S. 342.

[10] Ebenda, S. 343.

Wenn Polen dennoch, besonders im Sommer 1939, in Danzig zunehmend provozierte, seine Rechte - etwa bei der Post oder auf der Westerplatte - mißbrauchte, die Danziger Wirtschaft immer stärker strangulierte, im Umland die Deutschen terrorisierte und dabei keinerlei Verhandlungsbereitschaft trotz vielfältiger deutscher Bemühungen zeigte, muß ihm der Hauptteil der Schuld an den dann ausbrechenden Feindseligkeiten zugesprochen werden.

Warschaus Kriegswille 1939, ja sein fanatischer Eifer zum Krieg, ist vielfach belegt: Der polnische Marschall und Oberbefehlshaber der Armee RYDZ-SMIGLY erklärte in einem Vortrag vor polnischen Offizieren und Anwärtern im Sommer 1939: »Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte.«[11]

Schon Ende 1938 hatte Polen Briefmarken herausgegeben, auf denen Danzig als polnische Stadt dargestellt worden war. Nach Graf SZEMBECKS Tagebuch hat HITLER am 16. Mai 1939 den polnischen Ministerpräsidenten SLAWOJ-SLADKOSKI auf polnische Propaganda hingewiesen, die unter anderem eine Karte verbreite, in der Polen bereits bis Berlin reichte. Am 5. Juli 1939 schrieb Völkerbunds-Hochkommissar BURCKHARDT an den Generalsekretär

[11] Karl SEEGER, *1912-1932: Generation ohne Beispiel,* Verlag für Zeitgeschichte, Butzbach 1991, S. 270.

des Völkerbunds, Joseph AVENOL: »Bei den Polen setzt sich eine gefährliche Stimmung durch.«[12] Bei der großen Warschauer Truppenparade am polnischen Nationalfeiertag 1939 wurden die Truppen immer wieder mit Sprechchören aus den Zuschauerreihen wie »Auf nach Danzig!« oder »Vorwärts nach Berlin!« begrüßt und angefeuert.

Im Mai 1939 - nach der englischen Garantie für Polen - fanden auch polnisch-französische Generalstabsbesprechungen in Paris statt. Der polnische Kriegsminister General KASPRZYCKI und sein Generalstabschef waren in Paris, um mit General GAMELIN ZU konferieren. Bei einem Frühstück wurde - in Anwesenheit des damaligen französischen Außenministers Georges BONNET - der polnische Kriegsminister nach dem Zustand der Befestigungen an der deutsch-polnischen Grenze gefragt. KASPRZYCKI antwortete:

»Wir haben keine (gemeint waren Befestigungen), denn wir gedenken einen Bewegungskrieg zu führen und gleich zu Beginn der Operationen in Deutschland einzufallen.« [13]

Und der exilpolnische Minister Kazmierz SOSNOWSKI bekannte im nachhinein am 31. August 1943 in London vor Pressevertretern ganz offen: »Der Entschluß Polens vom 30. August 1939, der dem Befehl zur allgemeinen Mobilmachung zugrunde lag, kennzeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte Europas. HITLER wurde damit vor die Notwendigkeit gestellt, Krieg zu führen zu einem Zeitpunkt, da er weitere unblutige Siege zu erringen hoffte.«[14]

Nicht der deutsche Angriff am 1. September 1939 war also nach polnischer Auffassung der >Wendepunkt< zum Kriege, sondern die zwei Tage vorher eingeleitete polnische Generalmobilmachung, die praktisch einer Kriegserklärung gleichkam, insbesondere, nachdem Deutschland über die mehrfachen Versuche Polens unterrichtet war, in den früheren Jahren mit Frankreich einen Angriffskrieg gegen das Reich zu führen.

Diese Tatsachen dürfen bei einer sachlichen Betrachtung zum Kriegsbeginn nicht unterschlagen werden. Demnach war nicht HITLER der alleinige Provokateur und Kriegstreiber, sondern Polen wollte offensichtlich - gestützt auf die unverantwortliche Garantie Großbritanniens vom 31. März 1939 und in völliger Verkennung der militärischen Lage in der Hoffnung auf einen leichten Sieg und schnelles Vordringen bis Berlin - den Krieg mit Deutschland, der dann durch die Kriegserklärungen Englands und Frankreichs an Deutschland vom 3. September 1939 sich aus einem lokalen Streitfall zu einem europäischen Krieg und später mit dem Eintritt der USA zu einem Weltkrieg entwikkelte. Die berechtigte deutsche und der Danziger Bevölkerung Forderung auf Wiedervereinigung Danzigs mit dem Reich und auf Lösung des Korridorproblems - das in Versailles von den Alliierten in teuflischer Absicht als Konfliktstoff unnötig geschaffen worden war - mußte dann als Vorwand für einen neuen Völkerbrand dienen, den die Völker nicht wollten.

[12] BURCKHARDT, aaO. (Anm. 3), S. 318.

[13] Einzelheiten bei: Georges BONNET, *Vor der Katastrophe,* Köln 1951, S. 220-228.

[14] Ebenda.



Seit 1920 besaß Danzig kein Hinterland mehr und war wirtschaftlich von Polen abhängig.

Polens Marschall vor dem Brandenburger Tor

Im Sommer 1939 rechnete Polen mit einem schnellen Sieg über die deutsche Wehrmacht. Selbst der polnische Generalstab war sich eines schnellen Vormarsches bis Berlin sicher. Als der damalige französische Außenminister Georges BONNET dem polnischen Botschafter in Paris, Graf Julius LUKASIEWICZ, bei einer Unterredung am 15. August 1939 warnend vorhielt, daß HITLER die polnische Armee innerhalb von drei Wochen zu besiegen gedenke (was dann bekanntlich auch geschah), antwortete dieser entrüstet: »Im Gegenteil, die polnische Armee wird vom ersten Tage an nach Deutschland eindringen.«[1]

Diese völlig groteske und, wie sich zeigen sollte, tragische Verkennung der Wirklichkeit trug mit dazu bei, daß Warschau im August 1939 die einem Ausgleich der Spannungen gewidmeten deutschen Vorschläge zur Lösung der Danzig- und Korridorfrage[2] brüsk ablehnte und im Lande eine Kriegshysterie und Kriegsbegeisterung erzeugte, die sich an vielen Beispielen zeigte.

Bezeichnend war ein Vorfall, den Ernst RIEZLER aus München in einem Leserbrief in der *Quick*[3] erwähnte: »Der polnische Marschall RYDZ-SMIGLY ließ sich bereits vor dem Septemberkrieg 1939 ein Ölgemälde anfertigen, das ihn hoch zu Roß in voller Galauniform unter dem Brandenburger Tor zeigt.« Und auch in einem fast ganzseitigen Bericht über »Polen 1939« in der *FAZ*[4] heißt es: »Dieser Siegeszuversicht (Polens, H.W.), die sich nicht zuletzt auf den Ausbruch eines allgemeinen Krieges< stützte, entsprach im übrigen auch ein Gemälde, das der polnische Oberkommandierende, Marschall RYDZ-SMIGLY, bereits im Sommer 1939 in Auftrag gab und das ihn hoch zu Roß in voller Gala-Uniform als Sieger unter dem Brandenburger Tor zu Berlin zeigt.«

Der Verfasser ist auch der Meinung, vor Jahren die Abbildung solch eines Gemäldes einmal gesehen zu haben, ohne sich jedoch an Einzelheiten mehr erinnern zu können oder einen Hinweis in seinem Archiv zu finden.

Er schrieb deshalb an Herrn RIEZLER, den er kurz vorher kennengelernt hatte, am 11. April 1990 eine Anfrage und erhielt von diesem einen Brief vom 20. April 1990,[5] in dem es unter anderem heißt:

---

[1] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* Nr. 202, 31.8. 1979, S. 6.

[2] Siehe Beitrag Nr. 155: »Das letzte Angebot«.

[3] *Quick,* Nr. 45, 27. 10. 1977, S. 136.

[4] Alfred SCHICKEL, »Polen 1939 - gesehen mit britischen Augen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* Nr. 202, 31. 8. 1979, S. 5 f.; *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 23. 7. 1981; *Stern,* 23. 7. 1981.

[5] Brief von Ernst RIEZLER, München, vom 20. 4. 1990, Original im Archiv des Verfassers.

»Die Sache mit meiner Leserzuschrift hat inhaltlich ihre absolute Ordnung. Dieses Bildnis von RYDZ-SMIGLY, in Siegerpose durch das Brandenburger Tor reitend, ist noch tief in meinem Gedächtnis. Jedoch bin ich nicht in der Lage, es dahingehend einzuordnen, ob ich es in einer Wochenschau, in einem filmischen Kriegsbericht, in einer der gängigen Illustrierten, einer Wochen-, einer Tageszeitung oder einer Partei-Zeitung abgebildet gesehen habe.

Es hat sich um ein größeres Ölgemälde gehandelt, das von zwei deutschen Soldaten gehalten gezeigt und so photographiert wurde.. . Ich nehme an, daß man dieses Bilddokument, gleichwohl wo es erschienen ist, vernichtet hat. Auf jeden Fall hat es sich um ein Gemälde gehandelt, das im Polenfeldzug - vermutlich in Warschau - erbeutet wurde.«

Da Herr RIEZLER selbst Kunstmaler und Restaurator ist, dürfte seinem Zeugnis ein besonderer Wert zukommen.

Weitere Nachforschungen nach diesem Bild oder Darstellungen von ihm blieben zunächst ohne Erfolg, auch solche von dem inzwischen verstorbenen Dr. Karl-Otto BRAUN in Washingtoner Archiven.

Im Jahre 2003 brachte die *Märkische Zeitung* die folgende Abbildung (in Fotokopie):



[6] *Märkische Zeitung,* Januar 2003.

Tschechische Hochschulen werden auf deutsche Kosten älter gemacht

Als älteste deutsche Hochschule wurde 1348 in Prag die deutsche Karls-Universität gegründet, an der bis ins 19. Jahrhundert hinein weitaus die meisten Professoren deutscher Volkszugehörigkeit waren und als Vorlesungssprache - neben dem früher gebrauchten Latein - die deutsche Sprache diente, auch für die wenigen hier lehrenden tschechischen Professoren. Durch österreichisches Reichsgesetz von 1882 wurde sie in die k.k. Böhmische Karl-Ferdinand-Universität übergeführt, die dann ab 1883 eine deutsche und eine tschechische Abteilung hatte.

Nach Eingaben durch den schlesischen Ingenieur Christian Josef Willenberg ab 1705 an Kaiser Josef I. veranlaßte dieser 1707 die böhmischen Stände, sich mit der Errichtung einer technischen Schule in Prag zu befassen, so daß 1718 unter Willenberg eine Ingenieurschule eröffnet wurde mit Kursen in deutscher Sprache. 1786 zog diese Schule, die unter Willenbergs Nachfolgern Johann Ferdinand Schor und Franz Leonhard Herget ihren guten Ruf ausgebaut hatte, in neue Räume in der Dominikanergasse, wo sich das Hauptgebäude der Deutschen Technischen Hochschule bis 1945 befand. Am 11. November 1806 wurde unter der Leitung von Franz Josef Ritter von Gerstner (1756-1832) daraus das >Königliche Ständische Polytechnische Institut gegründet, die erste Technische Hochschule im deutschen Sprachraum. An ihr wurde bis 1860 ausschließlich in deutscher Sprache gelehrt. Nach diesem Modell wurden dann weitere Technische Hochschulen gegründet in Berlin 1821, in Karlsruhe 1825, in München 1827, in Stuttgart 1829 usw. Durch Beschluß des Böhmischen Landtages vom 24. September 1868 wurde zur Vermeidung panslawistischer Unruhen an dem Prager Polytechnikum dieses sprachlich geteilt: Das deutsche Polytechnische Institut, das 1879 in >k.k. Deutsche Technische Hochschule< umbenannt wurde, blieb in der Dominikanergasse, und eines mit tschechischer Lehrsprache bezog andere Unterrichtsräume.

Somit hat es vor 1882 in Prag, das 1235 deutsches Stadtrecht erhielt, keine tschechische Universität und vor 1869 keine tschechische Technische Hochschule gegeben. So weit die historischen Tatsachen.

In der Zeit seit 1919 versuchten und versuchen die Tschechen nun, diese eindeutigen Tatsachen durch andere zu ersetzen. Kurz nach der Gründung des tschecho-slowakischen Staates wurde am 19. Februar 1920 in einem Gesetz (Lex Mares) wahrheitswidrig festgelegt, daß die Deutsche Karl-Ferdinand-Universität erst 1882 gegründet sei (sie erhielt damals eine geringe Namensänderung) und nun das Recht verloren habe, Nachfolgerin der von Kaiser Karl IV. 1348 gegründeten Hochschule zu sein, während dieses Recht

gleichzeitig auf die erst 1882 gegründete Tschechische Universität überging, die dann 1948 mit großem Aufwand ihr angeblich 600jähriges Bestehen feierte. Ebenso feierte die Tschechische Technische Universität, die erst 1869 entstand, im Juni 1982 ihr 275. (bezogen auf 1707) bzw. ihr 175. (bezogen auf 1806) Gründungsfest mit einem Symposium in Prag unter internationaler Beteiligung, wobei man den Anschein zu erwecken versuchte, als ob die viel ältere deutsche technische Einrichtung eine tschechische Gründung und GERSTNER ein Tscheche gewesen sei.

Es wird von den Tschechen nicht nur verschwiegen, daß es Jahrhunderte vor den tschechischen Hochschulen in Prag eine deutsche Universität und ein deutsches Polytechnikum gab, sondern den dort seit 1945 nur noch bestehenden tschechischen Institutionen wird auf Kosten der früheren deutschen Einrichtungen deren höheres Alter unterschoben, und damit ein weit höheres Alter, als ihnen eigentlich zukommt: eine üble Geschichtsfälschung zu Lasten des deutschen Volkes und seiner Kulturbeiträge für ganz Mitteleuropa.

In einer feierlichen Erklärung anläßlich des studentischen Festabends am Pfingstsonntag 1983 im Rahmen des Sudetendeutschen Tages in Wien (Kolpinghaus) heißt es:

»Die anläßlich des 34. Sudetendeutschen Tages 1983 in Wien am Studentischen Festabend am 22. Mai im Kolpinghaus versammelten Traditionsverbände und Studenten der Deutschen Hochschulen in Prag und Brünn gedenken ihrer nicht mehr bestehenden Bildungsstätten und ihrer Professoren mit Ehrfurcht. Sie nehmen aus gebotenem Anlaß die Gelegenheit wahr, der Tschechischen Technischen Hochschule zu Prag das Recht zu bestreiten, die Gründer und die Gründung der Vorläufer der Deutschen Technischen Hochschule in Prag, die 1945 von der tschechoslowakischen Regierung durch Präsidialdekret geschlossen wurde, für sich in Anspruch zu nehmen.

Gleichzeitig verwahren sie sich gegen die Art und Weise, wie tschechische Chronisten einer der böhmischen Geschichte nicht kundigen Öffentlichkeit deutschböhmische wissenschaftliche und kulturelle Leistungen mit Hartnäkkigkeit als eigene, das heißt tschechische, ausgeben. Leider wird das bereits von deutscher Seite geglaubt und hingenommen, ja sogar verfochten. Wien, den 22. Mai 1983.

Die Veranstalter des Festabends: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich; die Wiener Akademische Burschenschaft Teutonia, dzt. Vorsitzende im Wiener Corporationsring; der Sudetendeutsche Verband Studentischer Corporationen; der Arbeitskreis Sudetendeutscher Studenten in der Sudetendeutschen Landsmannschaft; die Deutsche Gildenschaft.«[1]

[1] In: *Witiko-Brief,* November 1983, S. 4.

Weiterführende Literatur:
Karl Hans ERTL, in: W*itiko-Brief,* Oktober 1982, S. 3-7.
Sudetendeutsche Akademie der Wissenschaften und Künste (Hg.), *Die Deutschen Technischen Hochschulen in Böhmen und Mähren,* München 1992.

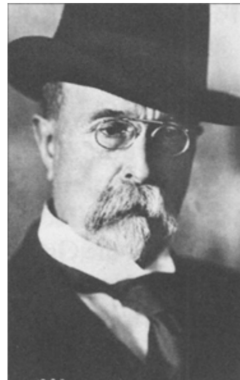
Das Münchener Abkommen 1938

Germanische Stämme siedelten seit jeher und vor den Tschechen in Böhmen und Mähren. Das Egerland kam erst am Ende des Mittelalters (nach 1315) von Bayern an Böhmen. In Prag wurde 1348 die erste deutsche Universität gegründet. Bis 1918/19 gehörten Böhmen und Mähren - das Gebiet in der späteren Tschechoslowakei - rund ein ganzes Jahrtausend ohne Unterbrechung zum Deutschen Reich oder nach 1806 zum deutschen Österreich (Habsburger Monarchie).

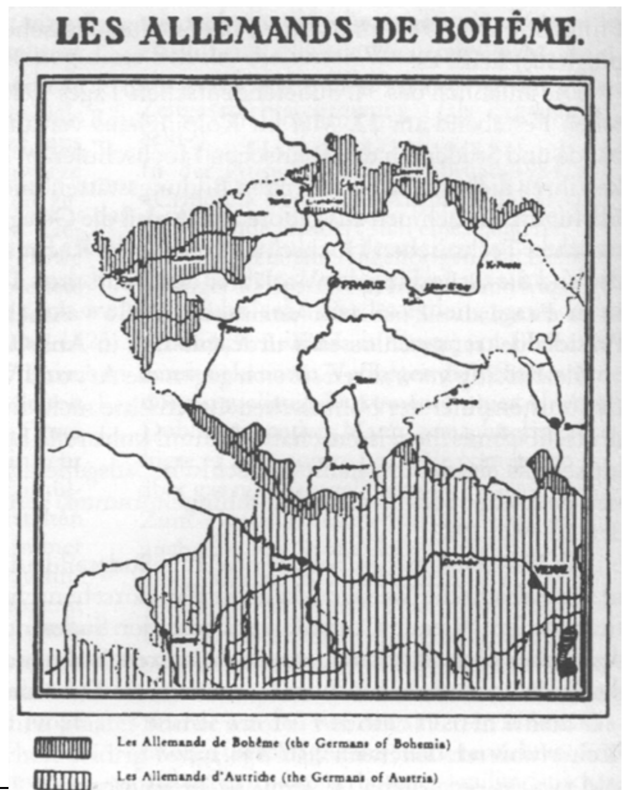
Zum Verständnis des Münchener Abkommens (M.A.) müssen einige geschichtliche Tatsachen genannt werden:

Durch das Diktat von Saint-Germain 1919 sind die sudetendeutschen Gebiete[1] der Republik Deutsch-Österreich entzogen und der neugebildeten Tschecho-Slowakei zugeschlagen worden. 3,5 Millionen Deutsche wurden

Durch das Diktat von Saint-Germain 1919 sind die sudetendeutschen Gebiete[1] der Republik Deutsch-Österreich entzogen und der neugebildeten Tschecho-Slowakei zugeschlagen worden. 3,5 Millionen Deutsche wurden







Von oben: Tomas MASARYK und Eduard BENESCH. Die gefälschte Bevölkerungskarte, die Eduard BENESCH 1919 der Pariser Konferenz vorlegte: Ein Großteil der sudetendeutschen Siedlungsgebiete wird als tschechisch bezeichnet.

[1] Der Begriff >Sudetendeutsche< erscheint zum erstenmal 1902, vom sudetendeutschen Politiker Franz JESSER geprägt. 1

gegen ihren ausdrücklich geäußerten Willen[1] und gewaltsam[2] in das neue Staatsgebilde einverleibt. Aus diesen Gründen wurde ein Minderheitenschutzvertrag[3] geschaffen, der allerdings nur auf dem Papier stand. Nicht nur die Deutschen, auch Ungarn und Polen wurden von den Tschechen, die zahlenmäßig nicht einmal die absolute Mehrheit im Staate hatten, unterdrückt. So wurde auch der Vertrag der Tschechen mit den Slowaken - am 30. Mai 1918 in Pittsburgh/USA von MASARYK und Exilslowaken unterzeichnet der den Slowaken unter anderem ein eigenes Parlament und die slowakische Amtssprache zubilligte, von Prag niemals eingehalten.


Konrad HENLEIN.

Nach Gründung des tschechischen Staates traten auf sudetendeutscher Seite verschiedene Parteien auf. Für das Parlament in Prag gewannen Mandate: die Sozialdemokraten, die Deutsche Christliche Partei, der Bund der Landwirte, die Deutsche Nationalpartei und die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP).[4]

Einen anderen Weg ging der Turnlehrer Konrad HENLEIN (1898-1945) mit seiner völkischen Turnerbewegung. Im Herbst 1933 wechselte er in die Politik über und gründete am 1. Oktober 1933 in Eger die >Sudetendeutsche Heimatfront<,[5] die sich zu den Parlamentswahlen in >Sudetendeutsche Partei< umbenennen mußte und im Mai 1935 die stärkste Partei des Staates wurde. HENLEIN telegraphierte dem Präsidenten MASARYK seine Bereitschaft zur Mitarbeit im Staate, wurde jedoch keiner Antwort gewürdigt.[6]

---

[1] Sudetendeutscher Rat (Hg.), *München 1938 - Dokumente sprechen,* Universitäts Buchdruckerei, München 1964; auch: Reinhard POZORNY, *Wir suchten die Freiheit,* Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho 1978.

[2] Am 4. 3.1919 wurden in mehreren Städten des Sudetenlandes 54 Sudetendeutsche bei friedlichen Demonstrationen für ihr Selbstbestimmungsrecht und den Anschluß an Deutsch-Österreich von tschechischem Militär erschossen, Hunderte wurden verletzt.

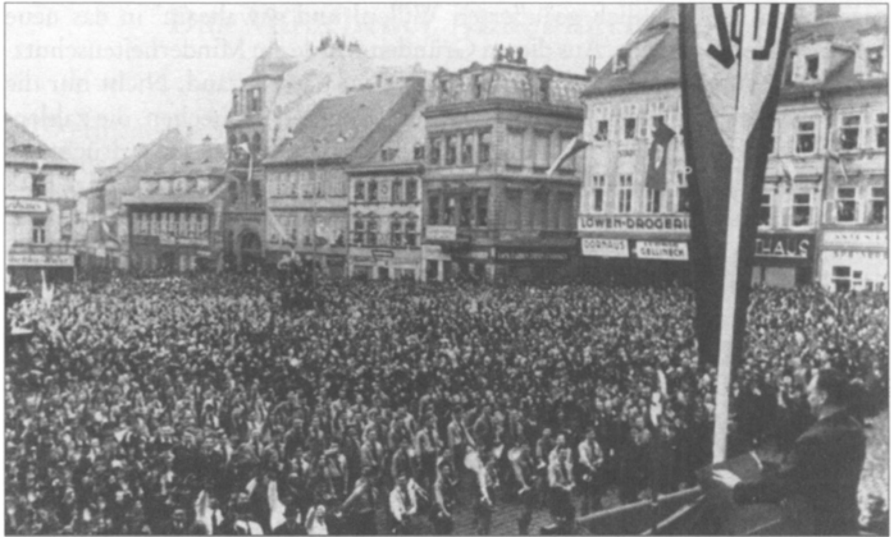
[3] Traité entre les Etats-Unis d'Amérique, l'Empire britannique, la France, L'Italie et le Japon et la Tschécoslovaquie, unterzeichnet am 10. 9. 1919 in Saint-Germain-en-Laye.

[4] Am 15. 11.1903 wurde von BURSCHOFSKY, KNIRSCH und CILLER die »Deutsche Arbeiterpartei gegründet, die am 15. 5. 1918 in »Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP)< umbenannt wurde. Vgl. Georg FRANZ-WILLING, *Ursprung der Hitlerbewegung. 1919-1922,* K. W. Schütz, Preußisch Oldendorf ²1974.

[5] Konrad HENLEIN wurde am 6. 5. 1898 in Maffersdorf bei Reichenberg im Sudetenland geboren. Er besuchte später in Gablonz die Handelsakademie, geriet 1917 in Gefangenschaft, aus der er 1919 entlassen wurde. Um der schändlichen Behandlung durch die Tschechen zu entgehen, wählte er am 10. 5.1945 nach Eröffnung der bevorstehenden Auslieferung an die Tschechen in einem US-Gefangenenlager in Rotzikau bei Pilsen den Freitod. Vgl. R. ZASCHE, *Konrad Henlein. Ein Lebensbild,* Verlag Emil Elst- ner, Kaufbeuren-Neugablonz 1983; Franz KATZER, *Das große Ringen. Der Kampf der Sudetendeutschen unter Konrad Henlein,* Grabert, Tübingen 2003.

[6] Viktor ASCHENBRENNER, *Sudetenland Ein Überblick über seine Geschichte,* Verlag Neue Schule, Bad Reichenhall o. J., S. 96.

Kundgebung der Sudetendeutschen Partei am 1. Mai 1938 in Teplitz.





Walter RUNCIMAN.

Nach dem Anschluß Österreichs an das Reich 1938 ergab sich auch für die Sudetendeutschen eine veränderte Lage. Die Partei HENLEINS wuchs weiter sehr schnell, auch aufgrund wirtschaftlicher Not in der Tschecho-Slowakei (von 800 000 Arbeitslosen waren rund 500 000 Sudetendeutsche). Außerdem hatte HENLEIN Verbindungen zu englischen und später auch zu französischen Politikern aufgenommen.[1]

Im Laufe des Jahres 1938 kam es zu Spannungen zwischen der Tschechoslowakei und dem Deutschen Reich. Vor allem die provokante und unberechtigte tschechische Mobilmachung vom 20. Mai 1938 gegen das Reich verschärfte die Krise. Das Besondere im Jahre 1938 war, daß sich die englische Führung stark engagierte. HITLER forderte ein Ende des Terrors gegen die Sudetendeutschen. Nicht nur die Deutschen, auch die Slowaken, Polen, Ungarn und Ruthenen forderten ihre Rechte! Der Nationalitätenstaat Tschecho-Slowakei erzitterte in seinem Fundament.

Schon Ende Februar 1938 tauchte die Forderung der Slowaken nach Loslösung von Prag auf. Am 28. Mai 1938 brachte eine Abordnung von Slowaken aus den USA das Original des Pittsburgher Vertrages mit. Im August 1938 erklärte die Slowakische Volkspartei, die Tschechen vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verklagen zu wollen. Auch die Polen forderten in scharfer Form die Rückgabe des Olsa-Gebietes.

Nachdem Lord RUNCIMAN als offiziöser Vertreter Englands im August und September 1938 einen mehrwöchigen Informationsbesuch in der Tsche-

[1] R. G. D. LAFFAN, *The Crisis over Chechoslovakia January to September 1938,* 2 Bde., Oxford University Press, London 1951-53. Hermann RASCHHOFER, *Die Sudetenfrage,* Isar Verlag, München 1953.



Konrad HENLEIN trifft mit HITLER am 2. September 1938 auf dem Obersalzberg zusammen. Bei dem Gespräch ließ der Kanzler erkennen, daß er die Volksabstimmung für den einzigen Weg hielt.

cho-Slowakei gemacht hatte, trat er für die Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich ein.[2] Am 15. September traf sich CHAMBERLAIN mit HITLER auf dem Obersalzberg und befürwortete offiziell die Abtretung des Sudetenlandes.

Heute sind die lange geheimgehaltenen >NECAS-Dokumente< bekannt, so genannt nach dem damaligen Sozialminister der Regierung BENESCH, Jaromir NECAS. Dieser war Mitte September 1938 in Paris und hatte Anweisung von BENESCH ZU einem geheimen Angebot Prags an die Westmächte (mit dem Ziel Teilabtretung bei gleichzeitiger Massenvertreibung). Die Weisungen lauteten im wesentlichen:

Siehe Vergleich mit der vorgelegten französischen Übersetzung auf Seite 562. Aus: Fritz Peter HABEL, *Dokumente zur Sudetenfrage,* Langen Müller, München[5]2003, S. 398 ff.

»1. 1. Niemals zugeben, daß gesagt werden könnte, der Plan stamme von den Cechosl.

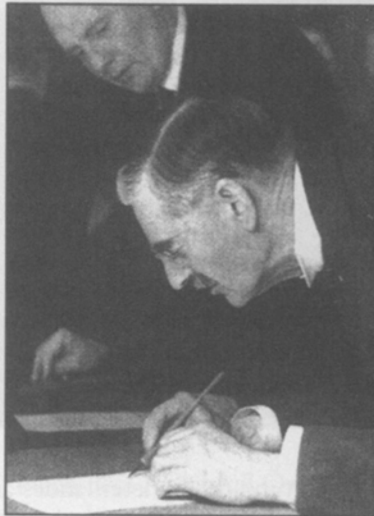
2. Muß äußerst geheim gehalten werden, veröffentlicht werden darf nichts.

3. Der Umfang des Gebietes, das wir abtreten könnten, muß zwischen Franzosen und Engländern nach unseren genauen Angaben geheim abgesprochen werden. Sonst besteht die Gefahr, daß sie, wenn sie unsere prinzipielle Zustimmung kennen, am Ende HITLER nachgeben und ihm alles geben.

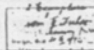
4. Dann muß der ganze Plan schon fertig Hitler als letzte Konzession mit den anderen Konzessionen aufgezwungen werden.

5. Das bedeutet, daß Deutschland so und so viele Tausend km² (ich selbst weiß es nicht, aber es würden ungefähr 4.-6000 km² sein - in dieser Sache darf man sich nicht binden) unter der Bedingung erhalten würde, wenigstens 1500000 bis 2000000 der deutschen Bevölkerung zu übernehmen. Dies wür-

2 *Times* (London), 7. 9. 1938.





Geheime Reichssache 

Abkommen

zwischen Deutschland, dem Vereinigten Königreich,
Frankreich und Italien,
getroffen in München, am 29. September 1938.

Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Massnahmen übereingekommen und erklären sich durch dieses Abkommen einzeln verantwortlich für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen Schritte.

1.) Die Räumung beginnt am 1.Oktober.

2.) Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, dass die Räumung des Gebiets bis zum 10.Oktober vollzogen wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen, und dass die Tschechoslowakische Regierung die Verantwortung dafür trägt, dass die Räumung ohne Beschädigung der bezeichneten Einrichtungen durchgeführt wird.

3.)

- 4 -

7.) Es wird ein Optionsrecht für den Übertritt in die abgetretenen Gebiete und für den Austritt aus ihnen vorgesehen. Die Option muss innerhalb von sechs Monaten vom Zeitpunkt des Abschlusses dieses Abkommens an ausgeübt werden. Ein deutsch-tschechoslowakischer Ausschuss wird die Einzelheiten der Option bestimmen, Verfahren zur Erleichterung des Austausches der Bevölkerung erwägen und grundsätzliche Fragen klären, die sich aus diesem Austausch ergeben.

8.) Die Tschechoslowakische Regierung wird innerhalb einer Frist von vier Wochen vom Tage des Abschlusses dieses Abkommens an alle Sudetendeutschen aus ihren militärischen und polizeilichen Verbänden entlassen, die diese Entlassung wünschen. Innerhalb derselben Frist wird die Tschechoslowakische Regierung sudetendeutsche Gefangene entlassen, die wegen politischer Delikte Freiheitsstrafen verbüssen.

München, den 29. September 1938.

Daladier Mussolini Adolf Hitler Neville Chamberlain

Teil des Münchener Abkommens, aus dem ersichtlich ist, daß die Abtretung schon zuvor von England und Frankreich beschlossene Sache war. Für weitere Einzelheiten: Franz KATZER, *Das große Ringen. Der Kampf der Sudetendeutschen unter Konrad Henlein,* Grabert, Tübingen 2003, insb. S. 595–602.

de daher eine Ortsverlagerung der Bevölkerung bedeuten, wobei Demokraten, Sozialisten und Juden bei uns bleiben würden.« Am 17. September 1938 übermittelte NECAS dieses Geheimangebot nach London und Paris, und am 21. September 1938 war nach entsprechendem englisch-französischem Druck vor der Öffentlichkeit die Zustimmung von BENESCH bei den Westmächten.

In seiner verdienstvollen Zusammenstellung *Dokumente zur Sudetenfrage*[3] hat Fritz Peter HABEL den von NECAS überbrachten Geheimbrief Edward BENESCHS mit der französischen Übersetzung verglichen. Ein solcher Vergleich ermöglicht es, so HABEL, »über die Kenntnis von Entwicklungsphasen des Beleges ein vertieftes Verständnis seiner Auswirkungen zu erhalten« (siehe Vergleich). Offensichtlich wollte BENESCH mit diesem Geheimbrief verhindern, daß sich Paris und London für eine Volksabstimmung aussprachen.

In München wurden dann von den vier Großmächten am 29. September 1938 nur noch die Modalitäten der Gebietsübertragung geregelt. In der Präambel des Münchener Abkommens wird darauf ausdrücklich hingewiesen: »Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebietes bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung. . . übereingekommen.«

BENESCH hatte auch den Vorschlag der Engländer von sich gewiesen, eine Volksabstimmung in den abzutretenden Gebieten durchzuführen. Er fürchtete (berechtigterweise) eine große Blamage.[4] So war die Tschechoslowakei zu dieser Gebietsabtretung freiwillig bereit gewesen. Sie stimmte dann auch dem Münchener Abkommen zu. Daß es unter diplomatischem Druck zustande kam, hat es mit den meisten völkerrechtlichen Abmachungen gemein. Sogar die Nürnberger Rachejustiz hat 1945/46 das Münchener Abkommen anerkannt, es als rechtskräftigen Vertrag angesehen und seine Verletzung angeklagt. Dem Nürnberger Rachetribunal ist auch die Tschecho-Slowakei beigetreten, eine nicht unwichtige Tatsache für den Gesamtkomplex.

Entgegen diesen historisch einwandfrei anerkannten Tatsachen behauptete der tschechische Botschafter in Bonn noch am 29. Oktober 1988 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. »Das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 ist der Tschechoslowakischen Republik vom Naziregime unter der Drohung der Gewalt aufgezwungen worden, wobei es ihr unermeßliche moralische und materielle Schäden verursachte. Es wurde ohne Teilnahme der Tschechoslowakei und wider ihren Willen vereinbart.«

Und bundesdeutsche Politiker nehmen das widerspruchslos hin.

---

[3] Fritz Peter HABEL, *Dokumente zurSudetenfrage*, Langen Müller, München [5]2003, S. 398 f

[4] Eduard BENESCH, *Detruisezl'Autriche-Hongrie!,* Librairie Delagrave, Paris 1918. Dieses Buch schrieb BENESCH im französischen Exil und forderte darin die Zerstörung des bewährten Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn. Sein Vielvölkerstaat Tschecho-Slowakei erfuhr 1938/39 dann das gleiche Schicksal. Ironie der Geschichte!

A. Das tschechischsprachige Original vom 15. September 1938:

Herrn Minister Necas

1. Niemals zugeben, daß gesagt werden könnte, der Plan stamme von den Cechosl.

2. Muß äußerst geheim gehalten werden, veröffentlicht werden darf nichts.

3. Der Umfang des Gebietes, das wir abtreten könnten, muß zwischen Franzosen und Engländern nach unseren genauen Angaben geheim abgesprochen werden. Sonst besteht die Gefahr, daß sie, wenn sie unsere prinzipielle Zustimmung kennen, am Ende Hitler nachgeben und ihm alles geben.

4. Dann muß der ganze Plan schon fertig Hitler als letzte Konzession mit den anderen Konzessionen aufgezwungen werden.

5. Das bedeutet, daß Deutschland so und so viele Tausend km^2 (ich selbst weiß es nicht, aber es würden ungefähr 4.-6.000 km^2 sein - in dieser Sache darf man sich nicht binden) unter der Bedingung erhalten würde, wenigstens 1,500.000 bis 2,000.000 der deutschen Bevölkerung zu übernehmen. Dies würde daher eine Ortsverlagerung der Bevölkerung bedeuten, wobei Demokraten, Sozialisten und Juden bei uns bleiben würden.

6. Eine andere Lösung ist unmöglich, da sonst die Frage der völligen Aufteilung der Republik entstünde. Deswegen ist dieser ganze Gedanke höchst gefährlich und es wäre katastrophal, wenn er leichtfertig offenbar würde.

7. Achten Sie auch darauf - man könnte Ihnen damit irgendeine Illoyalität vorwerfen - man kann nie wissen.

8. . . . Eine Volksabstimmung. . . ist technisch, rechtlich und politisch unmöglich. Auch auf Landkarte[7] aufzeigen, wie nach der Volksabstimmung die Form unseres Staates und die Position Deutschlands aussehen würde.

1. Nicht sagen, daß das von mir kommt.

2. Osusk. nichts sagen und verlangen, daß mit ihm nicht darüber gesprochen wird.

Diese Papiere vernichten.

B. Die französischsprachige Fassung vom 17. September 1938:
Übersetzung

Herrn Minister Necas,
niemals zugeben, daß gesagt werden könnte, der Plan stamme von den Tschechoslowaken.

[Die französische Übersetzung der Ziffern 2 und 3 ist inhaltlich mit dem tschechischen Original identisch.]

[In der französischen Fassung fehlt der Inhalt der Ziffer 4 des tschechischen Originales.]

Das bedeutet, daß Deutschland so und so viele Tausend km2 Gebiet erhält. (Ich selbst weiß nicht genau, wieviel, aber wahrscheinlich etwa 4.000-6.000 km2.) Über diesen Punkt darf man sich nur unter der Bedingung einigen, daß ein beachtenswerter Abzug von mindestens 1,500.000 oder 2,000.000 der deutschsprachigen Bevölkerung erfolgt. Anders ausgedrückt: Es müßte ein Bevölkerungstransfer[6] stattfinden, wobei die Demokraten, Sozialisten und Israeliten innerhalb unserer Gemeinschaft verbleiben würden.

[In der französischen Fassung fehlt der Inhalt der Ziffern 6, 7 und 8 des tschechischen Originals.]

Nicht zugeben, daß das alles von mir stammt.

Kein Wort davon Osusky sagen und verlangen, daß man mit ihm nicht darüber spricht.

Diese Papiere vernichten.

1938 wurden keine Tschechen vertrieben

Zur Rechtfertigung der Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer Heimat nach 1945 gehört die Geschichtslegende, nach dem Münchener Abkommen vom 29. September 1938 seien Tschechen aus dem dann dem Deutschen Reich angegliederten Sudetenland >vertrieben< worden. Eine solche Vertreibung hat es niemals, insbesondere 1938-1945 nicht, gegeben.

Tatsache ist, daß in den vom Münchener Abkommen betroffenen Gebieten der damaligen Tschecho-Slowakei neben der deutschen Mehrheit Ende 1918 rund 160 000 tschechische Volksangehörige lebten, es im Mai 1939 nach amtlichen Statistiken[1] jedoch etwa 320000 Tschechen waren, also rund doppelt soviele. Sie waren nach 1918 zum Beispiel als Beamte oder Lehrer auch in die rein deutschen Orte gekommen, um diese Gebiete zu tschechisieren.

Von diesen Zuwanderern zogen nach der Angliederung des Sudetenlandes wieder viele in ihre tschechische Heimat zurück, in das spätere Protektorat. Doch niemand wurde vertrieben. Auch eine Reihe politisch Andersdenkender, deutsche SPD- und KPD-Funktionäre und -Mitglieder, verließ damals die nun wieder deutschen Gebiete, da sie nicht unter dem Nationalsozialismus leben wollten. Viele von ihnen emigrierten dann über die Tschecho-Slowakei in den Westen. Auch diese wurden nicht vertrieben, sondern gingen freiwillig.

Als direkt Beteiligter nahm Stanislaw AUST in einem Leserbrief am 17. 3. 1992 in der Prager Tageszeitung *Lidove Noviny* zu einem redaktionellen Beitrag dieses Blattes Stellung, in dem von »Vertreibungen« 1938 die Rede war: »Als Zeuge lehne ich die Lügen ab, die in dem Beitrag unter dem Titel München und die Rechtsordnung< enthalten waren. Unsere Familie war sehr gegen HENLEIN[2] aktiv, und wir wurden nicht mit Gewalt ausgetrieben, wir sind aus Furcht vor der Verfolgung geflohen. Im Binnenland wurden wir als Flüchtlinge und nicht als Vertriebene evidiert. Wer nicht gehen wollte, der mußte nicht. Viele in Trautenau überstanden die Okkupation. Unser Familienhaus blieb weiter in unserem Besitz, und der deutsche Mieter schickte uns regelmäßig die Mietzinsen. Das Haus hat uns erst im Juni 1945 ein Mitglied der Revolutionsgarde genommen, und meine Eltern mußten viel Mühe darauf verwenden, das Haus zurückzuerhalten... Sehr lächerlich ist die Behauptung, daß das Vermögen der Republik treu gebliebener Deutscher (1945) nicht konfisziert wurde.. .«[3]

---

[1] Zitiert in: *Deutscher Ost-Dienst,* Nr. 12, 27. 3. 1992.

[2] Konrad HENLEIN (1898-1945), Gründer und Leiter der Sudetendeutschen Heimatfront 1933, der Sudetendeutschen Partei 1935, ab 1938 Gauleiter und Reichskommissar des Sudetenlandes, ab 1939 Reichsstatthalter. Siehe: Franz KATZER, *Das große Ringen,* Grabert, Tübingen 2003. Vgl. auch: Beitrag Nr. 134: »Das Münchener Abkommen 1938«.

[3] Deutsche Übersetzung in: *Deutscher Ost-Dienst,* Nr. 12, 27. 3. 1992.

Moskau wollte 1938 Prag militärisch unterstützen

Auch mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem damaligen Geschehen sind noch wesentliche alliierte Dokumente und Akten - und zwar sowohl im Westen als auch im Osten - über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs und die Kriegszieldiskussion der Öffentlichkeit und der Forschung verschlossen. Schon 1986 klagte der Kölner Ordinarius Andreas HILLGRUBER den »fatalen Befund« an, daß die Zeitgeschichtsforschung »sich fast ausschließlich auf die Kriegsziele, auf die Politik und Strategie der nationalsozialistischen Führung während der ersten Kriegsjahre konzentriert..., ohne daß die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Dabei war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalsozialistische Herausforderung: es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch kamen«.[1]

[1] Andreas HILLGRUBER, *Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums,* Siedler, Berlin 1986, S. 16 f.

Einen gewissen, wenn auch sehr unzulänglichen Ersatz für die sowjetischen Kriegs- und Vorkriegsakten bieten Erinnerungen hoher Militärs der Roten Armee, aus denen nicht unwichtige Einzelheiten entnommen werden können. Eine solche teilt der spätere sowjetische Generalstabschef (1942-1945) und Stellvertreter des Volkskommissars für Verteidigung, der Marschall der Sowjetunion A. M. WASSILEWSKI, über den September 1938, die Sudetenkrise, mit. Der damalige Leiter der Unterabteilung Operative Ausbildung im sowjetischen Generalstab schreibt:[2] »Im September 1938, als der Tschechoslowakei Gefahr drohte und wir vom Verrat von München noch nichts wußten, bereiteten wir uns gemeinsam mit Frankreich darauf vor, wie vertraglich vereinbart, diesem Land Beistand zu leisten. In diesem Zusammenhang erhielt der Stab des Kiewer Besonderen Militärbezirks die Direktive des Volkskommissars, die Winnizaer Armeegruppe in Gefechtsbereitschaft zu versetzen und sie an die Staatsgrenze der UdSSR heranzuführen. In den Gebieten Kamenez-Podolski und Winniza wurden das 4. Kavallerie-, das 25. Panzer- und das 17. Schützenkorps, zwei selbständige Panzerbrigaden und sieben Fliegerregimenter verlegt. Zur gleichen Zeit konzentrierte sich die Shitomirer Armeegruppe mit dem 2. Kavallerie-, dem 15. und 8. Schützenkorps in den Gebieten Kiew, Tschernigow und Shitomir sowie im Raum Nowograd-Wolynski und Schepetowka. Die operative Gruppe des Stabes des Kiewer Besonderen Militärbezirks wurde in Proskurow untergebracht.«


Alexander M. WASSILEWSKI

[2] Alexander M. WASSILEWSKI, *Sache des ganzen Lebens,* Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1977 (Original Moskau 1973), S. 83.

Diese Erklärung, deren Richtigkeit unterstellt werden kann, liefert folgende Erkenntnisse: Das Militärbündnis Frankreich-Sowjetunion von 1935 war durchaus ernst gemeint und konnte schwerwiegende Folgen haben, etwa im September 1938. Es war also durchaus berechtigt, daß HITLER kurz nach

dem Abschluß dieses Vertrages, nachdem er Paris vorher vor diesem gewarnt hatte, den Locarno-Vertrag von 1925 (Verzicht auf gewaltsame Revision der Westgrenze) kündigte, weil Frankreich die darin gelegte gemeinsame Grundlage verlassen hatte. Ferner waren die Sowjets schon 1938 bereit, in mitteleuropäische Krisen einzugreifen. Schließlich wird hierdurch die damalige deutsche Einschätzung bestätigt, die Tschechoslowakei sei der >Flugzeugträger< der Sowjetunion in Mitteleuropa, die mit diesem Land weit in das Reichsgebiet vorstieß.

Das war eine strategisch auf die Dauer für Berlin unmöglich duldbare Lage. Sie war viel gefährlicher und friedensbedrohender als die Existenz des kommunistischen Kubas vor den USA für diese, die unter US-Präsident John F. KENNEDY im Herbst 1962 sofort militärische Konsequenzen zogen, als Moskau begann, die Insel mit Raketen auszurüsten.

Hacha und Hitler in Berlin 1939

Über die Vorgänge beim Besuch des tschechoslowakischen Präsidenten Hacha (1872-1945) in Berlin am 14./15. März 1939 wird vielfach falsch oder verzerrt berichtet. So wird erklärt, Hacha sei von Hitler herbeizitiert und durch »Rennen um den Verhandlungstisch« gezwungen worden, dem Protektoratsvertrag zuzustimmen, sei durch Spritzen gefügig gemacht und schlecht behandelt worden.

Das Gegenteil ist eher der Fall gewesen. Außere staatspolitische Umstände erlaubten kaum eine andere Alternative zur Protektoratslösung, dank deren die Tschechen - außer den Schweizern - wohl am besten von allen Völkern Europas durch den Zweiten Weltkrieg kamen.

Folgende Tatsachen werden bei der Beurteilung der damaligen Vorgänge meist unterschlagen, die jedoch für die betreffende Lage entscheidend waren. Nach dem Münchener Abkommen vom 29. September 1938 befand sich der im Diktat von St. Germain 1919 zusammengezwungene Vielvölkerstaat Tschecho-Slowakei in langsamer Auflösung. Die Slowakei hatte am 22. November 1938 endlich im tschechoslowakischen Verfassungsgesetz die Autonomie erhalten und einen eigenen Landtag in Preßburg errichtet. In einer Abstimmung hatten sich 98 Prozent ihrer Bewohner für die Autonomie erklärt, wollten also los von Prag. Am 10. März 1939 setzte Hacha von Prag aus den am 23. Februar 1939 vom slowakischen Landtag zum slowakischen Regierungschef gewählten Pater Tiso und dessen ganze Regierung ab, besetzte Preßburg mit tschechischem Militär und löste den slowakischen Landtag auf. Eine neue slowakische Regierung kam nicht zustande. Am Morgen des 14. März stimmte der von Tiso neu einberufene Landtag in Preßburg einstimmig für die Unabhängigkeit der Slowakei: Damit war die Tschecho-Slowakei praktisch von innen her auseinandergebrochen, für Prag war nur noch die Tschechei übriggeblieben.

Schon am 6. März 1939 war der tschechische General Prchala von Hacha gegen den Protest der ebenfalls auf Unabhängigkeit von Prag ausgerichteten Karpato-Ukrainer zum Innen-, Finanz- und Verkehrsminister mit praktisch diktatorischen Vollmachten in Ruthenien (Karpato-Ukraine) eingesetzt worden, um eine drohende Abspaltung dieses Landesteils zu verhindern.

Am 14. März stellten sich in den Morgenstunden die Slowakei und die Karpato-Ukraine nach Unabhängigkeitserklärungen und Beschlüssen ihrer neuen Regierungen als selbständige Staaten unter den Schutz des Deutschen Reiches. Hitler übernahm den Schutz der Slowakei, nicht den Rutheniens, auf das auch Ungarn Ansprüche erhob. Noch am 14. März marschierte Ungarn nach einem 12 Stunden-Ultimatum an Prag in Ruthenien ein. Angesichts dieser sich zuspitzenden Situation der Auflösung der Tschecho-Slowakei schlug der britische Botschafter in Berlin, Nevile Henderson, am 14. März

1939 dem tschechischen Gesandten in Berlin, MASTNY, dringend vor, dafür zu sorgen, daß der tschechische Außenminister CHVALKOWSKY sofort nach Berlin komme und die Lage mit HITLER bespreche. Der britische Botschafter in Prag, NEWTON, unterstützte das. HACHAS späterer Besuch in Berlin mit seinem Außenminister ging also auf britische Anregung zurück, wurde nicht von HITLER veranlaßt.

Zudem hatte der deutsche Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst VON WEIZSÄCKER - Vater des späteren Bundespräsidenten - noch vor HACHAS Ankunft in Berlin bei HENDERSON nachgefragt, wie sich die britische Regierung verhalten werde, wenn HACHA, wie zu erwarten sei, die Resttschechei einem deutschen Protektorat unterstellen werde. HENDERSON kannte daher die deutsche Absicht von der Zukunft Böhmens und Mährens, unterrichtete davon sofort London und wurde vom britischen Außenminister HALIFAX ZU der Erklärung ermächtigt, daß Großbritannien nicht den Wunsch habe, sich in Angelegenheiten einzumischen, die andere Länder unmittelbar angingen. HENDERSON versicherte den Deutschen, daß sich London nicht in deren Tschechenpolitik einmischen werde.

Wenige Stunden nach dem am 14. März um 11





HACHA am 14. März 1939 in Berlin. Oben: HACHA und CHVALKOWSKY unterwegs zu HITLER; sie werden durch den Stadtkommandanten SEIFERT und Staatssekretär MEISSNER begleitet. Unten: Der tschechische Präsident wird von MEISSNER und dem Stadtkommandanten mit allen militärischen Ehren verabschiedet.

Uhr von ihnen geäußerten Wunsch hatten HACHA und CHVALKOWSKY die deutsche Zustimmung zu einem Gespräch mit HITLER in Berlin und fuhren um 16 Uhr von Prag in einem Sonderzug ab, der gegen 22.40 Uhr in Berlin eintraf. Dem herzkranken HACHA war kein Flug zuzumuten. Hier wurde HACHA mit allen militärischen Ehren eines Staatsoberhauptes empfangen: Eine Ehrenkompanie der >Leibstandarte Adolf Hitler< war für ihn am Bahnhof angetreten.

Die Konferenz mit HITLER, GÖRING, RIBBENTROP und KEITEL sowie deutschen Staatssekretären dauerte bis in die frühen Morgenstunden des 15. März 1939. HACHA erzählte seiner Tochter, die ihn nach Berlin begleitet hatte, nach seiner Rückkehr alle Einzelheiten. Diese bestritt in allen Verhören nach dem Krieg, daß ihr Vater von den Deutschen unter Druck gesetzt oder schlecht behandelt worden sei. Der herzkranke HACHA erlitt während der Konferenz, auf der er zunächst ausführlich gesprochen und seine Wünsche vorgetragen hatte, einen Schwächeanfall und erklärte sich ausdrücklich mit deutscher ärztlicher Hilfe einverstanden. Nach Injektion eines Kreislaufmittels von HITLERS Leibarzt Dr. MORELL erholte er sich sehr schnell und konnte die folgenden Stunden durchstehen.[1]

HACHA wollte sich zunächst für die Fortsetzung der Unabhängigkeit der Tschechei einsetzen und bot dafür die Verringerung der tschechischen Truppen an. HITLER wies das als nicht ausreichend zurück und schlug ein Protektoratsverhältnis vor, wobei deutsche Truppen am 15. März bereits in die Tschechei einmarschieren würden. Prag solle seinem Militär jeden Widerstand verbieten. HACHA und CHVALKOWSKI konnten zwischendurch ausführlich mit Prag telefonieren, insbesondere mit dem Verteidigungsminister General SIROVY. Sie kamen angesichts der Lage überein, von jedem Widerstand Abstand zu nehmen. Das war sicher bitter für die Tschechen. Abgesehen von moralischen Bedenken - Frankreich und England hatten in früheren Jahrzehnten mehrfach Protektorate errichtet -, war HITLERS überraschender Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen zu diesem Zeitpunkt wohl politisch unklug und goß Wasser auf die Mühlen der Kriegsparteien in London und Washington, die sich dann in der Weltpresse durchsetzten. Aber hinterher ist alles leicht zu beurteilen.

Erst nach Ende dieser Gespräche in Berlin und HACHAS Zustimmung zur Protektoratslösung marschierten deutsche Truppen am Morgen des 15. März 1939 in das neue Protektorat ein - mit einer Ausnahme: Schon am Abend des 14. März waren einige deutsche Einheiten in das Gebiet um Mährisch-Ostrau einmarschiert, um damit einem von Deutschen und Tschechen be-

---

[1] Der bei der Konferenz anwesende Chefdolmetscher Paul Otto SCHMIDT berichtete (in: *Statist auf diplomatischer Bühne 1923-1945,* Athenäum, Bonn 1954, S. 437): ». .. ist es in jener Nacht nicht zu den turbulenten Szenen zwischen HITLER und HACHA gekommen, von denen die Auslandspresse damals und später geschrieben hat.«

fürchteten polnischen Eingreifen zuvorzukommen. Dafür hatte sogar die tschechische Bevölkerung in dieser Gegend Verständnis. HACHA war davon bei seiner Ankunft in Berlin informiert worden.

Am 15. März, also nach diesem Geschehen, beurteilte Premierminister CHAMBERLAIN vor dem Unterhaus in London die Vorgänge um Prag noch mit Verständnis: »Unserer Ansicht nach hat sich die Lage von Grund auf geändert, seit der slowakische Landtag die Unabhängigkeit der Slowakei erklärt hat. Diese Erklärung hatte die Wirkung, daß der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigten, von innen her zerbrach und so ein Ende fand, und demgemäß die Sachlage, die wir schon immer nur als vorübergehend ansahen, nun aufgehört hat zu bestehen, und Seiner Majestät Regierung kann sich infolgedessen nicht mehr länger an diese Verpflichtung gebunden fühlen. .. Ich bedauere das, was geschehen ist, zutiefst, doch ist das kein Grund dafür, von dem Wege, dem wir bis jetzt gefolgt sind, abzuweichen. Wir hoffen, dessen eingedenk zu sein, daß die Wünsche aller Völker der Erde sich auch jetzt auf die Friedenshoffnungen richten.« Erst zwei Tage später, am 17. März, schwenkte er auf den Kriegskurs von HALIFAX und CHURCHILL mit seiner Birminghamer Rede ein. Darin bezeichnet er die alte Tschecho-Slowakei als ein Problem, »das seit dem Vertrag von Versailles bestanden hat und das schon längst hätte gelöst werden können, wenn bloß die Staatsmänner der letzten 20 Jahre eine umfassendere und aufgeklärtere Auffassung von ihrer Pflicht gehabt hätten. Es war wie eine lange vernachlässigte Krankheit geworden. Da half nur noch ein chirurgischer Eingriff, um den Patienten zu retten«.[2]

HACHA wurde nach Kriegsende in der Tschechei verhaftet und auf Anordnung des aus dem Exil heimgekehrten BENESCH ohne Prozeß im Juni 1945 in einem Prager Kerker nach grauenhafter Behandlung ermordet. Er konnte also nicht mehr aussagen.

Betont sei noch einmal: Weder England noch Frankreich hatten nach dem Münchener Abkommen vom 29. September 1938 - entgegen ihren ursprünglichen Absichten - eine Garantie für die Tschecho-Slowakei abgegeben, sie waren also keine Garantiemächte, die bei Vorgängen um Prag zu konsultieren gewesen wären. Dennoch hat die deutsche Regierung vor ihrem Gespräch mit HACHA, das zudem auf britische Anregung zurückging, über HENDERSON in London nachfragen lassen und konnte aus der Antwort die britische Zustimmung, mindestens die Duldung, der deutschen Politik entnehmen. Vorher schon hatten sich freiwillig Teile der Tschecho-Slowakei - die Slowakei und Ruthenien - unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt. Die Errichtung eines Protektorates auch über den Restteil war nach früheren ähnlichen Vorbildern Englands und Frankreichs nichts Außergewöhnliches.

---

[2] In: *British War Bluebook,* Dok. 9.

Für die politische Berechtigung dieser Lösung - inneres Zerbrechen des tschechoslowakischen Staates, wachsender Einfluß der Kommunisten und der Roten Armee in Prag (Tschechei = sowjetischer Flugzeugträger in Mitteleuropa), Ansprüche Polens und Ungarns auf bestimmte Gebiete, weitere 175 000 Deutsche als Minderheit in der Resttschechei - sei auf die Fachliteratur verwiesen.

David L. HOGGAN, *Der erzwungene Krieg,* Grabert, Tübingen "1993, S. 336 ff.
Jacques BENOIST-MECHIN, *Wollte Adolf Hitler den Krieg? 1939,* Verlag K. W. Schütz, Preußisch Oldendorf 1971, S. 57-95.
Hermann RASCHHOFER u. Otto KIMMINICH, *Die Sudetenfrage,* Olzog, München [2]1988, insbes. S. 209-217.

⇨ »Jahrhunderte lang haben unsere Völker nebeneinander gelebt, und den Tschechen ist es nie so gut gegangen wie dann, wenn sie mit den Deutschen im Einvernehmen lebten. Deshalb habe ich Sie auch um eine Unterredung gebeten, denn ich will die Mißverständnisse, die zwischen unseren beiden Ländern aufgetaucht sein mögen, ausräumen. Ich lege das Schicksal meines Volkes in Ihre Hände mit der Überzeugung, daß ich es in gar keine besseren legen könnte.«
Emil HACHA am 15. März 1939, wiedergegeben in: *IMT,* Bd. XXXI, S. 139.

⇨ **Abkommen zwischen HITLER und HACHA vom 15. März 1939**

Der Führer und Reichskanzler hat heute in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen VON RIBBENTROP den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Dr. HACHA und den tschechoslowakischen Außenminister CHVALKOWSKY auf deren Wunsch in Berlin empfangen. Bei der Zusammenkunft ist die durch die Vorgänge der letzten Woche auf dem bisherigen tschechoslowakischen Staatsgebiet entstandene Lage in voller Offenheit einer Prüfung unterzogen worden. Auf beiden Seiten ist übereinstimmend die Überzeugung zum Ausdruck gekommen, daß das Ziel aller Bemühungen die Sicherung von Ruhe, Ordnung und Frieden in diesem Teile Mitteleuropas sein müsse. Der tschechoslowakische Staatspräsident hat erklärt, daß er, um diesem Ziel zu dienen und eine endgültige Befriedigung zu erreichen, das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt. Der Führer hat diese Erklärung angenommen und seinem Entschlüsse Ausdruck gegeben, daß er das tschechische Volk unter den Schutz des Deutschen Reiches nehmen und ihm eine seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines völkischen Lebens gewährleisten wird.
Zu Urkund dessen ist dieses Schriftstück in doppelter Ausfertigung unterzeichnet worden.
Berlin, 15. März 1939

gez. HITLER, V. RIBBENTROP, HACHA, CHVALKOWSKY

Die Tilea-Lüge

Zur Vergiftung der internationalen Atmosphäre und zur Mobilisierung der Weltmeinung gegen Deutschland hat im Frühjahr 1939 wesentlich die sogenannte TILEA-Lüge beigetragen. Sie sollte HITLERS angebliche Welteroberungspläne beweisen. Zu ihrem Verständnis ist ein kurzer Blick auf die damalige politische Lage notwendig.

Seit Inkrafttreten des Münchener Abkommens im Herbst 1938 hatte es die Tschecho-Slowakei schwer, die nichttschechischen Völkerschaften - vor allem die Slowaken - in ihrem Staat zusammenzuhalten. Als am 14. März 1939 die Slowaken unter Präsident Tiso ihre Selbständigkeit erklärten, kamen der tschechische Staatspräsident HACHA und sein Außenminister CHVALKOWSKY von sich aus nach Berlin. Nach Gesprächen mit HITLER stellten sie ihren Staat unter den Schutz des Deutschen Reiches. So wurde am 15. März 1939 das Protektorat Böhmen und Mähren gebildet, und es erfolgte der Einmarsch deutscher Truppen in Prag.

An diesem Tag, als HITLER das Protektorat über Böhmen und Mähren übernommen hatte und in Prag einfuhr, hielt der britische Premierminister Neville CHAMBERLAIN eine Rede im Unterhaus. Er erklärte dabei, daß sich seit der Unabhängigkeitserklärung der Slowakei die Lage in der Tschechoslowakei von Grund auf geändert habe, denn der Staat, den auch die Briten garantieren wollten - aber noch nicht garantiert hatten -, zerbreche offensichtlich von innen her. Der Premier zeigte also ein gewisses Verständnis für die Entwicklung und für Deutschlands Handlungsweise.

Das Vorgehen des Deutschen Reiches widersprach aber der englischen Politik der »Balance of Power<. Dieses veranlaßte den britischen Außenminister Lord HALIFAX und seinen Berater Lord VANSITTART, unverzüglich entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen.[1] Zwei Tage danach äußerte am 17. März 1939 der rumänische Gesandte in London, Virgil TILEA, die gut ins britische Konzept passende Behauptung, daß Deutschland - es führte in diesen Tagen gerade Wirtschaftsverhandlungen mit Rumänien in Bukarest - dem rumänischen Staat »ein Ultimatum gestellt« habe und die Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden deutschen Einfalls in Rumänien bestehe, obwohl Deutschland gar keine gemeinsame Grenze mit Rumänien besaß. Das war für VANSITTART willkommener Anlaß, sofort die Londoner *Times* und den *Daily Telegraph* hiervon zu unterrichten. Die britischen Zeitungen nützten diese Falschmeldung auf dem Höhepunkt der >Tschechenkrise< sofort aus, um damit die angebliche Welteroberungspolitik HITLERS ZU beweisen.

[1] David L. HOGGAN, *Der erzwungene Krieg* Grabert, Tübingen ^{14}1992, S. 400-403. Siehe ebenfalls: Paul RASSINIER, *Die Jahrhundert-Provokation,* Grabert, Tübingen^{2}1990, S. 232-235; Peter H. NLCOLL, *Englands Krieg gegen Deutschland,* Grabert, Tübingen ^{2}1999, S. 130-134.



Virgil THEA, der rumänische Gesandte in London, setzte am 1 7. März 1939 das Gerücht in die Welt, HITLER habe Rumänien ein Ultimatum gestellt, um den rumänischen Ölexport unter Kontrolle zu bekommen. Die TILEA-Lüge, die mit VANSITTART und HALIFAX verabredet worden war, leitete CHAMBERLAINS Umschwung (Birmingham-Rede) ein.

In fast der gesamten englischen Presse wie auch bei den meisten Unterhausabgeordneten erhob sich nach dieser Meldung ein Sturm der Entrüstung und Empörung. Erneut schaltete sich Lord HALIFAX ein, der in der Nacht vom 14. auf 15. März 1939 vom US-Präsidenten ROOSEVELT aus Washington die Warnung erhalten hatte, daß die Stimmung in den USA antienglisch werden könne, wenn Großbritannien nicht eine scharfe Politik gegen Deutschland einschlage. HALIFAX erklärte daraufhin CHAMBERLAIN, er solle den bisherigen Tenor seiner Rede zur politischen Lage ändern und sich unbedingt in die Front der allgemeinen Entrüstung gegen Deutschland einreihen, anderenfalls müsse er mit einem Sturz seiner Regierung rechnen. Lord HALIFAX - er kannte das TILEA-Märchen - entwarf eine neue Rede für CHAMBERLAIN, die dieser dann auch am 17. März 1939 in Birmingham hielt und die gegenüber Deutschland im Gegensatz zu früher sehr aggressiv war. Dort behauptete CHAMBERLAIN unter anderem auch, daß HITLER die Welt erobern wolle.

TILEAS Behauptung, die die Briten als Vorwand nahmen, war eine Lüge.[1] Das beweist auch die unmittelbar darauf erfolgende Erklärung des rumänischen Außenministers Grigore GAFENCU gegenüber dem britischen Gesandten in Rumänien, Reginald HOARE: Die deutschen Wirtschaftsverhandlungen unter Dr. Helmuth WOHLTATH verliefen »unter völlig normalen Umständen wie zwischen Gleichberechtigten«. (Der Wirtschaftsvertrag wurde dann auch am 23. März 1939 unterzeichnet.) Selbst der ROOSEVELT-Freund Allan BULLOCK zweifelte am Wahrheitsgehalt von TILEAS Aussage, denn er schrieb später in seiner HITLER-Biographie:[2] »Ob nun TILEAS Informationen richtig waren oder nicht - die rumänische Regierung beeilte sich, sein Vorgehen zu widerrufen.«

HOARE forderte deswegen HALIFAX am 18. März dringend auf, die britischen Pressemeldungen über TILEAS Aussage zu unterbinden, weil kein Wort daran wahr sei. Der US-Gesandte in Rumänien, GUNTHER, berichtete am 20. März 1939, daß Tilea, der »anglophile Gesandte Rumäniens« in London, sich eines »übertriebenen Eifers« schuldig gemacht habe. TILEA teilte seinem Außenminister mit, er »versuche lediglich, behilflich zu sein« bei dem Bemühen um eine britische Rüstungsanleihe für Rumänien. Deutschlands Gesandter in Rumänien, Wilhelm FABRICIUS, berichtete am selben Tag an das Berliner Außenministerium, Außenminister GAFENCU habe ihm ein klares Dementi zu TILEAS Londoner Erklärung übergeben und dazu erklärt, daß alle Beschuldigungen über deutsche Forderungen an Rumänien jeglicher Grundlage entbehrten. Aber alles das brachte die einmal in London veröffentlichte Lüge nicht mehr um ihre Wirkung: Man unterstellte HITLER die unsinnige Idee, die Welt erobern zu wollen.

Der durch seine Bücher zur britischen Politik und über CHURCHILL hervorgetretene Historiker Dietrich AIGNER schrieb 1989 als zusammenfassendes Urteil über die TILEA-Lüge:[3] »Lange Zeit haben britische und deutsche Historiker daran herumgerätselt, wie es zwei Tage nach dem >Fall von Prag<

[2] Allan BULLOCK, *Hitler*, Droste, Düsseldorf [4]1954, S. 499.

[3] Dietrich AIGNER, »England, Hitler und der Krieg im Dunkeln 1939«, in: *Criticón*, Nr. 114, Juli/August 1989, S. 187-192. Das Zitat steht auf S. 189 f.

zur sog. TILEA-Affäre kommen konnte. .. Die Affäre wurde jahrzehntelang immer mysteriöser, weil der 1972 gestorbene Rumäne über seinen Gewährsmann entweder keine oder widersprüchliche oder offenkundig unrichtige Angaben gemacht hat. Die Suche nach dem großen Unbekannten, seit langem schon eine *cause célèbre* historischer Kriminalistik, mußte erfolglos bleiben, weil TILEA falsche Fährten gelegt und immer nur von einer >rumänischen Quelle< gesprochen hatte. Heute darf als gesichert gelten, daß der dem britischen Intelligence Establishment seit vielen Jahren aufs engste verbundene Transsylvanier im Auftrag britischer Hintermänner gehandelt hat, die ihrerseits wieder in enger Verbindung zum Foreign Office standen. Einer der direkt Beteiligten hat sich gegen Ende seines Lebens unter dem Druck zufällig ans Licht gekommener Dokumente zur >Mittäterschaft< bekannt: Sir Robert (später Lord) BOOTHY, damals enger Vertrauter CHURCHILLS und seit vielen Jahren prominentester Fürsprecher einer Militärallianz mit der Sowjetunion innerhalb der Konservativen Partei. Der zweite Name, der in diesem Zusammenhang interessiert, ist wieder der des Lord LLOYD OF DOLOBRAN,[4] Chef des British Council und langjähriger Freund TILEAS. .. Da alle diese Vorgänge durch den britischen Officiai Secrets Act[5] gedeckt waren und bis zum heutigen Tag gedeckt sind, müssen die letzten Hintergründe der Intrige unaufgeklärt bleiben. Das entscheidende Motiv schält sich jedoch deutlich heraus: Anstoß zu geben für die durch das britische Ostengagement unausweichlich gewordene Militärallianz mit der Sowjetunion.«

So ergibt sich eindeutig, daß die TILEA-Lüge planmäßig vom Londoner Außenministerium in die Welt gesetzt und benutzt wurde, um der Öffentlichkeit angebliche >Welteroberungspläne< HITLERS einzusuggerieren und sie zu einem Krieg gegen >HITLERS Gewaltherrschaft einzustimmen. Schon 1963 behauptete David L. HOGGAN,[6] daß TILEA bei seinen täglichen Besuchen im Foreign Office vor dem 17. März 1939 »mit aller Sorgfalt von Sir Robert VANSITTART, dem fanatischen Deutschenhasser und diplomatischen Chefberater Seiner Majestät Regierung, auf seine Rolle vorbereitet worden« sei.

»Als der rumänische Außenminister Grigore GAFENCU in Bukarest von TILEAS fiktiver Behauptung über HITLERS angebliche Balkanpläne hörte, rief er TILEA sofort an, rügte ihn scharf und befahl ihm, sie unverzüglich zu dementieren. HALIFAX und VANSITTART erfuhren es unmittelbar darauf, schenkten dem Dementi aber keine Beachtung. Sie waren entschlossen, dieses mit englischer Hilfe zustande gekommene TILEA-Machwerk zur offiziellen Grundlage ihrer neuen Politik der Einkreisung Deutschlands und der Ermutigung Polens zu machen.«



Peter H. NICOLL, *Englands Krieggegen Deutschland,* Grabert, Tübingen [2]1999, S. 131.

[4] Der Lord LLOYD OF DOLOBRAN wird von AIGNER im betreffenden Artikel auch weiterer deutschfeindlicher Tätigkeiten geziehen.

[5] Britisches Gesetz, das die Geheimhaltung staatlicher Maßnahmen und Äußerungen auch lange nach der betreffenden Zeit schützt.

[6] David L. HOGGAN, aaO. (Anm. 1), S. 401.

Beneschs Vertreibungspläne

Das Völkerrechts- und Menschenrechtsverbrechen der Vertreibung von mehr als 15 Millionen Deutschen nach 1945 aus Ostdeutschland, dem Sudetenland und dem östlichen Europa, wobei es rund 3 Millionen Todesopfer gab, wird heute meist mit den Deutschen vorgeworfenen Kriegsverbrechen und angeblich berechtigter Rache der Bewohner in den von Deutschen besetzten Gebieten begründet. Daß dies nur ein vorgeschobener, völkerrechtlich und historisch jedoch nicht haltbarer Vorwand ist, zeigen die geschichtlichen Tatsachen, insbesondere die historischen Entwicklungen der Vertreibungspläne.

Die polnischen Ansprüche auf das seit dem frühen 13. Jahrhundert deutschbesiedelte Ostdeutschland östlich von Oder und Neiße und die tschechischen Forderungen auf das seit jeher deutsche Sudetenland gehen schon auf das 19. Jahrhundert zurück, wurden teilweise bereits auf dem ersten Panslawistischen Kongreß 1848 in Prag erhoben. Als nach dem Ersten Weltkrieg unter Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Betroffenen Teile Ostdeutschlands und das Sudetenland unter polnische oder tschechische Herrschaft kamen, wurde dort eine starke Entdeutschungspolitik offen betrieben mit dem Ziel der Polonisierung oder Tschechisierung der verbliebenen Deutschen. Als das nicht die erhofften Erfolge zeitigte, kamen Vertreibungspläne schon vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs hinzu. Für diese gilt, was der Historiker Andreas HILLGRUBER allgemein zu den Kriegszielen der Alliierten schrieb: »Dabei war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalsozialistische Herausforderung; es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege zum Durchbruch gelangten.«[1] Eine ins einzelne gehende Beschreibung der Entwicklung der Vertreibungspläne mit genauen Belegen bringt Werner TRAUTMANN.[2]

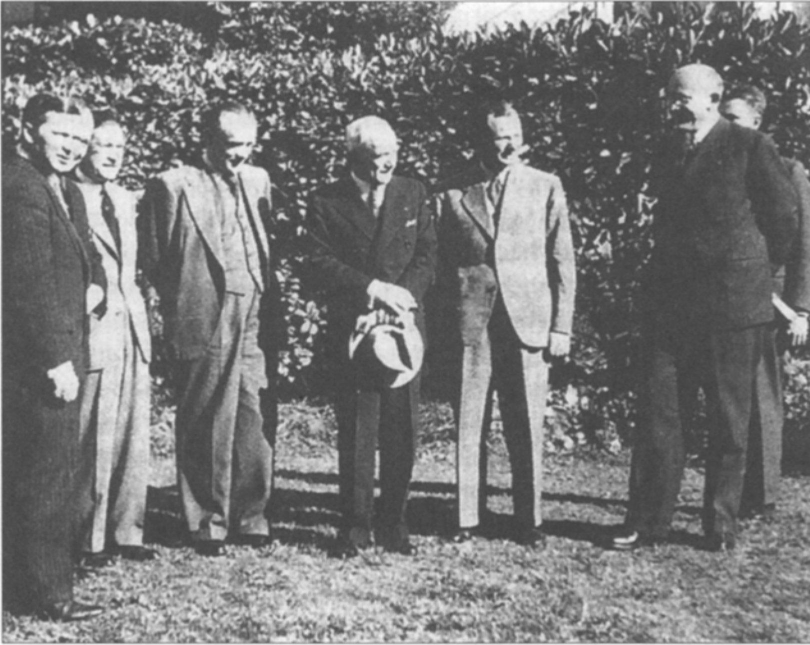
Dokumentarisch belegte Gespräche über die Planung der Vertreibung von rund 1 Million Sudetendeutscher zwischen dem zurückgetretenen tschechischen Präsidenten Eduard BENESCH und seinem politischen Vertrauten und späteren Minister Hubert RIPKA fanden bereits im Dezember 1938 statt, also wenige Monate nach dem Münchener Abkommen vom September 1938, lange vor Beginn des Zweiten Weltkrieges. Nach Kriegsausbruch bestanden im Spätherbst 1939 schon genauere Pläne zur Vertreibung der Deutschen aus dem Sudetenland im tschechischen Exil in Paris.[3] Nachdem die tschechi-

---

[1] Andreas HILLGRUBER, *Zweierlei Untergang,* Siedler, Berlin 1986, S. 17.

[2] Werner TRAUTMANN, *Tod und Gewalt. Die Vertreibung als völkerrechtliches, politisches, ethisches, soziales und geschichtliches Problem,* Graben, Tübingen 1989, insbes. S. 22-38; darin auch viele der folgenden Zitate.

[3] Johann Wolfgang BRÜGEL, *Tschechen und Deutsche 1939-1946,* München 1974, Bd. 2, S. 51.



BENESCH und sein Stab im Sommer 1940 in London. Von links. STRANKMÜLLER, Unbekannter, MORAVEC, BENESCH, General INGR, Jaromir SMUTNY, Leiter der BENESCH-Kanzlei. Genaue Pläne zur Massenvertreibung der Sudetendeutschen wird BENESCH geschmiedet haben.

sehe Exilregierung in London unter BENESCH durch die britische Regierung mit Schreiben vom 18. Juli 1940 offiziell anerkannt worden war, diskutierte man dort ab 1941 die Vertreibungspläne auch öffentlich und offiziell.

Nach dem Besuch des britischen Außenministers EDEN vom 16. bis 20. Dezember 1941 in Moskau, gab dieser seinem Foreign Research and Press Service (12. 2. 1942) ein Gutachten über Ostmitteleuropa in Auftrag, worin die deutschen Abtretungen von Ostpreußen, Oberschlesien und des Sudetenlandes mit Vertreibung von 3 bis nahezu 7 Millionen Deutscher vorgeschlagen wurden.[4]

Schon im Frühjahr 1942 erklärte BENESCH vor Militärs,[5] »sich etwa zwei Millionen Deutscher zu entledigen« werde »sehr schwer sein. Am besten wird es sein, es *via facti* (durch vollendete Tatsachen, H. W.) zu erledigen, sonst durch Übereinkommen. Alle jungen Deutschen bis zu einem bestimmten Alter müssen weg.« Diese Pläne wurden darüber beunruhigten sudetendeutschen Juden in einem Brief vom 5. Mai 1942 von BENESCHS außenpolitischem Berater Jan MASARYK ausdrücklich bestätigt.[6]

Im Frühsommer 1942 kündigte BENESCH das Münchener Abkommen, ohne dazu überhaupt irgendwie berechtigt oder demokratisch legitimiert zu sein.

---

4 Zitiert von HILLGRUBER, aaO. (Anm. 1), S. 52.

5 BRÜGEL, aaO. (Anm. 3), S. 51.

6 'TRAUTMANN, aaO., S. 24, weist auf die Kopie dieses Schreibens im Archiv der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) hin.

Bald darauf annullierte die britische Regierung das Münchener Abkommen im August 1942 »ausdrücklich mit der Zustimmung zum Grundsatz des Transfers der Deutschen aus Ostmitteleuropa«.[7] Im Sommer 1943 findet sich in BENESCHS Tagebuch die entlarvende Formulierung von der »final Solution« (Endlösung) der Frage der Sudetendeutschen.[8]

Indem BENESCH gegenüber ROOSEVELT und STALIN jeweils die vorgetäuschte, in Wirklichkeit nicht vorhandene Zustimmung des anderen zur Vertreibung der Sudetendeutschen behauptete, gelang es ihm, im Sommer 1943 die Billigung beider für seine Pläne der Austreibung der Deutschen zu erreichen.[9] Am 8. Oktober 1943 - noch vor der Teheraner Konferenz vom 28. November bis 1. Dezember 1943 mit der Festsetzung der >Westverschiebung Polens< beschloß das britische Kabinett die »Abtretung Ostpreußens, Danzigs und Oberschlesiens von Deutschland« sowie die Vertreibung von 3 bis 5 Millionen Ostdeutscher und 1 bis 1,5 Millionen Sudetendeutscher (mit Ausnahme der Bewohner des Egerlandes).[10] Nach dem Teheraner Treffen der Großen Drei forderte das Organ der >Union polnischer Patrioten< die Austreibung von 7,5 Millionen Ostdeutscher aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien.[11]

Anfang 1944 versicherte Premierminister Winston CHURCHILL dem Regierungschef der Londoner polnischen Exilregierung MIKOLAJCZYK, daß von den Ostdeutschen »etwa sieben Millionen, die in den Gebieten zwischen der alten polnischen Grenze und der Oder wohnten, in das eigentliche Deutschland abtransportiert würden«.[12] Und CHURCHILL führte dann in seinem Fünf-Punkte-Programm für die geplante Unterredung mit STALIN als Punkt vier an: »Die gesamte deutsche Bevölkerung innerhalb der Grenzen Polens muß auswandern.«[13] In seiner Unterhausrede vom 15. Dezember 1944 sprach CHURCHILL offen von der Vertreibung der Ostdeutschen: Jetzt werde »reiner Tisch gemacht, denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel«.[14] Labour-Abgeordnete und selbst polnische Politiker protestierten gegen solche Verbrechensplanung und die offensichtliche Verletzung des Völkerrechts wie der Haager Landkriegsordnung durch CHURCHILL.

Auf der Konferenz von Jalta am 7. Februar 1945 erklärte CHURCHILL dazu noch: »Bezüglich der Neiße: Wir haben immer die Bewegung der polnischen Grenzlinien nach dem Westen unterstützt, aber unter der Bedingung, daß sie nicht mehr nehmen, als sie wünschen und als sie handhaben können. Es wäre sehr schade, die polnische Gans mit deutschem Futter so vollzustopfen, daß sie an einer Magenverstimmung zugrunde ginge. Großer Teil der öffentlichen Meinung ist über den Gedanken empört, viele Millionen Menschen mit Gewalt zu transferieren. Ich bin nicht empört. Ich weise auf den Erfolg der griechisch-türkischen Transferierungen nach dem letzten Krieg hin - allerdings betrafen diese nur *VI* Million Menschen. Wenn die Polen Ostpreußen und Schlesien bis zur Oder übernehmen, bedeutet das die Trans-

[7] HILLGRUBER, aaO. (Anm. 1), S. 53.
'TRAUTMANN, aaO. (Anm. 2), S. 24, weist auf die Kopie des Textes im Archiv des ZFI hin.
'Die Einzelheiten beschreibt TRAUTMANN, ebenda, S. 24 f..
[10] HILLGRUBER, aaO. (Anm. 1), S. 54.
[11] *Wolna Polska,* 19. 1. 1944.
[12] TRAUTMANN, aaO. (Anm. 2), S. 27, zitiert dazu Stanislaw MIKOLAJCZYK, *The Rape of Poland, Pattern of Soviet domination,* New York 1948, S. 51 ff., sowie Jan ClECHANOWSKI, *Vergeblicher Sieg,* Zürich 1948, S. 269.
[13] ClECHANOWSKI, ebenda, S.269.
[14] CHURCHiLL-Reden, hg. von Charles EADE, Zürich 1949, Bd. V., S. 466 f.

ferierung von 6 000 000 Deutschen. Dies könnte mit modernen Einrichtungen geschafft werden. .. Wir haben 5 oder 6 Millionen (Deutsche, H. W.) getötet und werden vor Beendigung des Krieges wahrscheinlich noch eine weitere Million töten. Dadurch müßte in Deutschland für die transferierten Menschen Raum genug vorhanden sein. Sie werden gebraucht werden, um die Lücken zu füllen; daher fürchte ich das Problem einer Transferierung nicht, solange es im richtigen Verhältnis steht.«[15] Man stelle sich vor, was die Weltpresse daraus machen würde, wenn ein verantwortlicher Deutscher ähnlich menschenverachtende Sätze ausgesprochen hätte!

So hatten sich die Herrschenden in Moskau, London und Washington mit der Vertreibung von Millionen Deutscher einverstanden erklärt - auch schon, bevor die später den Deutschen vorgeworfenen Kriegsverbrechen bekannt gemacht wurden. Besorgnis erhob sich höchstens noch wegen der Frage, ob das zerstörte Restdeutschland in der Lage sein würde, solche Mengen entwurzelter Menschen aufzunehmen. Das Verhängnis nahm so seinen Lauf. Polen und Tschechen konnten sich schon bei den ersten >wilden< Vertreibungen vor der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 auf die stillschweigende Duldung durch die Alliierten berufen, nach dem Potsdamer Treffen auf die offizielle Bewilligung durch die Sieger.

50 Jahre danach ist dieses Menschen- und Völkerrechtsverbrechen der millionenfachen Vertreibung immer noch nicht gesühnt, die allen Rechtsnormen entgegenstehenden BENESCH-Dekrete von 1945 sind noch in Kraft und wurden kürzlich ausdrücklich vom tschechischen Verfassungsgericht bestätigt, vom tschechischen Präsidenten wie vom Regierungschef in Prag verteidigt. Und CHURCHILL wurde sogar - wohl auch für seine >Verdienste< um die Vertreibung - nach 1945 mit dem Aachener Karlspreis von Deutschen geehrt.

[15] *Die Jalta Dokumente, vollständige deutsche Ausgabe der offiziellen Dokumente des US-State Departments über die Konferenz von Jalta,* Göttinger Verlagsanstalt 1956, S. 171.



Hamilton FISH[16] berichtet von einem Plan, den ROOSEVELT 1943 im Hinblick auf die Nachkriegszeit ausdachte. Der US-Präsident weihte seinen Vertrauten Kardinal SPELLMAN ein. Gemäß diesem Plan sollte die Welt in Einfluß-Sphären aufgeteilt werden:
»>China bekommt den Fernen Osten, die Vereinigten Staaten den Pazifik, Großbritannien und Rußland Europa und Afrika. Da jedoch England vorwiegend koloniale Interessen hat, kann angenommen werden, daß Rußland Vormacht in Europa sein wird.< Mit anderen Worten: Mehr als eineinhalb Jahre bevor der Krieg gewonnen wurde, bevor irgendwelche Friedenskonferenzen auf der Tagesordnung standen, plante Roosevelt, Rußland nicht nur eine Einflußsphäre in Europa zu geben, sondern vielmehr Rußland dort als beherrschende Kraft in Aktion treten zu lassen. Das schlägt dem Faß den Boden aus, und die Franzosen, Belgier, Holländer, Dänen und Norweger, die vier Jahre lang die Schrecken der Nazibesetzung ertragen mußten, hätten Roosevelt lieber im Geiste gehängt, als sich den Russen zu unterwerfen.«

[16] Hamilton FISH, *Der zerbrochene Mythos,* Grabert, Tübingen 1982, S. 90 f.

»Auf diese Weise wurde die Tschechoslowakei nach Norden durch die Einbeziehung von $3^{1}/_{4}$ Millionen Deutschen abgerundet, die bisher unter österreichischer Herrschaft gelebt hatten, und im Süden durch die erbarmungslose Aneignung von $3\ ^{1}/_{4}$ Millionen reinblütiger Ungarn. Diese beiden geschlossenen Schichten von Ausländern werden seitdem in der Tschechoslowakei als Gefangene gehalten. Sie wurden den Tschechen mit nicht mehr Überlegung ausgeliefert, als wenn sie Vieh seien, und werden von den tschechischen Behörden auch nicht mit mehr Schonung ihrer Rechte und Gefühle behandelt. Als Gefangene eines wegen seiner kleinlichen Niederträchtigkeit berüchtigten Volkes sind sie der kaltblütigsten Enteignung und Bedrückung unterworfen. Man hat kein Bemühen unterlassen, ihre Sprachen auszumerzen, und die tschechische Polizei hat versucht, die Leute durch ständige Verfolgung seelisch zu brechen...«

Viscount ROTHERMERE, in seiner Zeitung *Daily Mail*, 12. 2. 1937, zit. in: H. BERNHARDT, *Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte,* K. W. Schütz, Preußisch Oldendorf 1988, S. 192.

Die Schlüsseldokumente und die Kriegsschuldfrage

Im Ersten Weltkrieg setzten die Alliierten die Legende vom kaiserlichen Kronrat, der eine »Verschwörung« gegen den Frieden und zum Krieg beschlossen habe, in die Welt.[1] Doch dieser von Henry MORGENTHAU sen. angeheizte Schwindel wurde bald entlarvt und richtiggestellt.[2] Nach dem Zweiten Weltkrieg sollten ähnliche Vorwürfe gründlicher vorbereitet werden.

Bei den Kriegsverbrecherprozessen nach 1945 wurden von den alliierten Anklägern zum Beweis der Kriegsschuld der Deutschen mehrere sogenannte >Schlüsseldokumente< vorgelegt. Dabei handelt es sich insbesondere um verschiedene Berichte über vier >geheime Konferenzen< HiTLErs mit der höchsten Generalität vom 5. 11. 1937, 23. 5. , 22 .8. und 23. 11. 1939, auf denen der Zweite Weltkrieg geplant und beschlossen worden sein soll. Die Einwände der Verteidigung bei den Prozessen gegen diese angeblich authentischen Dokumente wurden nicht berücksichtigt. Eine angepaßte deutsche Historikerschaft nahm sie jedoch als echt hin. Rühmliche Ausnahmen wie die Studie von SERAPHIM[3] oder die Arbeit von BRENNECKE[4] wurden totgeschwiegen, und die ausführliche kritische Darstellung von WALENDY[5] kam jahrelang auf den Index für jugendgefährdende Schriften.

Allen den genannten Dokumenten ist gemeinsam, daß es sich bei ihnen nicht um Protokolle der Konferenzen, sondern um nachträgliche Niederschriften handelt, die von niemandem überprüft worden sind. Sie beinhalten daher von sich aus lediglich eine subjektive Darstellung des jeweiligen Verfassers, bieten aber keine Gewähr für die Richtigkeit des Geschehensablaufes. Die HITLER in den Mund gelegten Äußerungen brauchen also durchaus nicht zuzutreffen, was auch schon aus der Verschiedenartigkeit der Berichterstattung hervorgeht. Im übrigen dürfte es schon nach einigen Tagen, geschweige denn nach Wochen, kaum noch möglich sein, eine wortgetreue Wiedergabe einer Besprechung niederzuschreiben. Weittragende Behauptungen sind daher auf solche Dokumente allein nicht abzustützen. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß nach Auskunft eng mit HITLER vertrauter Personen dieser sich oft widersprach und man manchmal nicht wußte, welches

---

[1] Henry MORGENTHAU, *Ambassador Morgenthau´s Story,* New York 1918, S. 82-89.

[2] Max MONTGELAS, *Leitfaden Kriegsschuldfrage,* Berlin-Leipzig 1923, S. 170 ff.

[3] Hans-Günther SERAPHIM, »Nachkriegsprozesse und zeitgeschichtliche Forschung«, *in:* Festschrift für Herbert Kraus, *Kitzingen 1954*

[4] Gerhard BRENNECKE, *Die Nürnberger Geschichtsentstellung,* Grabert-Verlag, Tübingen 1970, S. 114-154.

[5] Udo WALENDY, *Wahrheit für Deutschland. Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges,* Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho 1964, S. 356-374.

seine wahren Ziele und Absichten waren, so daß seine Ausführungen nicht ohne weiteres seine wirklichen Gedanken und Pläne widerspiegelten.[6]

Ein Beispiel vorweg: Dokument L-3 über die Besprechung vom 22. August 1939 schließt mit den Worten: »Die Rede wurde mit Begeisterung aufgenommen. GÖRING stieg auf den Tisch. Blutrünstiger Dank und blutrünstiges Versprechen. Er tanzte wie ein Wilder herum. Die wenigen Bedenklichen schwiegen.«[7] Schon der gesunde Menschenverstand sagt uns, daß hier etwas nicht stimmen kann. Dieser Bericht ist so offenkundig unglaubhaft, daß jede ins einzelne gehende Quellenkritik reine Zeitverschwendung wäre. Selbst die alliierte Anklagevertretung hat es nicht gewagt, das Dokument besonders herauszustellen.[8] Es erinnert an RAUSCHNINGS angebliche Gespräche mit HITLER.[9] Interessant ist jedoch folgendes: L-3 ist einige Tage nach der Veranstaltung, aber noch vor Kriegsausbruch, im Auftrag des Widerstandes - Generaloberst BECK - dem gerade in Berlin weilenden Korrespondenten der *Associated Press*, Louis P. LOCHNER, übergeben worden, um die Engländer von HITLERS Kriegsabsichten zu überzeugen.[10] Eine etwas ungewöhnliche Verfahrensweise!

Die entscheidenden Zweifel an der Authentizität oder dem Beweiswert der Schlüsseldokumente ergeben sich jedoch aus einer Reihe von Indizien, die im folgenden kurz zusammengefaßt werden sollen.

1) 5. 11. 1937. HOSSBACH-Niederschrift.[11]

Das von HOSSBACH einige Tage nach der Besprechung gefertigte handschriftliche Original dieses Dokuments ist verschollen. Eine im Auftrag des Obersten Graf KIRCHBACH hergestellte, von ihm unterzeichnete und von seinem Schwager Victor VON MARTIN wahrscheinlich im Oktober 1945 den Engländern übergebene Schreibmaschinenabschrift war lange Zeit nicht auffindbar.

Eine von den Amerikanern im Mai 1945 erbeutete Schreibmaschinenabschrift ging während der Vorbereitungen zum Nürnberger Prozeß verloren. Insoweit legten die Amerikaner lediglich eine vom US State Department beglaubigte Fotokopie von einer von ihnen zuvor hergestellten, aber nicht

---

[6] Erich RAEDER, IMT Bd. XIV, S. 44; ebenso FRANZ HALDER, Fall XII (OKW-Prozeß) S. 1863/2068 und Nicolaus VON BELOW, zitiert bei: David IRVING, *Hitlers Weg zum Krieg,* München-Berlin 1979, S. 25.

[7] ADAP (Akten zur deutschen auswärtigen Politik), Serie D, Bd. VII, S. 172.

[8] IMT (Internationales Militär-Tribunal), Bd. II, S. 321.

[9] Siehe Beitrag Nr. 147: »Die Lügen des Herrn Rauschning«.

[10] Eidesstattliche Versicherung LOCHNERS vom 3. August 1949 im MANSTEIN-Prozeß, MA 113/8, Institut für Zeitgeschichte (IfZ).

[11] IMT, Bd. XXV, S. 402-413.

beglaubigten Mikrofilmaufnahme vor. Von wem die Abschrift stammt, ist unbekannt. Dieses Dokument - die Fotokopie - wurde dann später in den Prozeßakten unter dem Aktenzeichen 386-PS veröffentlicht und gilt seither als der offizielle Text der HOSSBACH-Niederschrift. Es handelte sich also um ein Dokument vierter Hand, dessen Herkunft überaus im Dunkeln lag. Diese Sachlage führte naturgemäß zu erheblicher Kritik.[1]



Friedrich HOSSBACH (1894-1980).

Eine mögliche Neubewertung bahnte sich an, als 1989 die oben erwähnte KIRCHBACH-Abschrift unter inzwischen freigegebenen Akten im Public Record Office in London wieder auftauchte.[2] Ein Vergleich beider Urkunden ergab mit Ausnahme der Unterschrift KIRCHBACHS wortwörtliche Übereinstimmung. Sogleich glaubten einige Historiker wie der Antisemitismusforscher Wolfgang BENZ und der ehemalige Mitarbeiter des zeitgeschichtlichen Instituts in München, Hermann GRAML, »die Authentizität des in Nürnberg und danach. .. benutzten Textes« als »zweifelsfrei erwiesen«.[3]
Schließlich hätten die Amerikaner ihr im Mai 1945 erbeutetes Dokument ja schlecht auf den später den Engländern übergebenen Text hin ausrichten können. Dabei wird übersehen, daß umgekehrt die Engländer ihr Dokument sehr wohl auf eine bereits vorab veränderte amerikanische Version hätten zuschneiden können, womit ein einheitlicher Text wiederhergestellt worden wäre. Engländer und Amerikaner arbeiteten ja in Nürnberg auf das engste zusammen, und ihre oftmals zwielichtigen Methoden sind hinreichend bekannt. Das HOSSBACH-Dokument galt überdies als eines der Paradestücke im Prozeß, und darauf hätte man bei zweifelhaftem Wortlaut wohl verzichten müssen, was wiederum angesichts der dünnen Dokumentenlage die Anklage zumindest gegen VON NEURATH wegen »Verschwörung« zu Fall gebracht hätte. Wie dem auch sei, spätestens seit dem Irak-Krieg ist offenkundig, daß im State Department mit gefälschten Urkunden gearbeitet wird, und in

---

1 Vergleiche vor allem: Gerhard MEINCK, *Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933-1937,* Wiesbaden 1959, S. 236 f.; GÖRAN HENRIKSON, »Das Nürnberger Dokument 386- PS«, in: *Probleme deutscher Zeitgeschichte* (Lund Studies in International History) Stockholm 1971, S. 151-194; A. J. P. TAYLOR, *The Origins of the second World war,* Penguin Ausgabe Harmondsworth 1973, S. 20 ff. Das hier interessierende Einleitungskapitel »Second Thoughts« ist in der deutschen Ausgabe nicht enthalten; Dirk KUNERT, *Deutschland im Krieg der Kontinente,* Arndt, Kiel 1987, S. 177 ff.; und Dankwart KLUGE, *Das Hoßbach->Protokoll Die Zerstörung einer Legende,* Druffel, Leoni 1980. Meine darin gemachten Ausführungen sind durch inzwischen neu zugänglich gewordene Dokumente in einigen Teilen überholt. Eine stark erweiterte und überarbeitete Auflage ist in Vorbereitung.

2 Ich habe das Dokument in London eingesehen.

3 Hermann GRAML, »Hoßbach-Niederschrift« in dem von Wolfgang BENZ herausgegebenen Werk: *Legenden, Lügen, Vorurteile,* München 1990, S. 94 ff. Ahnlich: Bradley SMITH, »Die Überlieferung der Hoßbach-Niederschrift«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,* April 1990, S. 329-336.



HITLER und die Generalität: Der Reichskanzler im Gespräch mit dem neuen Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst VON BRAUCHITSCH (links), dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Erich RAEDER (Mitte), und Generaloberst Wilhelm KEITEL (rechts).

Großbritannien finden sich sogar gefälschte Schriftstücke zum Tode HIMMLERS im Foreign Record Office, in dem pikanterweise auch die KIRCHBACH-Abschrift archiviert ist.

Solange also das amerikanische Beweisstück nicht vorgelegt wird, läßt sich aus einem Vergleich wenig herleiten. Ist schon der Quellenwert der amerikanischen Abschrift äußerst windig, so trifft dies in eben demselben Maße auch für die KIRCHBACH-Abschrift selbst zu. Sie umfaßt zwölf Seiten, die eigenartigerweise völlig glatt und unbenutzt erscheinen, obwohl sie ganz gewiß durch viele Hände gegangen sind. Die einzelnen Blätter sind oben links mit einer dünnen Schnur verbunden und durchweg mit einer graubläulichen Folie überzogen - alles nicht sehr vertrauenerweckend.

Zum Wortlaut: Rufen wir uns zunächst ins Gedächtnis, daß HOSSBACH nach eigener Aussage HITLER mehrfach, wenn auch vergeblich, gebeten hatte, seine Niederschrift durchzulesen und zu bestätigen.[1] Er wird also ganz gewiß ein verständliches Deutsch geschrieben haben. Aus dem Text der Abschrift ergibt sich jedoch mehrfach das Gegenteil. Zwei Beispiele mögen genügen. Auf Seite 2, Zeile 10, heißt es: »Statt Wachstum setze Sterilisation

[1] Friedrich HOSSBACH, *Zwischen Wehrmacht und Hitler,* Wolfenbüttel 1949, S. 219.

ein«. Muß aber richtig heißen: »setze *Sterilität ein«.* Auf Seite 6, Zeile 17, heißt es im Hinblick auf Frankreich: »die Einwohner seines Kolonialbesitzes stellten einen militärischen Mitzuwachs dar«. Muß aber *»Machtzuwachs«* heißen.[2] Diese Worte kann HOSSBACH in seiner Niederschrift aber niemals gebraucht haben. Sie ergeben entweder überhaupt keinen Sinn oder existieren im Deutschen gar nicht.

Tatsächlich hat HOSSBACH, als er in seinen Erinnerungen das Nürnberger Dokument nochmals abdrucken ließ, beide Worte kurzerhand berichtigt.[3] Die Annahme, derartige Fehler mögen beim Abschreiben entstanden sein, ist ebenfalls trügerisch. KIRCHBACH wies nämlich eigens darauf hin, daß »gut abgeschrieben« worden sei, und erklärte weiter: »Die Richtigkeit der Abschrift habe ich ja selbst geprüft und nach langem Überlegen auch bescheinigt.«[4] Es dürfte auszuschließen sein, daß ein Oberst der Deutschen Wehrmacht, dem das Dokument überaus wichtig schien, nach sorgsamer Überprüfung derart ins Auge springende Fehler einfach übersehen haben sollte. Der Umstand, daß die gleichen Ungereimtheiten ebenso auf der Fotokopie erscheinen, ist somit nur ein weiteres Indiz dafür, daß es bei dem HOSSBACH-Dokument eben gerade nicht mit rechten Dingen zugegangen sein kann.

Die Zeugen: HOSSBACH hat lediglich >in Summa< den Inhalt der Abschrift bestätigen können, eine wortwörtliche Übereinstimmung mit seinem Original aber abgelehnt.[5] Nach seiner Überzeugung ist seine ursprüngliche Niederschrift »umfangreicher gewesen«.[6]

Graf KIRCHBACH erklärte: »Zu meinem Erstaunen, ja Entsetzen... der Text war stark verkürzt, besonders die Entgegnungen von FRITSCH und NEURATH waren fast ganz weggelassen.«[7]

Victor VON MARTIN äußerte sich so: »Das vom Nürnberger Gericht verwandte Protokoll war derart zusammengestrichen, daß es einen völlig anderen Sinn ergab und man es nur als grobe Fälschung bezeichnen kann.«[8]

Zwei weitere Zeugen sind VON BELOW und PUTTKAMER, beide Adjutanten bei HITLER und Kollegen von HOSSBACH. HOSSBACH hatte beiden seine Niederschrift zu lesen gegeben. Beide betonten, daß eine ganze Reihe von angeblichen Ausführungen HITLERS erst nachträglich hinzugefügt worden sein müs-

---

2 Vergleiche auch den gleichlautenden Wortlaut in: IMT, Bd. XXV, S. 404 u. 408.

3 HOSSBACH, aaO. (Anm. 15), S. 208 u. 212.

4 Schreiben an Dr. MEINCK vom 28. 8. 1956. Kopie im Besitz des Verfassers.

5 HOSSBACH, aaO. (Anm. 15), S. 220.

6 Erklärung gegenüber dem Bundesarchiv/Militärarchiv in Freiburg/Br. vom 19. 6. 1969, Kopie im Besitz des Verfassers.

7 Schreiben an Göran HENRIKSON vom 9. 2. 1965, Kopie im Besitz des Verfassers.

8 Schreiben an Franz Josef STRAUSS vom 3. 5. 1968, Kopie im Besitz des Verfassers.



Von links: Admiral Böhm, Adjutant Nicolaus VON BELOW und Adjutant Karl-Jesko VON PUTTKAMER.

sen. Aus dem Dokument habe sich insbesondere nicht ergeben, daß HITLER zur Erweiterung deutschen Lebensraumes zu einem »Eroberungskrieg« entschlossen gewesen sei. Derartige Gedankengänge hätten eine nicht unerhebliche Abweichung von seinem damaligen politischen Kurs bedeutet, was ihnen sicherlich aufgefallen wäre.[1] Nicolaus VON BELOW hat darüber hinaus die Abschrift ausdrücklich als »gefälscht« bezeichnet.[2]

Es ist überflüssig zu betonen, daß sämtliche Besprechungsteilnehmer - mit Ausnahme von FRITSCH, der bereits 1939 gefallen war - der Auffassung, daß seinerzeit ein Angriffskrieg geplant worden sei, entschieden widersprochen haben.

Geben wir General HOSSBACH, der sich 1938 anläßlich der FRITSCH-Krise mit HITLER total überworfen hatte, das Schlußwort: »Gerade die Tatsache, daß HITLER den Teilnehmerkreis der Sitzung am 5. 11. 1937 auf den Reichsaußenminister und die vier höchsten Soldaten beschränkte, zeigt, daß Beschlüsse akuter und konkreter Art hinsichtlich der Vorbereitung eines Angriffskrieges nicht gefaßt werden konnten. . . An diesem Tage ist kein >Kriegsplan< als Grundlage gemeinsamen Denkens und Handelns für die durch die politischen, militärischen, wirtschaftlichen usw. Stellen zu treffenden Vorbereitungsmaßnahmen aufgestellt worden.«[3]

2) 23. 5. 1939 - SCHMUNDT-Bericht.[4]

Die in Nürnberg vorgelegte Fassung weist handschriftliche Verbesserungen auf, die nicht von der Hand SCHMUNDTS stammen. Das Dokument trägt kein

---

[1] Besprechung mit dem Verfasser vom 12. und 13. 12. 1978.

[2] Wie Anm. 23. Diese Erklärung hat Nicolaus VON BELOW auch anderen gegenüber abgegeben. Nähere Einzelheiten in der Neuauflage meines Buches *Das Hoßbach->Protokoll<*.

[3] HOSSBACH, aaO. (Anm. 15), S. 192 f.

[4] IMT, Bd. XXXVII, S. 546-556.

Datum. Es ist also ungewiß, wann der Bericht geschrieben wurde. Verschiedene Bemerkungen HITLERS deuten auf Anfang/Mitte 1940 hin. Wie dem auch sei, der Inhalt des Dokuments spricht nicht für, sondern gegen die Anklage. Am Schluß heißt es nämlich:

»Auf Anfrage des Feldmarschalls GÖRING bestimmt der Führer. . . die Rüstungsprogramme sind auf 1943 bzw. 1944 abzustellen.«[5]

Danach war ein Krieg für 1939/1941 aber gerade nicht geplant, sondern allenfalls für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht genommen. Kein einziger Besprechungsteilnehmer verließ die Sitzung in der Überzeugung, der Krieg sei eine beschlossene Sache. Weder HALDER noch KEITEL, weder RAEDER noch BODENSCHATZ, weder MILCH noch BRAUCHITSCH usw.


Generalmajor Rudolf SCHMUNDT.

3) 22. 8. 1939 – sog. **>Schweinehund<-Rede**[6]

Von dieser Besprechung existierten nicht weniger als sechs Fassungen, die mitunter erheblich voneinander abweichen. L-3 haben wir bereits kennengelernt. Zwei weitere, ebenfalls in Nürnberg vorgelegte Berichte 798-PS[7]und 1014-PS[8] tragen kein Datum, keine Unterschrift, sind ohne Kopf und ohne Geheimvermerk. Wir haben also nicht mehr als einige zusammengeheftete Schreibmaschinenseiten, von denen nicht einmal sicher ist, wo sie aufgefunden wurden. Dafür ist ihr Inhalt um so markiger. Aus einer dieser anonymen Quellen stammt der berühmt-berüchtigte Ausspruch HITLERS: »Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.«

Dieser Satz ist eine reine Erfindung. Daß HITLER sich so nicht ausgedrückt hat, haben übereinstimmend die Zeugen RAEDER, VON MANSTEIN und BOEHM bekundet. In den übrigen drei Fassungen fehlt dann auch eine solche Bemerkung. Von diesen drei Dokumenten können wir sogleich den Bericht GREINERS außer acht lassen, denn GREINER war bei der Zusammenkunft nicht zugegen, hat sein Wissen nur vom Hören-Sagen«.[9] Bleibt die Niederschrift des Admirals BOEHM[10] und die Tagebucheintragung von HALDER.[11] Beide Dokumente beweisen aber auch nicht, daß HITLER einen deutsch-polnischen

---

[5] IMT, ebenda, S. 556.

[6] Vgl. zum Stand der Forschung, wenn auch mit gegenteiligem Ergebnis: BAUMGART, »Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht im August 1939«, in: *Viertelsjahrshefte für Zeitgeschichte* 1968, S. 120-149.

[7] MT, Bd. XXVI, S. 338-344.

[8] IMT, Bd. XXVI, S. 523 f. Danach haben zwei verschiedene Besprechungen stattgefunden.

[9] *Kriegstagebuch des OKW 1940-1945,* Frankfurt/M. 1965, Bd. 1, S. 947.1

[10] IMT, Bd. XLI, S. 16-25, der wahrscheinlich zuverlässigste Bericht.

[11] Franz HALDER, *Kriegstagebuch,* Stuttgart 1962, Bd. I, S. 22-26.

oder gar einen Weltkrieg geplant hätte. Das bezeugen neben den zuvor genannten Teilnehmern auch KEITEL, KÜCHLER, LEEB u. a. Geben wir abschließend wieder einem Vertreter des Widerstandes das Wort.

HALDER erklärte im OKW-Prozeß:

»Die Besprechung endete damit, daß HITLER sagte, Polen ist isoliert, die Verhandlungen gehen weiter.«[12]

4) 23. 11. 1939 - sog. DscHiNGis-KHAN-Rede[13]

Die Besprechung fand erst während des Krieges nach Beendigung des Polenfeldzuges statt. Rückschlüsse auf die Zeit vor dem Kriege sind nicht ohne weiteres zwingend, denn im nachhinein ergibt sich häufig eine andere Beurteilung als vorher.

Überliefert sind verschiedene Fassungen. Das in Nürnberg vorgelegte Dokument trägt wiederum kein Datum, keine Unterschrift, keinen Kopf usw. Die anderen Berichte bestätigen seinen Inhalt nur teilweise. Im Tagebuch des Feldmarschalls VON LEEB[14] z. B. ist nichts enthalten, was auf eine >nachträgliche< Verschwörung schließen ließe. Bleibt fast überflüssig zu betonen, daß auch die anderen Besprechungsteilnehmer die Nürnberger Version ablehnten. Von ihnen sei hier lediglich VON MANSTEIN angeführt: »Der Führer wollte uns in der Besprechung klar machen, daß die Westoffensive unbedingt notwendig sei und wollte uns überzeugen davon, daß sie auch erfolgreich sein würde. Im übrigen war die ganze Rede ein einziger Angriff gegen die Generäle.. .«[15]

Zusammenfassend können wir folgendes feststellen:

Kein einziges Dokument hält einer quellenkritischen Überprüfung stand. Die Einwände sind durchweg so erheblich, daß es sogar bedenklich erscheint, solchen Unterlagen überhaupt irgendwelchen Beweiswert beizumessen. Für die Frage der Kriegsursachen des Zweiten Weltkrieges geben sie jedenfalls nichts Hinreichendes her. Sie beweisen insbesondere nicht, daß deutscherseits der Krieg planmäßig vorbereitet und entfesselt wurde. Wer die Schlüsseldokumente kritiklos übernimmt, verbaut sich den Weg zu wirklicher historischer Erkenntnis.

Dankwart Kluge

---

12 OKW-Prozeß, Fall XII, S. 1863.

13 IMT, Bd. XXVI, S. 327-336. Quellenkritisches, wenn auch weitgehend überholt bei: JACOBSEN, *Fall Gelb,* Wiesbaden 1957, S. 59-64.

14 *Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen,* Stuttgart 1976, S. 202.

15 Aussage vom 4. 7. 1946 zitiert nach: BRENNECKE, aaO. (Anm. 4), S. 15.

Die Aufzeichnung des Obersten Hoßbach - kein Hoßbach->Protokoll<

Am 5. November 1937 bat Hitler die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtteile, Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch, Großadmiral Erich Raeder und Generaloberst Hermann Göring, zu einer Besprechung in die Reichskanzlei. Außerdem waren Reichskriegsminister Werner von Blomberg und Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath geladen. Der Wehrmachtadjutant Hitlers, Oberst Friedrich Hossbach, war ebenfalls anwesend.[1]

Es fand eine der vielen militärischen Routinebesprechungen statt, die es in jedem Staat gibt. Hitler hielt eine Rede über die allgemeine Lage und über Möglichkeiten der deutschen Außenpolitik.

Es ist unzutreffend zu sagen, daß Hitler hier seine außenpolitischen Ziele bekanntgegeben habe, wie Broszat[2] schreibt. In besonders verlogener Weise hat Erich Kordt[3] diese Besprechung dargestellt.

In dem Buch von Broszat wird von der in der hossbach-Niederschrift bezeugten Ansprache Hitlers berichtet. Broszat erdichtet dabei eine »Bloßlegung von Hitlers Kriegswillen«. Daß Deutschland - wenn es erstarkte -, gleichgültig unter wessen Führung, mit einem Krieg rechnen und sich darauf vorbereiten mußte, stand außer Frage.

Vier Wochen vor dieser Besprechung in der Reichskanzlei hielt Roosevelt in Chicago eine Rede, welche in die Geschichte als die >Quarantäne-Rede< eingegangen ist.[4] Diese Rede bestand aus heuchlerischen Phrasen und aus Kriegsdrohungen gegen 10 Prozent der Welt, insbesondere gegen Japan, Deutschland und Italien, aber nicht gegen die ebenso totalitäre UdSSR. Er behauptete wahrheitswidrig unter anderem, daß Frieden, Freiheit und Sicherheit von 90% der Weltbevölkerung durch die restlichen 10% bedroht seien. Weiterhin meinte der US-Präsident, daß die »Heiligkeit internationaler Verträge« (man vergleiche Irak 1992!) und die Aufrechterhaltung der »internationalen Moral« wiederhergestellt werden müßten.

---

[1] Friedrich Hossbach, Oberst i. G., wurde nach dem Tod des Reichspräsidenten von Hindenburg (2. August 1934) als Wehrmachtadjutant zu Hitler abkommandiert. In dieser Stellung blieb er bis 1938. Er schrieb 1949 und 1965 jeweils ein Buch mit dem Titel *Zwischen Wehrmacht und Hitler*. Die beiden Bücher unterscheiden sich nur unwesentlich. Wolfenbiitteler Verlagsanstalt sowie Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen.

[2] Martin Broszat, *Der Staat Hitlers*, dtv-Weltgeschichte, München[7]1978.

[3] Erich Kordt, *Nicht aus den Akten,* Union Deutsche Verlags Anstalt, Stuttgart 1950. Der Verfasser beging 1971 Selbstmord.

[4] Helmut Gordon, *Kriegsreden 1936-1941,* Druffel, Berg 1992.

In einer Schrift[1] hat Gerhart BINDER 1960 geschrieben, daß die HOSSBACH-Niederschrift »dank der in Deutschland bewährten bürokratischen Registrierung erhalten blieb«. Wir werden sehen, daß diese Aussage völlig falsch ist.

Grundsätzlich müssen alle historischen Ereignisse im Zusammenhang gesehen werden. Wichtig ist daher: Wie kam es zur Niederschrift? Was geschah vorher?

Im September 1937 hatte MUSSOLINI seinen spektakulären Deutschland-Besuch gemacht. Im Oktober 1937 hatte ROOSEVELT seine schon genannte Quarantäne-Rede gehalten. Am 6. November 1937 trat Italien dem Antikominternpakt bei.[2] Bereits im März 1937 hatte ein jüdischer Kongreß in US-Amerika stattgefunden, auf dem der jüdische Bürgermeister von New York, LAGUARDIA, sich zu solchen Ausfällen gegen Deutschland hatte hinreißen lassen, daß der deutsche Botschafter in Washington beim US-Außenministerium schärfsten Protest erhoben hatte.

Was geschah dann am 5. November 1937 in Berlin? Nachdem HITLER etwa vier Stunden gesprochen hatte, fand eine lebhafte Diskussion statt, bei der HITLER interessierter Zuhörer war. Ein Protokoll wurde nicht geführt! Fünf Tage nach der Besprechung schrieb HOSSBACH für seinen Chef, Generaloberst BECK, eine Niederschrift aus dem Gedächtnis. BECK machte am 12. November zu dieser Niederschrift Notizen. Hierbei scheint eine gewisse Überein-

Franklin D. ROOSEVELT bei seiner Quarantäne-Rede in Chicago, mit der er reichlich Öl ins Feuer goß.



[1] Gerhart BINDER, *Epoche der Entscheidungen,* Seewald, Stuttgart 1960.
[2] Der Antikominternpakt wurde im November 1936 zwischen Japan und Deutschland in Berlin abgeschlossen.






Stimmung zur HOSSBACH-Niederschrift vorzuliegen.[1] HOSSBACH gibt an, er habe das einzige Exemplar seiner Niederschrift an den Reichskriegsminister VON BLOMBERG übergeben.[7] Ein Oberst Graf KIRCHBACH hat beim Sichten von ausgelagerten Wehrmachtakten 1943 in Liegnitz dieses Exemplar gefunden. Oberst KIRCHBACH fertigte von der HOSSBACH-Niederschrift eine Abschrift an. Das Original ist bis heute verschollen, und die Abschrift ist inzwischen wiedergefunden worden.



Die Teilnehmer an der Besprechung vom 5. November 1937. Von links: Werner VON BLOMBERG, Werner Freiherr VON FRITSCH, Konstantin Freiherr VON NEURATH, Hermann GÖRING und Erich RAEDER

Was lag nun beim Rachetribunal in Nürnberg 1945/46 vor? Dort wurde von den US-Amerikanern ein >Dokument< vorgelegt, das in den Akten die Bezeichnung 386-PS erhielt. Die Engländer hatten überraschenderweise auch eine angebliche Ausführung der HOSSBACH-Niederschrift und wollten diese den Amerikanern zugänglich machen, aber die US-Amerikaner erklärten, daß sie schon im Besitz dieses Materials seien. Die US-Amerikaner legten eine Kopie eines Mikrofilms vor. Es handelte sich weder um das Original, noch um eine Abschrift, noch um den Mikrofilm, sondern lediglich um eine Ablichtung der Mikrofilmkopie.[2] Um es noch einmal genau zu sagen: In Nürnberg wurde eine in Washington beglaubigte Fotokopie einer nichtauthentischen Abschrift des verschollenen Originals vorgelegt.[3]

Die Nürnberger Rachejustiz brauchte bekanntlich keine Originaldokumente vorzulegen. Das IMT war laut Artikel 19 seines Status »an Beweisregeln nicht gebunden«. Schon diese eine Tatsache zeigt die vollständige Verhöhnung des Rechtes in Nürnberg.

In der Schrift *Legenden, Lügen, Vorurteile*[4] wird auch ein Kapitel der »HOSSBACH-Niederschrift« gewidmet. In dieser Darstellung behauptet der

[1] Gerhard MEINCK, *Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933-1937,* Franz Steiner, Wiesbaden 1959.

[2] Dankwart KLUGE, *Das Hoßbach-Protokoll,* Druffel, Leoni 1980.

[3] Alexander GÖRNER, *Hitlers preußisches Engagement,* Verlag des Instituts für Geosoziolo- gie und Politik, Bellnhausen 1966.

[4] Wolfgang BENZ (Hg.), *Legenden, Lügen, Vorurteile,* dtv, München 1992, S. 97.

Verfasser, daß HITLER dabei eine »grundsätzliche außenpolitische Erklärung« abgegeben habe und diese »für den Fall seines Todes zu seinem politischen Testament erklärte«. Tatsache ist jedoch, daß HITLER mit keinem Wort von einem »Testament« gesprochen hat.

Selbst HOSSBACH hat Zweifel an dieser »Theorie« von einem Testament in seinem Buch geäußert.[1] HOSSBACH hatte zweimal HITLER gebeten, seine Notizen durchzusehen und gegebenenfalls zu korrigieren. Aber HITLER hatte für sein sog. Testament keine Zeit, wie er jedesmal zu HOSSBACH sagte. Auch das ist ein Beweis dafür, daß HITLER diese Besprechung nicht so wichtig nahm wie die heutigen Historiker. HOSSBACH schreibt auch (S. 217), daß ihm für die Niederschrift einige während der Besprechung gemachte Notizen (er gab zu, nicht stenographieren zu können) und sein Gedächtnis die einzige Grundlage waren. Prüfe jeder einmal, was er nach fünf Tagen von einer vierstündigen Rede noch an genauen Angaben machen kann. In der Psychologie spricht man nicht umsonst von Erinnerungsverfälschungen (Kryptomnesien) als einem feststehenden Begriff.

Die Behauptung bei BENZ/GRAML,[4] daß GÖRING, RAEDER und NEURATH die Richtigkeit der Aufzeichnungen in Nürnberg nicht in Frage gestellt hätten, ist Unsinn. Wie kann jemand den Text einer Aufzeichnung beurteilen, den er gar nicht vor sich hat, und das acht Jahre nach dem betreffenden Ereignis?

Was in Nürnberg als Dokument 386-PS vorgelegt wurde, ist mindestens gekürzt. Auch sind einige Sätze hinzugefügt.[5] Solche Maßnahmen nennt man allgemein Fälschungen.

---

[5] KLUGE, aaO. (Anm. 8), S. 36.

Gebrochene Versprechen - nur von Seiten Hitlers?

Als HITLER am 15. März 1939 nach dem Hilfeersuchen des tschechischen Staatspräsidenten HACHA in Berlin vom Vortage[1] unter dem Druck der gewandelten Verhältnisse die deutsche Wehrmacht in Prag einmarschieren ließ und dann das Protektorat Böhmen und Mähren errichtete, wurde ihm - besonders aus London - in heftiger Kritik vorgehalten, sein Versprechen gebrochen zu haben und unglaubwürdig geworden zu sein. Er sei ein gewissenloser Aggressor, dessen Wort man nicht trauen könne und mit dem man kein Abkommen in der Erwartung abschließen könne, daß er es dann auch halten werde. Das sei mit ein Grund für die dann feindliche Politik Englands gewesen.

HITLER hatte in der Tat auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise am 26. September 1938 im Berliner Sportpalast in einer viel beachteten Rede erklärt: »Ich habe ihm (CHAMBERLAIN, H. W.) weiter versichert und wiederhole es hier, daß es - wenn dieses Problem (die Abtretung des Sudetenlandes) gelöst ist - für Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr gibt!«[2]

Selbst wenn HITLER sein Versprechen unredlich und im stillen mit dem Vorsatz, es zu brechen, gegeben hätte, hatten aus mehreren Gründen gerade die Engländer keinen Grund, in pharisäerhafter Haltung sich darüber zu entrüsten, daß HITLER nun doch in der sich von innen auflösendenTschechei eingegriffen hatte.

Denn einmal »haben die Engländer ihre Zusagen an HITLER schneller gebrochen als HITLER sein Versprechen vom 26. September 1938. Am 30. September 1938 unterzeichnete CHAMBERLAIN eine Freundschaftserklärung mit Deutschland. Aber in der zweiten Januarwoche 1939 versicherte er MUSSOLINI, England ziehe eine militärische Aktion gegen HITLER in Betracht, mehr als zwei Monate, bevor HITLER die Tschechoslowakei besetzte«.[3]

Zum anderen waren »gebrochene Versprechungen in Europa seit Generationen an der Tagesordnung gewesen«, worauf auch NICOLL hinweist,[4] und er führt dazu den Historiker NEILSON[5] an, der hierzu schrieb: »Sir Ernest BENNETT, Unterhausmitglied, stellte eine Liste von dreißig (!, H.W.) nicht gehaltenen Versprechen auf dem Konto Englands im Zeitraum von nur acht

---

[1] Siehe Artikel Nr. 137: »Hacha und Hitler in Berlin 1939«.

[2] Max DOMARUS, *Hit/er. Reden und Proklamationen 1932 bis 1945,* Bd. 1, 2, R. Loewit, Wiesbaden 1973, S. 932.

[3] Peter H. NICOLL, *Englands Krieggegen Deutschland,* Grabert, Tübingen [2]1999, S. 64.

[4] Ebenda, S. 63.

[5] Francis NEILSON, *The Makers of War,* Appleton, Wisconsin, 1950, S. 206.

Jahren, von 1915 bis 1923, zusammen. Sie betrafen zur Hauptsache Territorialfragen im und um den Mittleren Osten. Die Dutzende von gebrochenen Versprechen hinsichtlich der Kriegsziele, die dem Volk während des Konflikts gegeben worden waren, zählte er nicht mit.«

Der französische Schriftsteller Alcide EBRAY veröffentlichte gar einen ganzen Band, der ausschließlich von verletzten Verträgen, nicht gehaltenen öffentlichen Versprechen und gebrochenen Abkommen zwischen 1815 und 1926 handelt.[6]

Und bekanntlich hatten die Sowjets bereits 1941 viele internationale Abkommen, die sie abgeschlossen hatten, gebrochen, und dennoch störte das Großbritannien nicht, mit ihnen sich zu verbünden. Auch kam England 1939 seinen Beistandsversprechungen gegenüber Polen ebenso wenig nach wie 1941 gegenüber Jugoslawien, ganz zu schweigen davon, daß es die Unversehrtheit Polens - den amtlich vorgeschobenen Grund für die Kriegserklärung an Deutschland vom 3. September 1939 - im Jahre 1945 nicht beachtete und das Land den Sowjets überließ.

Zum dritten war damals offensichtlich, daß HITLER »die Erklärung vom 26. September 1938 ausdrücklich zur Beruhigung Polens abgab. Er hoffte auf weitere polnische Unterstützung gegen die Tschechoslowakei, als er sich bemühte, Großbritannien und Frankreich zu überreden, eine friedliche Regelung der Tschechenfrage zu akzeptieren.

Es war ihm bekannt, daß die Polen von Paris und Prag, ebenso von Moskau unter Druck gesetzt waren, ihren politischen Kurs zu ändern. Vor allem wußte er, daß die polnische Führung einem starken Druck im eigenen Lande ausgesetzt war. So nahm er an, die polnischen Führer hätten durchblikken lassen, eine Erklärung seinerseits würde ihre Stellung im Lande stärken. Die aus der tschechischen Krise sich ergebenden Gewinne Polens, so glaubte er, würden es ihnen erleichtern, die Rückkehr Danzigs zu Deutschland zu akzeptieren, vor allem, weil er bereit war, Polen dafür aufrichtige und großzügige Zugeständnisse anzubieten.

Ein Ersuchen um Rückgabe Danzigs, das schon seit 1919 regelmäßig von Deutschland ausgesprochen worden war, konnte vernünftigerweise als keine >weitere< Gebietsforderung verstanden werden. Das gleiche läßt sich vom Memelland sagen, dessen sich Litauen 1923 widerrechtlich und mit Gewalt bemächtigt hatte. Faktisch waren Danzig und Memel die beiden Gebiete, bei denen HITLER innerlich Vorbehalte machte, als er sein Versprechen (vom 26. 9. 1938, H. W.) abgab«.[7]

Schließlich verleibte HITLER die Tschechei dem Reich nicht ein, sondern bildete nur - wie es Großbritannien und Frankreich in den Jahrzehnten vor-

[6] Alcide EBRAY, *Scraps of Paper,* Poul, Trench, London 1927.
[7] NICOLL, aaO. (Anm. 3), S. 63.

her im Ausland mehrfach getan hatten[8] - ein Protektorat mit weitgehender Selbstbestimmung der Tschechen unter eigener Regierung. Im Zweiten Weltkrieg kamen die Tschechen, die keinen Wehrdienst zu leisten hatten, kaum unter dem Bombenterror litten und nur kurz in die Kriegshandlungen einbezogen waren, so gut weg wie kaum ein anderes europäisches Land.

Die entsprechendenden Stellen des >Versprechens< in HITLERS Sportpalastrede vom 26. September 1938 sind die folgenden: 

a) Nach einem Rückblick auf den Anschluß Österreichs im März 1938 erklärt HITLER: »Und nun steht vor uns das letzte Problem, das gelöst werden muß und gelöst werden wird. Es ist die letzte territoriale Forderung, die ich Europa zu stellen habe, aber es ist die Forderung, von der ich nicht abgehe und die ich, so Gott will, erfüllen werde.
Die Geschichte dieses Problems: 1918 wurde unter dem Motto >Selbstbestimmungsrecht der Völker< Mitteleuropa zerissen und von einigen wahnwitzigen sogenannten Staatsmännern neu gestaltet. Ohne Rücksicht auf die Herkunft der Völker, auf ihr nationales Wollen, auf die wirtschaftliche Notwendigkeit hat man damals Mitteleuropa atomisiert und willkürlich neue Staaten gebildet. Diesem Vorgang verdankt die Tschecho-Slowakei ihre Existenz.«

b) Gegen Schluß seiner Rede dankt HITLER CHAMBERLAIN und erklärt:
»Ich habe ihm weiter versichert und wiederhole es hier, daß es - wenn dieses Problem gelöst ist - für Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr gibt. Und ich habe ihm weiter versichert, daß in dem Augenblick, in dem die Tschecho-Slowakei ihre Probleme löst, das heißt, in dem die Tschechen mit anderen Minderheiten sich auseinandergesetzt haben, und zwar friedlich, und nicht durch Unterdrückung, daß ich dann am tschechischen Staat nicht mehr interessiert bin. Und das wird ihm garantiert. Wir wollen gar keine Tschechen. Allein, ebenso will ich nun vor dem deutschen Volke erklären, daß in bezug auf das sudetendeutsche Problem meine Geduld jetzt zu Ende ist.«
Aus Max DOMARUS,*Hitler, Reden 1932 bis 1945,* R. Löwit, Wiesbaden 1937, S. 927 u. 932.

---

[8] Zum Beispiel französisches Protektorat in Tunesien (1883), Marokko (1912), englisches in Palästina (1919), Südarabien (1919).

Hitlers »allermerkwürdigster Ausspruch«

Einer der meistzitierten und heute belastend vorgebrachten Aussprüche HITLERS ist das Wort, das er am 11. August 1939 gegenüber dem Schweizer Historiker und Diplomaten Carl Jacob BURCKHARDT geäußert haben soll, wie dieser in seinem Buch *Meine Danziger Mission* [1] schreibt. BURCKHARDT war damals Völkerbunds-Hochkommissar in Danzig und besuchte HITLER am 11. August 1939 auf dem Obersalzberg. HITLER soll ihm - nach BURCKHARDT - unter vier Augen gesagt haben: »Alles, was ich unternehme, ist gegen Rußland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden. Ich brauche die Ukraine, damit man uns nicht wieder wie im letzten Krieg aushungern kann.«[1] BURCKHARDT meint dazu: Diese angeblich ihm gesagten Worte seien »vielleicht der allermerkwürdigste Ausspruch des Kanzlers«. Und er gibt an, daß er »dieser letzten und überraschendsten Mitteilung des Kanzlers keinen Ausdruck mehr verlieh, vor allem, weil sie so völlig unwahrscheinlich wie der Bestandteil einer Halluzination erschien«.[2]

Dieses Zitat ist mit größter Wahrscheinlichkeit eine nachträgliche Fälschung von Seiten BURCKHARDTS und entbehrt jeder Grundlage.

Das ist insofern von großer Bedeutung, als es der bisher einzige angeblich authentische Beleg aus der Vorkriegszeit für Adolf HITLERS angeblich von vornherein feststehende Absicht war, den noch im selben Monat - am 23. August 1939 - abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Pakt schon bald wieder zu brechen.

Eine ausführliche Begründung, wie und warum hier BURCKHARDT wieder einmal eine seiner >Legenden< als historische Wahrheit angegeben hat, liegt inzwischen von dem Schweizer Diplomaten Paul STAUFFER vor.[3] Dieser beweist nicht nur an vielen Fällen peinlich genau und mit überzeugenden Belegen, wie der angesehene Baseler Historiker die historischen Tatsachen nach Belieben verdrehte, um seine Person in besserem Licht vor der Nachwelt erscheinen zu lassen, sondern widmet ein ganzes Kapitel seines Buches HITLERS »allermerkwürdigstem Ausspruch«.

Insonderheit führt Paul STAUFFER an,

---

[1] [1]Carl J. BURCKHARDT, *Meine Danziger Mission 1937-1939,* Georg D. W. Callwey, München [2]1960.

[2] Ebenda, S. 348.

[3] Paul STAUFFER, *Carl J. Burckhardt. Zwischen Hofmannsthal und Hitler. Facetten einer außergewöhnlichen Existenz,* Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 1991.

> daß Burckhardt in seinem ausführlichen Bericht, den er bereits am 13. August 1939 in Basel einem französischen und englischen Diplomaten schriftlich gab, diesen für die damalige Zeit so wichtigen Ausspruch Hitlers nicht aufführte;

> daß sich in Burckhardts sonst ausführlichem Nachlaß dazu kein authentisches Papier - wohl aber eine durchsichtige nachträgliche Fälschung - befindet;

> daß Burckhardts Begründung von 1960, warum er gerade diesen Ausspruch Hitlers 1939 den alliierten Beamten vorenthalten habe, beweisbar falsch ist;

> daß Hitler wohl kaum wenige Tage vor dem alle Welt überraschenden Pakt mit der Sowjetunion einem Schweizer, dessen enge Verbindung zu Franzosen und Engländern bekannt war, den beabsichtigten Vertrag und dazu die Absicht, ihn bald zu brechen, mitgeteilt hätte;

> daß Burckhardt zur Untermauerung der Glaubwürdigkeit dieses Ausspruches beweisbar andere Tatsachen aus seiner Danziger Zeit in dem 1960 erschienenen Buch gefälscht habe, wobei er sogar »Retuschen am Text seiner Eigenzitate aus Berichten der Danziger Zeit«[1] vornahm;

> daß der Schweizer Parlamentarier Albert Oeri (1875-1950) geäußert hat, Carl J. Burckhardt habe ihm »seinen Besuch bei Hitler nun schon in drei verschiedenen Versionen erzählt«, so daß zu fragen sei, welche denn die richtige sei;[2]

> daß westdeutsche Historiker - so Schieder und Golo Mann - schon vorher aus anderen Gründen Zweifel an diesem Hitler zugesprochenen >Zitat< geäußert hatten.

Anschließend meint Stauffer: »Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß der Geschichtsprofessor, der im Grunde ein Verächter der Geschichtswissenschaft war... sich mit diesem Dictum [Äußerung, d. V.] ... einen vielhundertfachen Einzug in die Historiographie des Zeitalters erschreiben wollte.«[3]

Mehr als 50 Jahre nach dem damaligen Geschehen ist - ähnlich wie bei den Märchen in Rauschnings *Gesprächen mit Hitler*[4] - nun herausgekommen, daß wieder ein Hauptargument zur Belastung der Reichsregierung eine Fälschung ist. Wie oft wird das wohl noch vorkommen?

---

[1] Ebenda, S. 178-201.

[2] Ebenda, S. 186.

[3] Ebenda, S. 201.

[4] 'Siehe Beitrag Nr. 147: »Die Lügen des Herrn Rauschning«.

Hitlers Rede vom 22. August 1939

Für den 22. August 1939 hatte Adolf HITLER die höheren Führer von Heer, Marine und Luftwaffe zu einer Besprechung auf den Obersalzberg gebeten und hielt vor den Oberbefehlshabern, Heeresgruppen- und Armeeführern[1] der deutschen Wehrmacht eine Rede. Darin analysierte er die damalige Lage, besprach die verschiedenen Möglichkeiten, begründete gewisse Entscheidungen und erhob allgemeine Forderungen an die militärischen Führer.

Zwei angebliche >Dokumente<, die den Inhalt der Rede wiedergeben sollen, wurden von der Anklage beim Nürnberger Rachetribunal mit den Bezeichnungen Nr. 798-PS und Nr. 1014-PS vorgelegt und werden von den Umerziehern noch immer als >Schlüsseldokumente< gewertet.[2]

In beiden >Dokumenten< werden HITLER Formulierungen unterschoben, die er mit Sicherheit nicht gebraucht hat. Die deutsche Verteidigung wies sofort bei Vorlage dieser >Dokumente< in Nürnberg[3] auf deren geringe Glaubwürdigkeit wegen zahlreicher Widersprüche und Unstimmigkeiten hin[4] und beantragte die Ablehnung. Für eine Fälschung sprechen u. a.:

1. Beide Schriftstücke tragen weder ein Datum, noch einen Kopf, noch eine Unterschrift, haben kein Aktenzeichen, keine Nennung der Anwesenden, keine Tagebuchnummer, keinen Geheimvermerk.

2. Sie geben ausdrücklich zwei verschiedene Reden HITLERS wieder, obwohl nachweislich nur eine an diesem Tag gehalten wurde.

3. Von der Nürnberger Anklage wurde noch eine dritte, kürzere, aber noch schärfere Fassung - L3 genannt - in das Verfahren eingebracht, aber nicht als >Beweismittel< vorgelegt, da ein amerikanischer Journalist dieses angebliche >Originalprotokoll< vermittelt habe, die Herkunft aber nicht genau zu klären gewesen sei.[5]

---

[1] So im Tagebucheintrag von Generaloberst HALDER, in: *Akten zur deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D, Bd. VII, S. 467 mit kurzer Zusammenfassung der Rede HITLERS.

[2] Wortlaut in Internationaler Militärgerichtshof (IMT) (Hg.), *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher,* Delphin, München-Zürich 1984/89, Bd. XXVI, S. 338 (798-PS), Bd. XXVI, S. 523 (1014-PS). Der wesentliche Teil ist auch wiedergegeben in: IMT, Bd. II, S. 320-326; Max DOMARUS, *Hitler. Reden 1952-1945,* Loewit-Verlag, Wiesbaden 1973, Bd. 11,2, S. 1233-1238. Kritische Betrachtung beider Dokumente erfolgt in: ULRICH, »Die >Schlüssel-Dokumente< des Nürnberger Tribunals (IMT)«, in: *Nation Europa,* Nr. 5, 1962, S. 5-12; Dankwart KLUGE, »Die Schlüsseldokumente und die Kriegsschuldfrage«, in: *Nation Europa,* 1/12, 1979, S. 81-86; Dankwart KLUGE, *Das Hoßbach-Protokoll,* Druffel, Leoni 1980.

[3] IMT, Bd. H, S. 326.

[4] Ebenda.

[5] Ebenda, S. 320.

4. Niemand hatte in der Sitzung Auftrag erhalten mitzuschreiben.

5. Die beiden Dokumente sind auf dem gleichen Papier und mit derselben Schreibmaschine geschrieben.

6. Die genaue Herkunft der beiden Dokumente konnte nicht erwiesen werden. In Nürnberg wurde erklärt, sie seien »unter den Akten des OKW in Flensburg« gefunden worden.[6] DOMARUS gibt an,[7] sie seien von »amerikanischen Truppen bei Kriegsende in Saalfelden, Tirol, erbeutet« worden.

7. Ausgerechnet die dritte, kürzeste, schärfste und unseriöseste Fassung wurde von der Nürnberger Anklagebehörde der Presse übergeben und ging dann in ihren sicher falschen Ausdrücken um die ganze Welt sowie als einziges der drei >Dokumente< in die *British Documents* Serie 3, Bd. 7, Nr. 314 ein. Der britische Ankläger ALDERMANN erklärte dies mit einem »technischen Fehler«.[8]

Im >Dokument< Nr. 798-PS kommen u. a. als HITLERS angebliche Ausführungen vor: »Es war mir klar, daß es früher oder später zu einer Auseinandersetzung mit Polen kommen müßte. Ich faßte den Entschluß bereits im Frühjahr... Dachte aber, daß ich mich in einigen Jahren zunächst gegen den Westen wenden würde und dann erst gegen den Osten. .. Unsere Gegner haben Führer, die unter dem Durchschnitt stehen. Keine Persönlichkeiten. Keine Herren, keine Tatmenschen... Wir müssen mit rücksichtsloser Entschlossenheit das Wagnis auf uns nehmen... Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.«[9]

Im >Dokument< Nr. 1014-PS, der angeblichen zweiten Rede HITLERS an diesem Tag, heißt es unter anderem: »Kampf auf Leben oder Tod.. . Eine lange Friedenszeit würde uns nicht gut tun... Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist die Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie.. . Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen. .. Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte.«[10]

Die deutsche Verteidigung legte in Nürnberg dar, daß solche harten Worte nicht von HITLER benutzt worden sein können. Dr. SIEMERS, der Verteidiger von Großadmiral RAEDER, führte zum Dokument 1014-PS aus: »In diesem Dokument sind die schwerwiegendsten Worte von der Anklage während dieser fünf oder sechs Monate immer wiederholt, und zwar die Worte: Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist die Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie<. Diese Worte sind nicht gesprochen worden, und ein solches Kriegsziel hätten sich die deutschen Oberbefehlshaber nicht gefallen lassen; deshalb ist es wichtig festzustellen, ob diese Urkunde echt ist. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß noch eine dritte Fassung dieser Rede seinerzeit hier im Gerichtssaal erwähnt wurde, und zwar die Fassung L-3, die noch viel schlimmer ist als diese und die in der gesamten Weltöffentlichkeit in die Presse gekommen ist. Wo man auch jemanden sprach, wurde einem diese groteske, brutale Rede vorge-

[6] Ebenda, S. 321

[7] DOMARUS, aaO (Anm. 2), S. 1233

IMT, Bd. n, S. 327

[9] Ebenda, S. 324 f

[10] Ebenda, S. 325



Von links: Werner SIEMERS, David MAXWELL-FYFE und Hermann BÖHM.

halten, und daher glaube ich, liegt es im Interesse der geschichtlichen Wahrheit, daß festgestellt wird, ob HITLER in dieser entsetzlichen Weise seinerzeit gesprochen hat. Tatsächlich, was ich ohne weiteres zugebe, hat er viele Wendungen benutzt, die scharf sind, er hat aber nicht solche Worte benutzt, und das ist für das Ansehen der Befehlshaber, die zugegen waren, von ganz ungeheurer Bedeutung. Ich weise noch auf die nächsten Worte hin, wo ausdrücklich steht: >Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen< Solche Worte sind nicht benutzt worden.«[11]

Die Prüfung des angezweifelten >Dokuments< lehnte der Ankläger Sir David MAXWELL-FYFE dann mit den Worten ab: »Wir können jedoch, meines Erachtens, zur Entscheidung der Frage der Zulässigkeit des Dokuments keine bis ins einzelne gehenden Vergleiche anstellen.«[12]

Auf diesbezügliche Befragung in Nürnberg erklärte der bei HITLERS Rede anwesend gewesene Großadmiral RAEDER ausdrücklich, daß er die Ausführungen Dr. SIEMERS' bestätige. Insbesondere sagte er zu den Worten vom »Schweinehund«: »Sie sind nach meiner Erinnerung bestimmt nicht gefallen. Der Führer pflegte solche Ausdrücke in Ansprachen, die er an die Generale hielt, nicht zu gebrauchen.«[13]

Zum weiteren Beweis der Falschheit der drei >Dokumente< konnte die Verteidigung in Nürnberg eine Niederschrift von Generaladmiral Hermann BOEHM vorlegen. Dieser war bei der ganzen Ansprache HITLERS dabei gewesen, hatte mitstenographiert und noch am selben Abend im Hotel Regina in München eine Reinschrift angefertigt. BOEHMS beeidete Aussage wurde dem IMT vorgelegt. Er verglich die >Dokumente< mit seinen Aufzeichnungen und seiner Erinnerung und schrieb dann: »Ich erkläre unter Eid, daß die nachfolgend aufgeführten Redewendungen in diesen Dokumenten von HITLER bei seiner Rede teils überhaupt nicht, teils in anderer Form und in anderem Sinne gebraucht worden sind.«[14]

Angeführt werden dann u. a. die Sätze, HITLER habe sich zunächst gegen den Westen wenden wollen; Vernichtung Polens stehe im Vordergrund; Ziel

[11] Ebenda, Bd. XIV, S. 56.
[12] Ebenda, S. 58.
[13] Ebenda, S. 59.
[14] IMT, Bd. XVII, S. 445.

sei Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie. Der Satz mit dem »Schweinehund« sei sicher nicht von HITLER gebraucht worden. Auch Generalfeldmarschall KEITEL sprach sich in Nürnberg für die Fassung von Admiral BOEHM aus.

Trotz solcher schwerwiegenden Gegenbeweise wurde der Antrag der Verteidigung, die beiden >Dokumente< aus dem Protokoll zu streichen, abgelehnt. Seitdem geistern die Fälschungen als Belastungen Deutschlands durch die Welt und werden als >Tatsachen< wiedergegeben.[1]

Später hat Generalfeldmarschall Erich VON MANSTEIN ebenso bezeugt, daß die in diesen >Dokumenten< HITLER untergeschobenen Aussprüche nicht zutreffen und gefälscht sein müssen.[2]

Daß CHURCHILL sich als vielfach überführter Fälscher auf diese Falschaussagen beruft, ist nicht verwunderlich. Er berichtet insbesondere über das Wort vom »Schweinehund«.[3] Später ergänzte der *Spiegel*[4] noch: »Und Abwehr-Oberst Hans OSTER, führender Kopf der Regime-Gegner..., setzte einen Monat später eine verschärfte Version der HITLER-Rede vom 22. August in Umlauf, in der er dem Diktator den in der Sache gleichwohl zutreffenden Ausspruch (sie) unterschob: >Ich lasse ein paar Kompanien in polnischer Uniform in Oberschlesien angreifen. Ob die Welt das glaubt, ist mir scheißegale« Als ob HITLER solch einen Vorwand noch gebraucht hätte, da die Polen seit 1919 dauernd provozierten und bereits Monate vorher teilmobilisiert hatten.

Der Historiker Hans Günther SERAPHIM schrieb schon 1954 über die sogenannten >Schlüsseldokumente<: »Von den vier Dokumenten, die wir geprüft haben - HOSSBACH-Niederschrift, SCHMUNDT-Protokoll und Dokumente PS-798 und PS-1014 - haben wir vom quellenkritischen Standpunkt aus drei ablehnen und gegen das vierte Bedenken anmelden müssen. Das Ergebnis ist vom geschichtlichen Standpunkt her erschütternd. Denn es zeigt sich an diesem Beispiel, daß sich von den geschichtlichen Feststellungen des Interalliierten Militärtribunals nichts ohne Nachprüfung übernehmen läßt. Es zeigt sich weiter, daß juristische Methode und geschichtswissenschaftliche Methode grundverschieden voneinander sind und daher Geschichte nicht mit juristischen Methoden geschrieben werden kann und darf. Bedauerlicherweise haben das nicht alle Geschichtsschreiber erkannt.«[5]

---

[1] Z. B. in: Guido KNOPP und Harald SCHOTT, *Die Saat des Krieges, 1938-1939. Hitlers Angriff auf Europa,* Lübbe, Bergisch Gladbach 1989.

[2] Erich VON MANSTEIN, *Verlorene Siege,* Bernard u. Graefe, Koblenz 1976, S. 18 ff.

[3] Winston CHURCHILL, *Der Zweite Weltkrieg,* Bd. 1: *Der Sturm zieht auf,* Alfred Scherz, Bern 1948, S. 476.

[4] *Der Spiegel,* 32/1970, S. 63.

[5] Hans Günther SERAPHIM, »Nachkriegsprozesse und zeitgeschichtliche Forschung«, in: *Festschrift für Herbert Kraus,* Holzner, Würzburg 1954.

Es ist wirklich >erschütternd< und >bedauerlich<, wie heute noch immer deutsche Historiker Geschichtslügen verbreiten und offensichtliche Fälschungen als echte Dokumente bewerten.[1]

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes an die
Deutschen Diplomatischen Missionen
Rundtelegramm

Berlin, den 3. September 1939

Zur Information und Regelung der Sprache.

Nachdem Versuch direkter deutsch-polnischer Aussprache durch Nichterscheinen Polnischen Bevollmächtigten trotz zweitägigen Wartens Deutsche Regierung ergebnislos geblieben war und wir gezwungen waren, polnische militärische Ubergriffe zu militärischer Aktion zu erwidern, forderten England und Frankreich am 1. September von uns Zurückziehung deutscher Truppen von polnischem Gebiet. Kriegsgefahr schien jetzt noch beschworen werden zu können durch Eingreifen MUSSOLINIS, der Waffenstillstand und anschließende Konferenz zur Lösung deutsch-polnischen Konflikts vorschlug. Dieser Vorschlag ist von uns und auch von Französischer Regierung positiv beantwortet worden; Britische Regierung hat hingegen heute mit zweistündiger Befristung Forderung Zurückziehung deutscher Truppen wiederholt und sich nach Ablauf dieser Frist als im Krieg mit Deutschland befindlich erklärt. Frankreich ist dann mit Mitteilung gefolgt, daß es sich gezwungen sehe, Polen beizustehen. Vernünftige deutsch-polnische Regelung wäre ohne Englands Dazwischentreten und seine antideutsche Einkreisungspolitik sicher längst zu erzielen gewesen. Statt aber Polen zum Einlenken zu ermahnen, hat England ihm Generalvollmacht gegen Deutschland erteilt, sich selbst in Abhängigkeit von Polens Entschlüssen gebracht und schließlich im letzten Augenblick auch noch Vorschlag MUSSOLINIS durch sein Verhalten zum Scheitern verurteilt. Damit ist Saat der Männer aufgegangen, die in England seit Jahren Vernichtung Deutschlands predigen. Dieser Verlauf der Ereignisse zeigt klare Verantwortlichkeit Englands für Kriegsausbruch.
WEIZSÄCKER

Aus: Auswärtiges Amt (Hg.), *Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges,* Berlin 1939, S. 321; Nachdruck in: Bernhard C. WINTZEK (Hg.), *Geheim. Aus dem Archiv der Reichsregierung,* Mut, Asendorf 1976, S. 321.

[1] Siehe Beitrag Nr. 140: »Die Schlüsseldokumente und die Kriegsschuldfrage«.